AlbElektrizitätswerk





100 Jahre
Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG

Geislingen/Steige 2010

Autoren:
Prof. Dr. Eduard Mändle
Prof. Dr. Markus Mändle

Inhalt

2 Vorwort

4 Grußwort

6 Allgemeines zu 100 Jahren Albwerk

10 Anfänge der Elektrizitätswirtschaft

12 Zur Situation im Geislinger Raum

16 Rahmenbedingungen der Unternehmensgründung

20 Konkrete Ursachen der Unternehmensgründung

22 Weshalb Elektrizitätsgenossenschaft?

24 Gründungsaktivitäten

26 Technische Ausstattung des jungen Elektrizitätswerkes

28 Anlaufschwierigkeiten und ihre Beseitigung

32 Der Erste Weltkrieg 1914 - 1918

36 Albwerk in der Weimarer Republik: 1919 - 1933

44 Albwerk in der Wirtschaftskrise 1929 - 1933

46 Albwerk in der Zeit des Nationalsozialismus

52 Albwerk am Kriegsende 1945 und unmittelbare Nachkriegszeit

56 Albwerk im Wirtschaftswunder und der Sozialen Marktwirtschaft

64 Krise und Stagnation in der Bundesrepublik Deutschland 1970 - 1990

68 Wirtschaftliche und organisatorische Entwicklungsfaktoren

74 Entwicklung zum genossenschaftlichen Energiekonzern

92 Unternehmensgruppe Albwerk und ihre Zukunftsentwicklung

Vorwort



Dipl.-Betriebswirt (FH) Hubert Rinklin

1910 – also vor 100 Jahren – haben Persönlichkeiten aus dem Raum Geislingen mit Pioniergeist, Mut und Tatkraft die zukunftsorientierte Initiative ergriffen, den ländlich geprägten Raum Geislingen mit Strom zu versorgen. Die Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG wurde gegründet. Der Beginn der Elektrifizierung war ein Meilenstein für die Entwicklung der Region und für die Industrialisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Verlauf dieser 100-jährigen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen sowie die entscheidenden Weichenstellungen werden in dieser Festschrift beschrieben.

Mit Stolz, Freude und Dankbarkeit feiern wir dieses Jahr das 100-jährige Bestehen des Albwerks. Während der vergangenen 100 Jahre hat sich das genossenschaftlich organisierte Unternehmen kontinuierlich weiterentwickelt. Aus der Genossenschaft mit den Sparten Stromversorgung, Einzelhandel mit Geräten der Haustechnik und der Unterhaltungselektronik sowie Elektroinstallation entstand eine Unternehmensgruppe mit derzeit 20 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, die unter dem Dach der genossenschaftlichen Holding tätig sind. Im Netzgebiet des Albwerks und seiner Tochter- und Beteiligungsgesellschaften leben über 180.000 Menschen, die mit Strom und teilweise auch mit Gas und Wärme versorgt werden.

Ökologie und Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Preiswürdigkeit sind die drei wesentlichen Rahmenbedingungen der Energieversorgung.

Um diese drei Ziele gleichzeitig zu erreichen, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich. Das Albwerk hat in den vergangenen Jahren hohe Investitionen in Anlagen zur regenerativen und dezentralen Energieerzeugung getätigt. Zur Unternehmensgruppe gehören Gesellschaften, die Windkraftanlagen, Wasserkraftanlagen, Biogasanlagen, Klärschlammtrocknungsanlagen, Photovoltaikanlagen und Blockheizkraftwerke betreiben.

Die Leitungsnetze, Umspannstationen und Umspannwerke werden kontinuierlich gewartet und dem aktuellen technischen Stand angepasst.
Wir legen großen Wert auf den effizienten und sicheren Bau unserer Versorgungsanlagen durch fachkundiges und gut ausgebildetes Personal.
Wichtig für die Versorgungssicherheit ist auch ein rund um die Uhr erreichbarer Bereitschaftsdienst mit Fachkräften, die gute Kenntnisse der regionalen Infrastruktur haben.

Preiswürdigkeit bedeutet für uns im Albwerk nachhaltig vorteilhafte Konditionen für unsere Produkte und Dienstleistungen anzubieten.
Der Versuch kurzfristig das billigste Unternehmen zu sein, ist unter diesem Aspekt nicht der richtige Weg.

100 Jahre Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG ist aber mehr, als 100 Jahre Stromversorgung.

Dies bedeutet auch 100 Jahre hochwertige und sichere Arbeitsplätze und jährlich qualifizierte Ausbildungsplätze, dies bedeutet Investitionen in die regionale Infrastruktur und das Angebot der dazu gehörenden Dienstleistungen, dies bedeutet Gewerbesteuer und Konzessionsabgabe für die Städte und Gemeinden und Dividende für die Mitglieder der Genossenschaft. Dies bedeutet aber auch soziales Engagement für Vereine und Institutionen in der Region. Besonders hervorzuheben ist die finanzielle Unterstützung der Musikschule Geislingen und das Sponsoring von erfolgreichen Sportlern aus der Region.

Der Vorstand dankt allen, die zum Erfolg des Albwerks in den letzten 100 Jahren beigetragen haben.
Unser Dank gilt insbesondere unseren Kunden aus Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und den Haushaltskunden, ohne die das Unternehmen keine Existenzberechtigung hätte. Er gilt in gleichem Maß den Städten und Gemeinden in unserem Netzgebiet, die mit der Vergabe von Konzessionen für den Betrieb der Leitungsnetze ihr Vertrauen in die Arbeit des Albwerks und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Ausdruck bringen.
Der Vorstand dankt den Aufsichtsräten, Beiräten und dem Betriebsrat für ihre Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr Engagement, ihre Loyalität und ihre Bereitschaft, täglich neu auf die Bedürfnisse unserer Kunden einzugehen.

Dank gilt auch den rund 1.300 Mitgliedern unserer Genossenschaft, die als Kapitalgeber verlässlich zum Albwerk stehen und die solide finanzielle Basis des Unternehmens gewährleisten.

Der Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt, der Klimawandel, der weitere Ausbau regenerativer und dezentraler Energieversorgung, die staatliche Regulierung der Energienetze und extreme Preisentwicklungen an der Strombörse sowie die Besetzung von Innovationsthemen, wie Smart Meter und Elektromobilität werden die Herausforderungen der Zukunft sein. Diesen Herausforderungen werden sich Vorstand, Geschäftsleitung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit großem Einsatz und Engagement stellen. Unser Ziel ist, die Albwerk-Gruppe als modernes Dienstleistungsunternehmen mit hoher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auch in der Zukunft zu erhalten.
Ich wünsche den Lesern dieser Festschrift einen interessanten und kurzweiligen Streifzug durch die Geschichte des Albwerks.

Ihr



Hubert Rinklin
Vorstandsvorsitzender

Grußwort



Wolfgang Amann

Heute eine Selbstverständlichkeit, vor 100 Jahren eine Revolution – die Versorgung mit Strom.
Mit der Gründung des Alb-Elektrizitätswerks vor 100 Jahren begann ein neuer Abschnitt in der Wirtschaftsgeschichte der Stadt Geislingen und ihres Umlands.
Am Anfang waren es nur wenige Betriebe, die für Produktionsprozesse den Strom nutzten. Eine Vorreiterrolle nahm damals schon die WMF ein.
Doch der Wille war, den Zugang zu Strom für die Bürgerschaft zu ermöglichen. Man war sich bewusst, dass dieser finanzielle Kraftakt für den Aufbau einer Stromversorgung nur zu stemmen war, wenn die Finanzierung breit getragen wird. Antriebsfeder war der Gedanke der Gemeinschaft und des genossenschaftlichen Handelns zum Wohle aller. Man war sich bewusst, dass nur in der Zusammenfassung aller Beteiligten eine wirtschaftliche Stromversorgung auch der ländlichen Gemeinden möglich ist.
Dies führte schließlich zur Gründung der Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG.
Erstaunlich, wie weitsichtig die Gründungsväter damals schon waren und wie aktuell diese Gedanken heute wieder sind!

Um so ein Vorhaben auf den Weg zu bringen bedarf es jedoch Persönlichkeiten, die von einer Idee überzeugt sind und die sich von Widrigkeiten nicht schrecken lassen. Der Altenstädter Schultheiß Gustav Schneider, der zu Beginn die Geschäftsführung innehatte, war so eine Persönlichkeit.
Allen Angriffen der Gegner des Elektrizitätswerks zum Trotz gelang ihm die Finanzierung eines für die Stromproduktion notwendigen Dampfkraftwerks.
So nahm letztlich die Erfolgsgeschichte des Alb-Elektrizitätswerks ihren Lauf.
Und immer wieder waren es Persönlichkeiten, die während dieser 100-jährigen Geschichte, die Geschicke des Albwerks in die Hand nahmen. Sie ließen sich auch in schwierigen Zeiten nicht beirren, ganz im Gegenteil: Mutig und mit Weitblick bauten sie das Alb-Elektrizitätswerk zu einem namhaften mittelständischen Energieversorger aus. Das Netzgebiet umfasst mittlerweile nahezu 100.000 Einwohner. Wichtige und zukunftsweisende Beteiligungen sind ein Teil dieser Erfolgsgeschichte.
Genannt seien Beteiligungen an den Stadtwerken Waldkirch und am Regionalwerk Bodensee. Diese erfolgreichen Modelle einer Rekommunalisierung der Energieversorgung sorgten für viele Schlagzeilen in der überregionalen Presse.

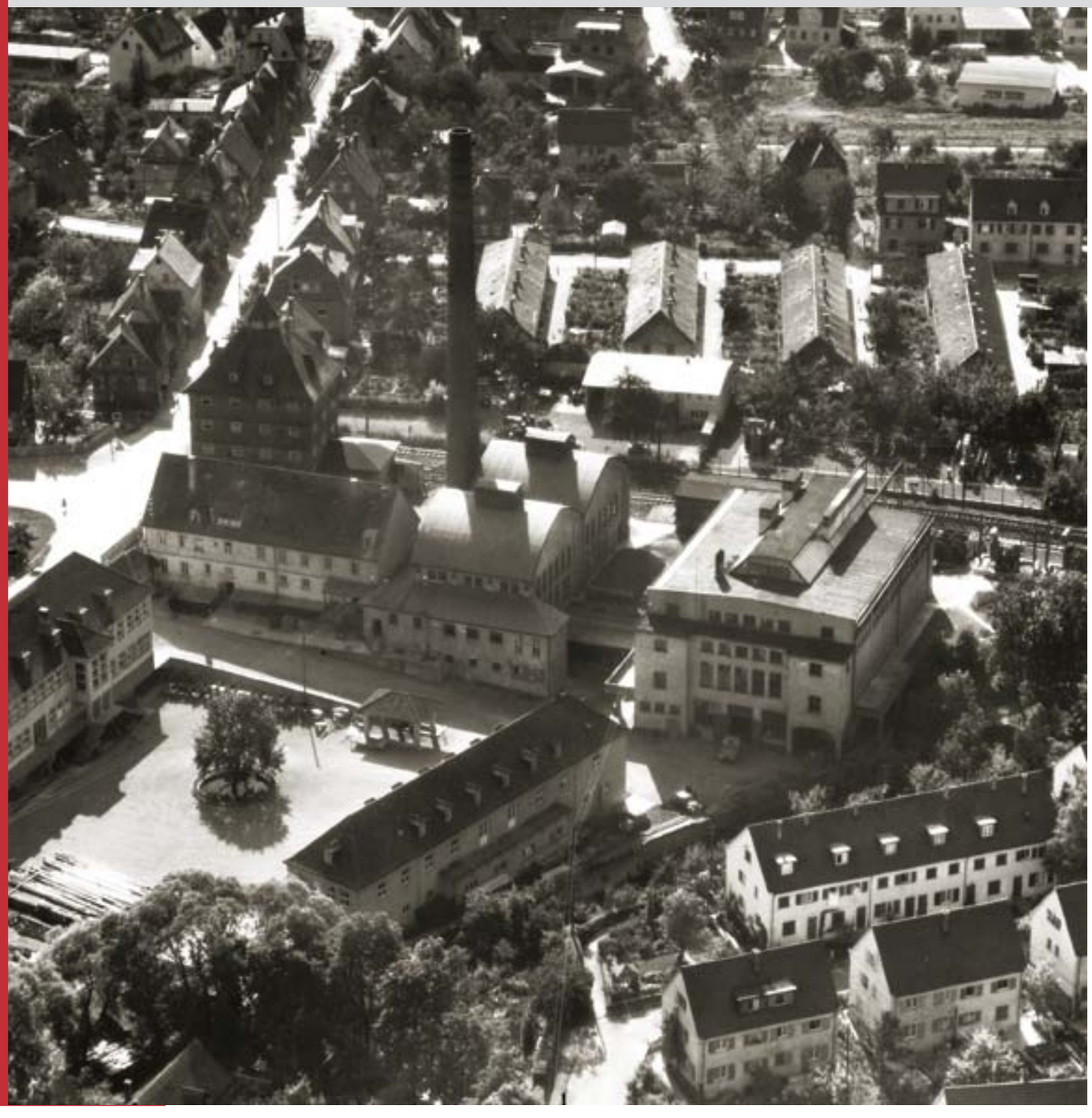
Die regionale Ausrichtung, aber auch ökologische Schwerpunkte in der Energieerzeugung sind Teil dieses Erfolgs. Nahezu 20 % des Stroms werden mittlerweile aus erneuerbaren Energien gewonnen und dies mit stetig steigender Tendenz. Nun gilt es, die Erfolgsgeschichte mit gleichem Engagement über das Jubiläumsjahr hinaus weiterzuschreiben.
Doch im Namen des Aufsichtsrates, des Beirats und meiner Bürgermeisterkollegen aus dem Versorgungsgebiet gilt es erst einmal Dank zu sagen – und zwar dem Vorstand, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmensgruppe von damals bis heute, die zu diesem Erfolg beigetragen haben und ohne die wir heute dieses stolze Jubiläum nicht feiern könnten.

Ihr



Wolfgang Amann
Oberbürgermeister und Vorsitzender des Aufsichtsrats

100 Jahre Albwerk



Albwerk 1957

Es ist schon etwas Außergewöhnliches, wenn ein Unternehmen am Anfang des 21. Jahrhunderts seinen 100. Geburtstag begehen kann. Immerhin entwickelte es sich in einer Epoche, die durch politische und soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandlungen, durch strukturelle Veränderungen und durch so gewaltige Katastrophen, wie die beiden Weltkriege gekennzeichnet war. Dazu kamen bahnbrechende Fortschritte in Technik und Wirtschaft, Verkehr und Kommunikation und ein fundamentaler Wandel in den ethischen und gesellschaftlichen Werten. Viele Unternehmen aller Branchen und teils beachtlicher Größe sind nicht einmal über das Erwachsenenalter hinausgekommen, verschwanden ganz oder wurden in andere Unternehmen integriert. Man denke nur an bedeutende Unternehmen der Textil-, der Schuh-, der Uhrenindustrie oder in jüngster Zeit auch an den Maschinenbau und die Automobilwirtschaft. Produzierende Bereiche des primären und sekundären Sektors verlieren zu Gunsten einer Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft zunehmend an Bedeutung – bei steigender Produktivität und einer nicht aufzuhaltenden Globalisierung der Wirtschaftsaktivitäten.

Behauptet sich ein Unternehmen, wie das Alb-Elektrizitätswerk Geislingen/Steige e.G. – allgemein Albwerk genannt – trotz turbulenter Zeiten so lange am Markt, entwickelt sich zudem sehr erfolgreich und wächst in neue und größere Unternehmensdimensionen hinein, so hat das besondere Gründe. Sicherlich waren und sind dafür die folgenden Ursachen wesentlich ausschlaggebend:

- Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit stand von Anfang an die Abdeckung des Grundbedürfnisses der Stromversorgung.
Damit war man auf einem Markt tätig, auf dessen Angebot die Haushalte und Betriebe in der Geislinger Region unabdingbar angewiesen waren – in einer wachsenden Wirtschaft sogar in permanent steigender Dimension.
Die Liberalisierung des Strommarktes in der jüngsten Vergangenheit hob die Monopolstellung in der Elektrizitätsversorgung auf und ermöglichte anderen Anbietern von Strom im traditionellen Albwerk-Versorgungsgebiet, wenn auch in geringem Umfange, ihre Versorgungsleistungen anzubieten.





■ Bei der Unternehmensgründung im Jahre 1910 wählte man mit der Genossenschaft eine Unternehmensform, die aufgrund ihrer Rechtsstruktur bis zur Gegenwart ein hohes Maß an Stabilität aufweist. Die Mitglieder der Unternehmensorgane werden von den Genossenschaftsmitgliedern gewählt und es werden immer wieder neue Personen in unternehmerische Funktionen gebracht. Dass eine e.G. nicht so schnell aufgelöst werden kann, mussten die Nationalsozialisten in den 1940er-Jahren erkennen, als sie die Selbstständigkeit des Albwerkes aufheben wollten. Letztlich blieb auch die finanzielle Substanz der Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk erhalten, da beim Ausscheiden der Mitglieder bis heute kein Recht auf die Rücklagen bzw. die Stillen Reserven des Unternehmens besteht. Dies bedeutet, dass im Unternehmen über einen langen Zeitraum hinweg entsprechendes Eigenkapital gebildet werden konnte. Bei der Unternehmensgründung des Albwerks brachte die Vielzahl der Mitglieder das erforderliche Kapital über entsprechende Geschäftsanteile auf. Man nutzte den Vorteil, nicht auf einzelne Geldgeber angewiesen zu sein. Diese Struktur ist auch weiterhin erfolgreich. Die vielen, relativ kleinen Kapital- bzw. Geschäftsanteile (ein solcher beträgt heute im Albwerk 500 Euro) verhindern eine kapitalorientierte Machtposition Einzelner oder weniger Personen und gewährleisten eine langfristige Kapitalstabilität.

■ Die Genossenschaft orientiert sich am Regionalprinzip unternehmerischer Tätigkeit und trifft Unternehmensentscheidungen vor Ort und für ein überschaubares regionales Gebiet. Risiken werden eingegrenzt und es besteht eine enge Beziehung zwischen Strom abnehmenden Unternehmen und den wirtschaftlich bzw. gesellschaftlich wichtigen Personen des begrenzten Wirtschaftsraums. Die Tatsache, dass ein Großteil der Stromkunden des Albwerk-Versorgungsgebiets über mehrere Jahre laufende Stromlieferungsverträge akzeptiert haben, unterstreicht die regionale Verbundenheit.
Vorstand und Aufsichtsrat der Elektrizitätsgenossenschaft sind schon immer mit renommierten Persönlichkeiten aus der Region Ostalb, Geislinger und Laichinger Alb und dem Filstal besetzt, die – häufig in der Funktion als Bürgermeister – mit den Energieversorgungsfragen ihrer Bürger und Betriebe bestens vertraut sind. Wenn die Unternehmensgruppe Albwerk heute als Genossenschaftskonzern über die Grenzen des ursprünglichen Versorgungsgebietes hinaus tätig wird, so ändert das wenig am Regionalprinzip, da die ökonomischen Aktivitäten in erster Linie die erweiterte Region Baden-Württemberg einbeziehen.

■ Mit hoher organisatorischer Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft hat die Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk im Laufe der Jahrzehnte permanent ihre Leistungsfähigkeit erhöht. Den enormen Schwierigkeiten des Unternehmens nach dem 1. und 2. Weltkrieg, in der Zeit des Nationalsozialismus, beim Wiederaufbau in den 1950er-Jahren und seit der Strommarktliberalisierung vor wenigen Jahren begegnet das jeweilige Management mit unternehmerischer Kreativität. Aber nicht nur im Bereich der Unternehmensführung und Organisation ist eine erstaunliche Flexibilität erkennbar, sondern vor allem in der Aktivierung neuer Geschäftsfelder im Handel und bei Unternehmensbeteiligungen und in der Nutzung alternativer Energien.

■ Die 100-jährige Erfolgsgeschichte wäre allerdings ohne die leistungsfähigen und engagierten Mitarbeiter/innen des Albwerks nicht möglich gewesen. Man war stolz im Unternehmen tätig sein zu können und in allen Perioden der Unternehmensentwicklung gab es Führungskräfte, Angestellte und Mitarbeiter, die sich in höchstem Maße mit ihrem Unternehmen identifizierten und die tatkräftig, fleißig und treu zur erfolgreichen Entwicklung des Albwerks beigetragen haben. Wenn ein Schulbub gegenüber seinen Freunden kundtat, „mein Vater schafft im Albwerk", wurde ihm besonderer Respekt und Anerkennung entgegengebracht.

■ Zur außerordentlich positiven Entwicklung des Albwerks hat nicht zuletzt die zumeist glückliche Hand bei der Wahl der Vorstandsvorsitzenden und der Geschäftsführenden Vorstände beigetragen und nicht nur der Genossenschaftsgründer Schultheiß Gustav Schneider aus Altenstadt war eine beeindruckende Persönlichkeit. Von Beginn an identifizierte sich der Aufsichtsrat in hohem Maß mit dem Unternehmen und bewies durch persönliche Finanzhilfe, insbesondere zu Beginn der Unternehmenstätigkeit, genossenschaftliche Solidarität.
Mit den geschäftsführenden Vorständen Andreas Eckle und Dr. Otto Kempter überstand das Albwerk Unternehmenskrisen und bewahrte die Selbstständigkeit des Albwerks gerade auch in der nationalsozialistischen Zeit. Dipl.-Ing. Karl Kuhn meisterte als Vorstand die schwierigen Jahre der Nachkriegszeit bis Ende der 1960er-Jahre und Professor Dr. Helmut Roller gab von 1970 bis Ende 1980 entscheidende Impulse für die Stabilisierung des Albwerks in betriebswirtschaftlicher und technischer Hinsicht und stellte die Weichen für die Zukunft. Seit 1995 ist Dipl.-Betriebswirt (FH) Hubert Rinklin alleiniges geschäftsführendes Vorstandsmitglied bzw. heute Vorstandsvorsitzender des Albwerks. Die Umsetzung seines innovativen Konzepts der fachlichen und auch regionalen Expansion des Unternehmens wird ohne Zweifel die zukünftige Entwicklung der Unternehmensgruppe Albwerk nachhaltig bestimmen.

Es sind also sechs Erfolgsfaktoren, die in der Entwicklung des Albwerks über 100 Jahre hinweg eine maßgebliche Rolle gespielt haben:

- das solide Kerngeschäft mit Strom und elektrizitätsnahen Produkten und Dienstleistungen,
- die Stabilität der Unternehmensform in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft,
- die Regionalität der Unternehmensführung,
- eine erfolgreiche unternehmerische Anpassungs- und Innovationsfähigkeit,
- eine engagierte und leistungsfähige Mitarbeiterschaft und
- hervorragende Unternehmerpersönlichkeiten.

Anfänge der Elektrizitätswirtschaft



Preßmarsche Mühle Altenstadt

Bereits vor der Gründung des Albwerks im Jahre 1910 wurde der Geislinger Raum in kleinerem Umfang mit Elektrizität versorgt. 1898 hatte Matthias Preßmar in seiner Mühle in Altenstadt eine bescheidene Stromproduktion begonnen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bezogen Haushalte, Betriebe und Kommunen in Baden-Württemberg häufig ihren Strom bei Mühlenbetrieben. Technisch waren die Mühlen besonders dafür geeignet, weil sie über ausgebaute Wasserkraftanlagen und die Wasserrechte verfügten.

Außerdem konnten sie Mühlenbetrieb, die Vermahlung von Getreide und die Stromlieferung gleichzeitig durchführen. Trotzdem gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein so genanntes „Mühlensterben", da die kleineren Ortsmühlen den größeren Unternehmen und Handelsmühlen im Wettbewerb nicht gewachsen waren und ihre Betriebe schließen mussten.

Gab es 1892 in Württemberg 3 private Elektrizitätswerke, so war die Zahl bis 1900 bereits auf 88 und bis 1910 auf 259 Unternehmen angestiegen, davon 221 im privaten und 38 im kommunalen Eigentum sowie 215 mit Gleichstrom- und 44 mit Drehstromsystem. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren prinzipiell verschiedene Auffassungen zur Organisation von Elektrizitätswerken und der Stromsysteme Gleichstrom und Drehstrom vorhanden. Dies zeigt sich am deutlichsten in der rein kommunal und am Gemeinwohl ausgerichteten Auffassung in Stuttgart und der privatwirtschaftlich auf Gewinnerzielung orientierten Position des Elektrizitätswerks Heilbronn. Trotz eines gewissen unternehmerischen Risikos sollte in Stuttgart die gesamte Energieversorgung, inklusive Gas, in kommunaler Hand sein, während man in Heilbronn die Stromversorgung der Württembergischen Portland-Cement AG, Lauffen (WPC) überließ. Die produzierte Strom zwar primär für den Bedarf ihrer Fabrik, konnte jedoch im Nebenbetrieb Lauffen und Heilbronn mit Strom versorgen. Die Gemeinden gingen kein unternehmerisches Risiko ein.

Bereits vor der Errichtung der Geislinger Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk kam es allerdings in Württemberg schon im Jahre 1905 zu einer ersten Genossenschaftsgründung im Energieversorgungsbereich.
Die „Elektrische Kraftübertragung für den Bezirk Herrenberg und Umgebung eGmbH, Unterjesingen, wählte die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Der Grund für diese Unternehmensgründung lag wohl in den großen Problemen der Überlandversorgung für kleinere Orte.

Allerdings war diese Elektrizitätsgenossenschaft grundsätzlich keine Erwerbsgenossenschaft, sondern im Prinzip eine kommunale Einrichtung. Dies ergibt sich schon aus der Zusammensetzung der Gründungsmitglieder: 28 von 37 Gemeinden, die bei der Unternehmensgründung dabei waren, wurden durch ihren Bürgermeister vertreten, so dass es sich hier keineswegs um eine Zusammenkunft privater Interessensvertreter handelte.

In seinem grundlegenden Werk über die Geschichte der Elektrizitätswirtschaft in Württemberg beschreibt Wolfgang Leiner (1985), dass die Phase von 1886 bis 1915 als die Zeit der Vollabdeckung in der Elektrizitätsversorgung in Württemberg bezeichnet werden kann. So hatte in der damaligen Zeit fast jede größere Gemeinde ihr Elektrizitätswerk, sei es in kommunalem oder privatem Eigentum. Aber auch in den kleinen Gemeinden der Flusstäler gab es in bescheidenem Umfang eine Versorgung mit elektrischem Strom, insbesondere über die Mühlen. Auch in unserer Region befanden sich die kleinen Mühlenbetriebe in einem starken Konkurrenzkampf zu der gerade entstehenden Mühlengroßindustrie.
Sie versuchten durch eine Diversifizierung ihres Leistungsangebotes und die zusätzliche Lieferung von Strom ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern.

Im Geislinger Bezirk – in Gingen, Kuchen, Altenstadt – die Preßmarsche Mühle – Überkingen, Hausen, Deggingen, Gruibingen und ebenfalls in Wiesensteig – gab es einige kleinere örtliche Elektrizitätswerke, die mit einer Mühle verbunden waren.
Insgesamt war in den Gemeinden die Verwendung von elektrischem Strom für die Haus- und Straßenbeleuchtung außerordentlich eingeschränkt und zudem sehr kostspielig. Zur damaligen Zeit hatte die Elektrizitätswirtschaft auch keine besonderen gesetzlichen Regelungen. Der Versorgungsbereich von Kraftwerken umfasste lediglich einige Straßenzüge oder das Gebiet von kleineren Gemeinden.
Einen Verbund zwischen einzelnen Kraftwerken gab es in der Regel nicht. Wenn sich juristische Probleme bei der Verlegung von Leitungen ergaben, konnten diese privatrechtlich durch Konzessionsverträge gelöst werden.
Allerdings legte im Jahr 1909 der Verband Deutscher Elektrizitätstechniker (VDE) und die Vereinigung der Elektrizitätswerke (VDEW) den Entwurf eines „Starkstromanlagengesetzes" vor, um die spezialgesetzlichen Regelungen der Elektrizitätswirtschaft, insbesondere die Hemmnisse beim Leitungsbau, in wegerechtlicher Beziehung zu beseitigen.

Zur Situation im Geislinger Raum



Geislingen Stadtansicht von Norden, 1935
Im Bild rechts das Albwerk mit Schornstein



Geislingen, Karlstraße um 1920



Altenstadt, Untere Stuttgarter Straße um 1920

Die Stadt Geislingen war um 1910 eine mittelgroße Oberamtsstadt mit 8674 Einwohnern (1.12.1910); das Dorf Altenstadt – die ursprüngliche alemannische Gründung des Ortes – hatte 3900 Einwohner, vor allem altansässige Bauern mit relativ kleinen Betrieben und einer zumeist zugezogenen Fabrikarbeiterschaft. Die Geislinger Region verzeichnete allerdings in den letzten Jahrzehnten des 19. und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine außerordentlich starke Bevölkerungszunahme. Dies resultierte aus der sehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Bau der Geislinger Steige (1847 bis 1850). Es entstanden große Betriebe wie die WMF (Württembergische Metallwarenfabrik AG), die MAG (Maschinenfabrik Geislingen) und am Standort in Altenstadt die Esbi (Süddeutsche Baumwollindustrie), die sich positiv entwickelten und wie die WMF heute zu den Weltmarktführern zählten. In steigendem Umfang strömten Arbeitskräfte in die Stadt Geislingen und das Dorf Altenstadt.

Bei der Industrialisierung der Region in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann für Geislingen eine Verdreifachung bzw. für Altenstadt eine Vervierfachung der Einwohnerzahl festgestellt werden. Ein „großer Teil der Bevölkerungszunahme von Geislingen und Altenstadt waren Zuwanderer aus der engeren Umgebung. In diesen Jahren wanderten viele Arbeiter aus Mangel an Verdienstmöglichkeiten aus ihren bäuerlichen Geburtsorten der Albhochfläche herab ins Tal. Die nachgeborenen Söhne der Albbauern zogen vielfach die günstige Arbeitsmöglichkeit in der Industrie der Arbeit als Knecht auf dem väterlichen Hofe vor und wanderten in die Stadt“ (Karlheinz Bauer, Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum Bau- und Sparverein Geislingen e.G.). Dies hatte natürlich beträchtliche Auswirkungen auf die Infrastruktur, vor allem auf die Nachfrage nach öffentlichen Einrichtungen, wie Schulen, Hallen für Vereine, Wohnraum und nach Energie- vor allem Stromversorgung.

Durch die Geislinger Großbetriebe entstand auch in der Raumwirtschaft ein außerordentlich hoher Industrialisierungsgrad (Anteil der Industrie-Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigungszahl), so dass Geislingen um das Jahr 1910 einen gleich hohen Industriebesatz wie Stuttgart aufwies. Die Infrastruktur war dieser starken Industrialisierung in keiner Weise gewachsen. So war die B 10, sowohl in Richtung Stuttgart als auch in Richtung Ulm, damals mehr oder weniger ein geschotterter Feldweg; die Bewohner an der heutigen B 10 in Altenstadt waren Bauern und Arbeiter, hielten in kleinem Umfang Kühe, Ziegen und Schafe und betrieben Streuobstbau. Ihre Landwirtschaft war nicht zuletzt wegen der topografischen Lage wenig produktiv. Es fehlte auch nicht die „Miste vor dem Haus“; allein auf der Strecke zwischen dem heutigen Sternplatz und der Martinskirche zählte man im Jahre der Albwerksgründung noch ein Dutzend Bauernbetriebe.

Der Dorfbach entlang der heutigen B10, über den mehrere kleine Brücken gingen, und die Ansiedlung einer aus der Region kommenden Industriearbeiterschaft, die in den neu entstandenen Siedlungsgebieten wie dem Seebach Häuser bauten oder Mietwohnungen bezogen, prägten das damalige Dorfbild. In diese Zeit fallen auch die Bauaktivitäten des 1895 gegründeten Bau- und Sparvereins e.G., die Wohnraum für die Industriearbeiterschaft, vor allem der Geislinger Großbetriebe, schafften. Bis heute haben sich gegenüber der Gründerzeit des Albwerks die Wirtschafts- und Infrastruktur, aber auch die sozialen, gesellschaftlichen Verhältnisse fundamental gewandelt. Die damaligen Bewohner unseres Raumes lebten politisch im Deutschen Kaiserreich, das nach militärischem und wirtschaftlichem Einfluss in der Welt strebte.

Adel und Militär waren die Führungselite der neuen kapitalistischen Massengesellschaft und des autoritären Staates, der von Kaiser Wilhelm II. regiert wurde. Sie standen den insgesamt 12 Mio. Haushalten in Deutschland gegenüber, von denen rund zwei Drittel zu den Besitzlosen zählten. Beamte und das Militär, Großagrarier und Großindustrielle hatten das Sagen im Staat. Der Großteil der Menschen, auch in der Geislinger Region, gehörte nicht zum wohlhabenden Bürgertum. Die sozialen Konflikte auch in unserer Region verschärften sich. Im Jahre 1910 lebten die Geislinger jedoch nicht nur im Deutschen Kaiserreich, sondern auch – durchaus föderalistisch, wenn auch nicht demokratisch ausgerichtet – im Königreich Württemberg. Dieses hatte 1910 2,4 Mio. Einwohner und war hoch industrialisiert. An der Spitze des Königreichs stand damals König Wilhelm II., der außerordentlich reformfreudig und sehr beliebt war.

Er führte unter anderem die Reform der Einkommensteuer in Württemberg ein, schuf eine neue Gemeindeordnung und gründete 1909 die Volksschule. Infolge der November-Revolution vom 29.11.1918 verzichtete König Wilhelm II. nach dem verlorenen Krieg auf den Königsthron, was von einem großen Teil der württembergischen Bevölkerung, auch im Geislinger Raum, bedauert wurde.

Rahmenbedingungen der Unternehmensgründung



Kaiser-Wilhelm-Straße Geislingen um 1900



WMF-Werk Geislingen um 1925

Gas- oder Strombeleuchtung in Geislingen

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Elektrizitätsversorgung im Geislinger Raum wenig attraktiv und kaum entwickelt. Man verglich sich mit Nachbarregionen und erkannte bald die unzureichende Beleuchtungssituation durch Petroleumleuchten und die Notwendigkeit einer verbesserten Beleuchtungssituation. Für die Stadt Geislingen ergab sich jedoch, durch eine im Jahr 1889 erbaute Steinkohlegasfabrik, eine ganz besondere Situation. Zunächst war man sich noch darüber im Unklaren, ob eine Gasbeleuchtung der Straßen auf Kosten der Stadt gerade bei der Größe Geislingens sinnvoll und nicht zu kostspielig wäre. Um die notwendige Sorgfaltspflicht zu wahren, erkundigte man sich nach entsprechenden Regelungen in anderen Städten und holte von der Königlichen Zentralstelle für Handel und Gewerbe ein Gutachten ein.

Darin wurde ausgeführt, *„daß es keineswegs ratsam seye, ohne weiteres elektrische Beleuchtung in einer kleinen Stadt einzuführen, weil die Sicherheit des Betriebes noch keineswegs unbedingt zweifellos seye und weil die Erträgnisse des Betriebes nach allgemeinen Erfahrungen meistens eine Unterbilanz zeigen, auch der Gebrauch eines elektrischen Stroms für den Privaten teuer und die Behandlung der Apparate diffizile seye, während die Gasbeleuchtung ebenfalls ihre Fortschritte gemacht habe, billig zu stehen komme und deren Ertragsfähigkeit außer allem Zweifel stehe.“* Außerdem besichtigte eine Kommission des Geislinger Gemeinderates ein Elektrizitätswerk im Münchner Stadtteil Schwabing und informierte sich vor Ort.
Dies bestärkte die Stadt Geislingen in ihrer Entscheidung, Gasbeleuchtung anstelle von Strombeleuchtung einzuführen. Damit stellte man zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Geislingen die Weichen gegen die Errichtung eines Kommunalen Elektrizitätswerkes.
Aus heutiger Sicht ist es durchaus verständlich, dass man in der damaligen Situation die Bedeutung von Elektrizität als eine die Welt verändernde Basisinnovation noch nicht richtig einschätzen konnte.

Punktuelle Einführung der Elektrizität durch Private

Allerdings produzierte und verwendete man auch in Geislingen elektrischen Strom. Die Württembergische Metallwarenfabrik AG hatte bereits am Ende des 19. Jahrhunderts als erster Betrieb ein eigenständiges Elektrizitätswerk in der Rorgensteig mit einer Stromübertragung in die „Untere Fabrik“, dem heutigen Werksgelände der WMF. Diese erfolgreiche elektrische Kraftübertragung von der Rorgensteig auf die „Laufen“, weckte damals durchaus Aufmerksamkeit und gehörte in der Region zu den entscheidenden Innovationen bei der Nutzung von Elektrizität. Unter der Leitung von WMF-Direktor Kommerzienrat C. Haegele betrieb neben der WMF auch das Portland Zementwerk an der Ecke Längental und Eybacher Tal seine Anlagen für die Zementherstellung mit Strom. So wurden beispielsweise eine elektrische Lichtleitung vom Tal bis zum 150 Meter höher gelegenen Kalksteinbruch in den Anwandfelsen und auch eine Drahtseilbahn elektrisch betrieben.

Außerdem wurde der Geislinger Firma Gebrüder Hess, Rothgerberei, bereits 1899 die Erstellung einer elektrischen Lichtanlage in Verbindung mit einer neuen Dampfkesselanlage in der Gartenstraße 2 genehmigt und die gegenüberliegende Praxis von Dr. med. Zwißler konnte mit elektrischem Licht beleuchtet werden.
Damit schuf die WMF nicht nur eine Beleuchtung der Werksanlagen, sondern ab 1892 auch eine externe Straßenbeleuchtung für die Kaiser-Wilhelm-Straße, den Ölweg und die Fabrikstraße. So waren – abgehängt von der übrigen Beleuchtungssituation der Geislinger Straßen – die Straßen rund um das WMF Betriebsgelände bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Arbeitswege für die Beschäftigten außergewöhnlich erhellt.



Elektrisch betriebene Drahtseilbahn am Anwandfelsen, 1902



Türkheim Oberdorf um 1910

Altenstadt als Vorreiter der Elektrizitätsnutzung

In der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts war die Situation der Elektrizitätsversorgung in Altenstadt, das 1912 nach Geislingen eingemeindet wurde, völlig anders als in Geislingen.
Der schon erwähnte technisch sehr interessierte und fortschrittlich denkende Müllereibesitzer Matthias Preßmar, betrieb seine Mühle vor der Einmündung der Eyb in die Fils und führte als erster in Altenstadt die Elektrizitätsversorgung ein. Sein 1889 errichtetes Elektrizitätswerk betrieb er zunächst nur mit Wasserkraft, später auch mit Dampfkessel und einer Dampfmaschine. Das bedeutete eine bescheidene, elektrische Straßenbeleuchtung in Altenstadt und die Versorgung von relativ wenigen Abnehmern. Nur wohlhabende Bürger konnten sich elektrischen Strom leisten. Altenstadt war damals sowohl eine bäuerliche Gemeinde, als auch eine Arbeiterwohngemeinde, bei der die Einkommens- und Vermögenslage der Einwohner verhältnismäßig bescheiden war.

Elektrizität war ein ausgesprochener Luxus, der von vielen Altenstädtern nicht bezahlt werden konnte.
Lediglich in einigen Gaststätten und wenigen Läden fand Preßmar mit seinem Strom eine interessierte Abnehmerschaft. Allerdings gab es immer wieder technische Störungen und so war es bald üblich, dass die Wirte bei Festen vorsorglich ihre „Kerzen- oder Petroleumfunzeln“ bereithielten, damit die Festgesellschaft bei Stromausfall nicht im Dunkeln saß. Solche Vorkommnisse trugen nicht gerade zum guten Ruf des Elektrizitätswerks bei und Preßmar stand bald vor einem Berg von Problemen. Die Investitionen in das private Elektrizitätswerk waren relativ hoch, so dass sich für Preßmar aus der stockenden Absatz- und der hohen Kostensituation finanzielle Schwierigkeiten ergaben, die auf einen Konkurs hinsteuerten.

Unzureichende Energieversorgung auf der Alb

Eine weitere Rahmenbedingung für die Gründung der Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk war die fehlende Energieversorgung und die Beleuchtungssituation auf der Geislinger Alb. Es gab weder einen Flusslauf noch eine Mühle, so dass rein technisch diese Möglichkeiten der Stromversorgung nicht gegeben waren.
Noch um das Jahr 1910 waren Petroleumlampen und Kerzen das einzige Beleuchtungsmittel in den Bauernhäusern der Albgemeinden rund um Geislingen. Zur gleichen Zeit gründete sich im Brenztal die Elektrizitätsgenossenschaft Heuchlingen-Bachagel, der eine sehr zufriedenstellende elektrische Versorgung der Heidenheimer Region mit Elektrizität gelang. Dies führte zu der Diskussion, inwieweit es auf der Alb möglich wäre, am Fortschritt durch elektrischen Strom zu partizipieren. Die Dörfer lagen weit auseinander, die Nachfrage nach Elektrizität war relativ gering und außerdem mussten kostspielige Leitungen über Äcker und Weiden gespannt werden.

Daher bestanden nur unklare Vorstellungen darüber, wie eine bessere Beleuchtung und eine allgemeine Energieversorgung in der Region hätten umgesetzt werden können. Hier setzten nach der Gründung der Elektrizitätsgenossenschaft die Aktivitäten des Albwerks ein. Mit technischem Sachverstand und mit einer soliden, langfristig angelegten finanziellen Ausstattung konnte eine Elektrizitätsversorgung als durchaus machbar dargestellt werden.



Schultheiß Schneider, Altenstadt | Regierungsrat Hasel | Bürgermeister Schmid, Waldhausen | Schultheiß Schell, Stötten | Sattlermeister Bückle, Aufhausen | Privatier Junginger, Geislingen

Konkrete Ursachen der Unternehmensgründung

Eine Reihe typischer Ursachen führte zur Gründung des Albwerks. Im Laufe des Jahres 1909 verschärften sich die finanziellen Probleme des Müllers und Elektrizitätswerkbesitzers Preßmar, so dass ein Konkurs immer wahrscheinlicher wurde. Bei einem Verkauf des Anwesens stand dem neu zu gründenden Unternehmen der Elektrizitätsgenossenschaft ein konkretes Objekt als Keimzelle zur Verfügung.
Im oberen und mittleren Filstal, insbesondere aber in den Albgemeinden um Geislingen, bestand eine ausgesprochene Unterversorgung mit Energie, vor allem Elektrizität.
Zur gleichen Zeit waren Teile der Ostalb durch die Gründung des „Elektrizitätswerks“ für die Heidenheimer und die Ulmer Alb e.G.m.b.H. in Heuchlingen a. A. bereits mit Strom versorgt und die Bevölkerung der Geislinger Region erkannte die Vorteile der Elektrizität für Haushalte, Landwirtschaft und Gewerbe.

Das untere Filstal und der Raum Göppingen waren durch die Neckarwerke AG an die Stromversorgung angeschlossen. Trotz eines entsprechenden Energiebedarfs in der Geislinger Region gab es kein finanzielles und kommunales Interesse für ein privates oder städtisches Elektrizitätswerk. Private Investoren der Elektrizitätswirtschaft, insbesondere Banken, erwarteten für Investitionen in der Geislinger Region keine große Rendite. Kommunale Elektrizitätswerke, wie es sie in anderen Städten bereits gab, lehnte die Stadt Geislingen ab, da die Lichtversorgung von dem vorhandenen Gaswerk betrieben wurde. Das Dorf Altenstadt als relativ kleine Gemeinde war mit der Errichtung eines eigenständigen kommunalen Elektrizitätswerks finanziell überfordert. Das Angebot von Matthias Preßmar, sein Elektrizitätswerk an die Stadt Geislingen oder die Gemeinde Altenstadt zu verkaufen, stieß daher auf wenig Gegenliebe.

Eine weitere und letztlich bedeutende Ursache für die Gründung des Albwerks waren Unternehmerpersönlichkeiten, insbesondere Schultheiß Gustav Schneider. Obwohl auch er zunächst keine Absicht hatte, sich über seine Gemeinde an einem Elektrizitätswerk zu beteiligen, erkannte er den notwendigen Energiebedarf in der Region und änderte seine Meinung. Seit Frühsommer 1909 war er mit dem Beauftragten des Müllers Preßmar, Oberingenieur Büggeln, in Kontakt, um mit ihm das Schicksal des Preßmar´schen Werkes und der zukünftigen Elektrizitätsversorgung im Oberamt Geislingen zu besprechen. Schneider erkannte die Chance einer groß angelegten Stromversorgung für die gesamte Geislinger Region.

Als außerordentlich fähiger Kommunalbeamter, der allen technischen Fortschritten der Zeit, vor allem mit kommunalen Auswirkungen, aufgeschlossen gegenüberstand, hatte er die Entwicklung der Stromversorgung in den Nachbargebieten analysiert und sich Kenntnisse über die Überlandversorgung mit Elektrizität angeeignet. Er publizierte Handbücher und Kommentare zu Problemen der Kommunalverwaltung, was für den Bürgermeister einer kleinen Gemeinde wie Altenstadt durchaus nicht üblich war. Generell wird er als „heller Kopf“ geschildert, der als Mensch „aufgeschlossen, umgänglich und freundlich“ wirkte, und ein heiteres Wesen und einen scharfen Verstand mit großem Verhandlungstalent sein eigen nannte.

Ein Zeitgenosse charakterisierte den Altenstädter Schultheiß als jemand der bisweilen „Sprüche machen“ konnte und die Leute durch sicheres, vornehmes Auftreten zu beeindrucken wusste. Sein Optimismus, sein Pioniergeist und seine Hartnäckigkeit führten letztlich zur Gründung des Albwerks. Einen wichtigen Mitstreiter für die Idee eines regionalen Elektrizitätswerkes fand Schultheiß Schneider in Regierungsrat Hasel, der Vorstand des Oberamtes Geislingen war und der die Arbeiten und Planungen Schneiders sehr begrüßte.
Er unterstützte auch die „Werbeaktivitäten“ von Schneider in den Gemeinden des damaligen Oberamtsbezirks Geislingen für ein Elektrizitätswerk in der Region. Der Leiter des Oberamtes kann deswegen ohne Zweifel als einer der Gründungsväter des Albwerks angesehen werden.

Lange Jahre hatte der Altenstädter Schultheiß Schneider die Hoffnung, ein gemeinsames Elektrizitätswerk Geislingen/Altenstadt zu gründen, musste aber im Laufe des Jahres 1909 erkennen, dass dies zunächst nicht möglich war. Er setzte deswegen alle Hoffnungen auf die ländlichen Regionen und versuchte dort Persönlichkeiten für seine Gründungsidee einer Elektrizitätsgenossenschaft zu gewinnen. Als besonders wichtige Wegbereiter des Albwerks erwiesen sich die Schultheißen Schmid (Waldhausen), der spätere, langjährige Vorsitzende des Aufsichtsrats Schell (Stötten) und Buhl (Hausen) sowie Sattlermeister Bückle aus Aufhausen und Privatier Junginger aus Geislingen.

Weshalb Elektrizitätsgenossenschaft ?

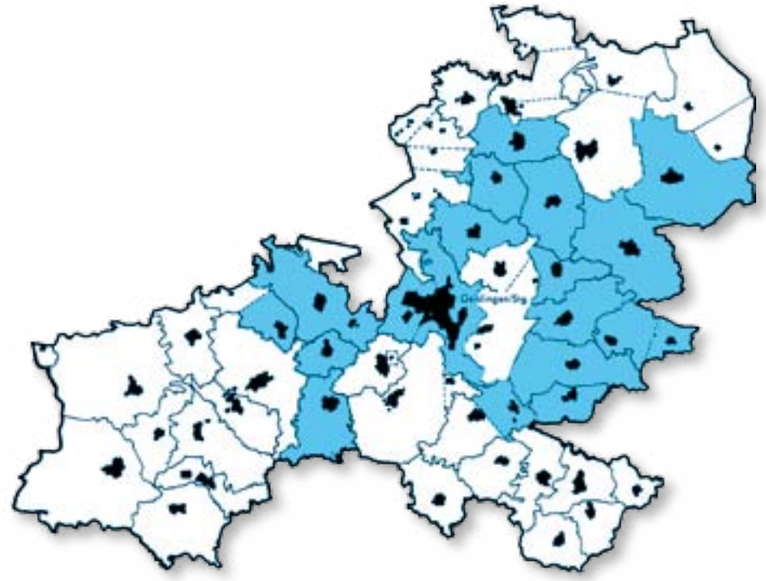


Friedrich Wilhelm Raiffeisen

Da weder Kapitalinteressen noch kommunales Interesse an der Gründung eines regionalen Elektrizitätswerkes vorlagen, andererseits ein erkennbarer Bedarf an einer Elektrizitätsversorgung bestand, musste zur Realisierung ein anderer Weg gefunden werden. Dieser bestand in der Umsetzung der Genossenschaftsidee in der Elektrizitätsversorgung.
Das Genossenschaftsgesetz von 1889 hatte Grundsätze der Unternehmensführung geschaffen, die den wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreisen der damaligen Zeit, wie Bauern, Handwerkern, Einzelhändlern oder Arbeitern und Angestellten, ausgezeichnete Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Unternehmensbeteiligung boten. Die Genossenschaftsprinzipien der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts schon in ganz Deutschland durch F. W. Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch eingeführt und bekannt gemacht worden. Sie passten auch für Elektrizitätsgenossenschaften. An diesen Grundsätzen der Unternehmensführung konnten sich die Albwerkgründer orientieren. Schultheiß Schneider ist durchaus als „Genossenschaftler" einzustufen, der den Vorstellungen des Gründers des ländlichen Genossenschaftswesens, Friedrich Wilhelm Raiffeisen, und des gewerblichen Genossenschafts- und Bankwesens, Hermann Schulze-Delitzsch, gedanklich sehr nahestand.

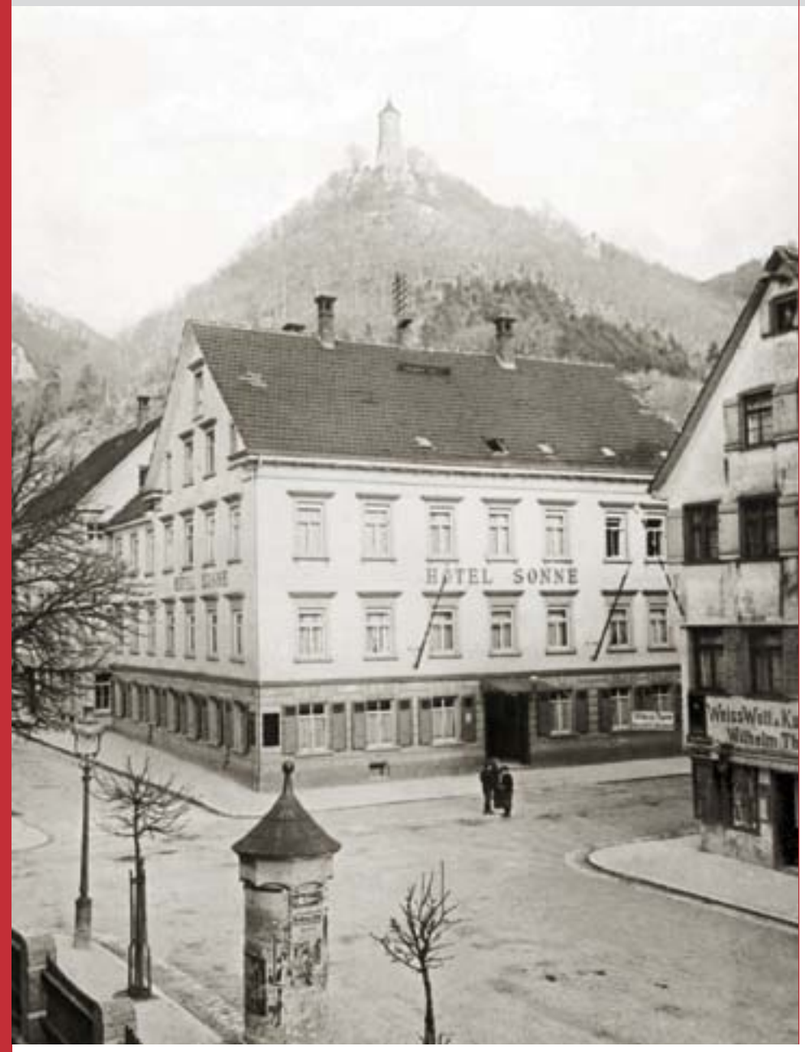
Die genossenschaftliche Selbsthilfe hat den Zweck, den Mitgliedern, aber auch Nichtmitgliedern, einen ökonomischen bzw. gesellschaftlichen Nutzen zu verschaffen. Dieser bestand beim Albwerk darin, Elektrizität für Haushalte und Betriebe zu erzeugen und für die angeschlossenen Gemeinden die Sicherung der Stromversorgung zu angemessenen Preisen zu gewährleisten. Natürlich war Schneider primär Kommunalpolitiker; sein Ziel war deshalb, neben der individuellen Förderung von Privatpersonen, auch die Gemeinden in die Elektrizitätsgenossenschaften zu integrieren und zwar vorrangig über Mitgliedschaften. Die genossenschaftliche Selbstverwaltung legt die Entscheidungsstruktur des Unternehmens fest. Beim Albwerk sollte das die Generalversammlung als höchstes Beschlussgremium, der Aufsichtsrat als Kontroll- und Beratungsgremium und der Vorstand als ausführendes Entscheidungsorgan des Unternehmens sein. Die genossenschaftliche Selbstverantwortung war von Anfang an durch die Finanzierung des Unternehmens aus eigener Kraft und die Haftung für das unternehmerische Handeln durch die Mitglieder der Genossenschaft selbst gewährleistet, was durchaus zu Problemen in der Unternehmensführung beitrug.
Letztlich ist eine Elektrizitätsgenossenschaft aber auch auf dem Personalitätsprinzip aufgebaut, bei dem zur Gründung natürliche oder juristische Personen notwendig sind, die Mitgliedschaft beim Tod des Genossen erlischt und die Entscheidungen und Beschlüsse nicht durch Kapitalmehrheiten, sondern durch Mehrheiten der Genossenschaftsmitglieder in den Organen zustande kommen.

Die Frage, weshalb man beim Albwerk die Rechtsform einer Genossenschaft wählte, ergab sich zum einen aus der nicht vorhandenen Bereitschaft der Stadt Geislingen zur Unternehmensbeteiligung und zum anderen wegen fehlender privater Interessenten für entsprechende Investitionen in ein Elektrizitätswerk.
Dazu kamen andere Aspekte, die schon bei der ersten württembergischen Elektrizitätsgenossenschaft, der „Elektrische Kraftübertragung Herrenberg e.G.m.b.H. (EKH)" eine Rolle gespielt hatten: eine Genossenschaft unterlag nicht den strengen, meist auch engen Vorschriften der öffentlichen Verwaltung und konnte in ihrer aktiven Unternehmenstätigkeit viel freier sein. Dies galt für die gesamte Unternehmensführung und für die Finanzierung der Genossenschaftsunternehmen über Geschäftsanteile. In einer Region, in der sich manche Einwohner die Versorgung mit Elektrizität einfach nicht leisten konnten, war die Gründung einer Elektrizitätsgenossenschaft in diesem Sinne zwar grundsätzlich ein öffentliches Anliegen, aber auch eine Aktion der Selbsthilfe für einzelne, ökonomisch weniger leistungsfähige Haushalte und Betriebe, insbesondere in der Landwirtschaft. Im Gegensatz zur Herrenberger Elektrizitätsgenossenschaft aus dem Jahre 1905 hatte beim Albwerk das private Interesse einen hohen Stellenwert.



Versorgungsgebiet 1911
Grafik aus der Jubiläumsschrift „50 Jahre Albwerk", 1960

Gründungsaktivitäten



Hotel Sonne um 1910

Die Gründung eines Elektrizitätswerkes auf genossenschaftlicher Basis erforderte im Sommer und Herbst 1909 eine regelrechte Werbekampagne für die Idee einer regionalen Elektrizitätsgenossenschaft durch Schultheiß Schneider und den bereits als Berater des Müllers Preßmar tätigen Oberingenieur Büggeln.
Die Absicht, die Stadt Geislingen für die Idee einer privaten Elektrizitätsgenossenschaft zu gewinnen, schlug zwar zunächst fehl, doch war man umso intensiver in den umliegenden Landgemeinden der Geislinger Region tätig. Der Oberamtsvorstand Hasel unterstützte diese Bemühungen nachhaltig. In Vorträgen vor der Bevölkerung der Landgemeinden und in Verhandlungen mit deren Schultheißen versuchte man für die Idee des genossenschaftlichen Elektrizitätswerkes im Geislinger Bezirk zu begeistern. In einer Versammlung am 31.10.1909 im Hotel Sonne in Geislingen kamen die Repräsentanten von 16 Gemeinden zusammen und Schultheiß Schneider hatte die Möglichkeit, Konzeption und Gründungsablauf der Genossenschaft sowie die technischen und ökonomischen Strukturen und Rahmenbedingungen zu erläutern.



Gründungsveranstaltung im Geislinger „Frühlingsgarten“ am 6.3.1910

Bei dieser vorbereitenden Genossenschaftsversammlung waren die Gemeinden Altenstadt, Aufhausen, Böhmenkirch, Bräunisheim, Hausen/Fils, Hofstett/Emerbuch, Schalkstetten, Schnittlingen, Steinenkirch, Stötten, Stubersheim, Treffelhausen, Unter- und Oberböhringen, Waldhausen und Weißenstein zur Mitbegründung des neuen Unternehmens bereit.
Diese Gemeinden können neben den privaten Mitgliedern, wie Bauern und Handwerkern, die am Erwerb von Geschäftsanteilen und somit am Miteigentum interessiert waren, als die Gründergemeinden des Albwerks angesehen werden. Bei dieser Zusammenkunft wurden bereits der Vorstand und der Aufsichtsrat der Genossenschaft bestimmt und man setzte vor allem die Bürgermeister der entsprechenden Gemeinden in Funktionen der Unternehmensorgane, um das Interesse der zukünftigen Stromabnehmergemeinden sicherzustellen.
Im Vorstand waren jedoch auch private Personen, und der Aufsichtsrat hatte neben einigen Schultheißen auch Gewerbetreibende und vor allem Bauern als Mitglieder.

Am 12.2.1910 fand die erste gemeinsame Sitzung von Vorstand und Aufsichtsrat statt, in der Vorschläge für die eigentliche Gründungsversammlung des neuen Unternehmens mit einer entsprechenden Firmenbezeichnung erarbeitet wurden.
Am 6.3.1910 kam die eigentliche, die zweite Gründungsversammlung im Geislinger „Frühlingsgarten“ zustande, in der die Satzung verabschiedet, und die vorgesehenen Organvertreter in Vorstand und Aufsichtsrat bestätigt wurden. Bei der gleichen Versammlung traten weitere fünf Gemeinden dem Albwerk bei – die Stadt Geislingen, Reichenbach/Täle, Weiler o. H. mit Hofstett am Steig, Gussenstadt und Söhnstetten.
Vom Amtsgericht wird über die zweite Gründung der Elektrizitätsgenossenschaft Alb-Elektrizitätswerk Geislingen/Steige e.G.m.b.H wie folgt berichtet:


K. Amtsgericht Geislingen.

Im Genossenschaftsregister ist heute eingetragen worden: Die Firma Alb-Elektrizitätswerk Geislingen Steig, E. G. m. b. H., Sitz in Altenstadt. Das Statut ist am 6. März 1910 errichtet. Gegenstand des Unternehmens ist: Beschaffung von elektrischer Energie für die Betriebe der Genossenschafter, Abgabe elektrischer Energie auch an Nichtmitglieder, Einrichtung besonderer elektrischer Betriebe für und durch die Genossenschaft. Die Zeichnung für die Genossenschaft erfolgt, indem der Firma die Unterschriften von mindestens 2 Vorstandsmitgliedern (oder Stellvertretern) beigefügt werden. Die Bekanntmachungen erfolgen in den Amtsblättern der Verbreitungsbezirke, daneben gegebenenfalls durch Anschlag an den betreffenden Rathäusern. Jeder Genosse kann sich mit mehreren — bis zu 50 — Geschäftsanteilen beteiligen. Die Haftsumme beträgt 200 Mark.

Mitglieder des Vorstands sind:
1. Gustav Schneider, Schultheiß in Altenstadt;
2. Jakob Schell, Schultheiß in Gingen;
3. Jakob Buhl, Schultheiß in Hausen a. F.;
4. Johannes Schmid, Schultheiß in Waldhausen;

Ziffer 1—4: ordentliche Mitglieder:
5. Fritz Junginger, Privatier in Geislingen;
6. Jakob Bäckle, Sattlermeister in Aufhausen;

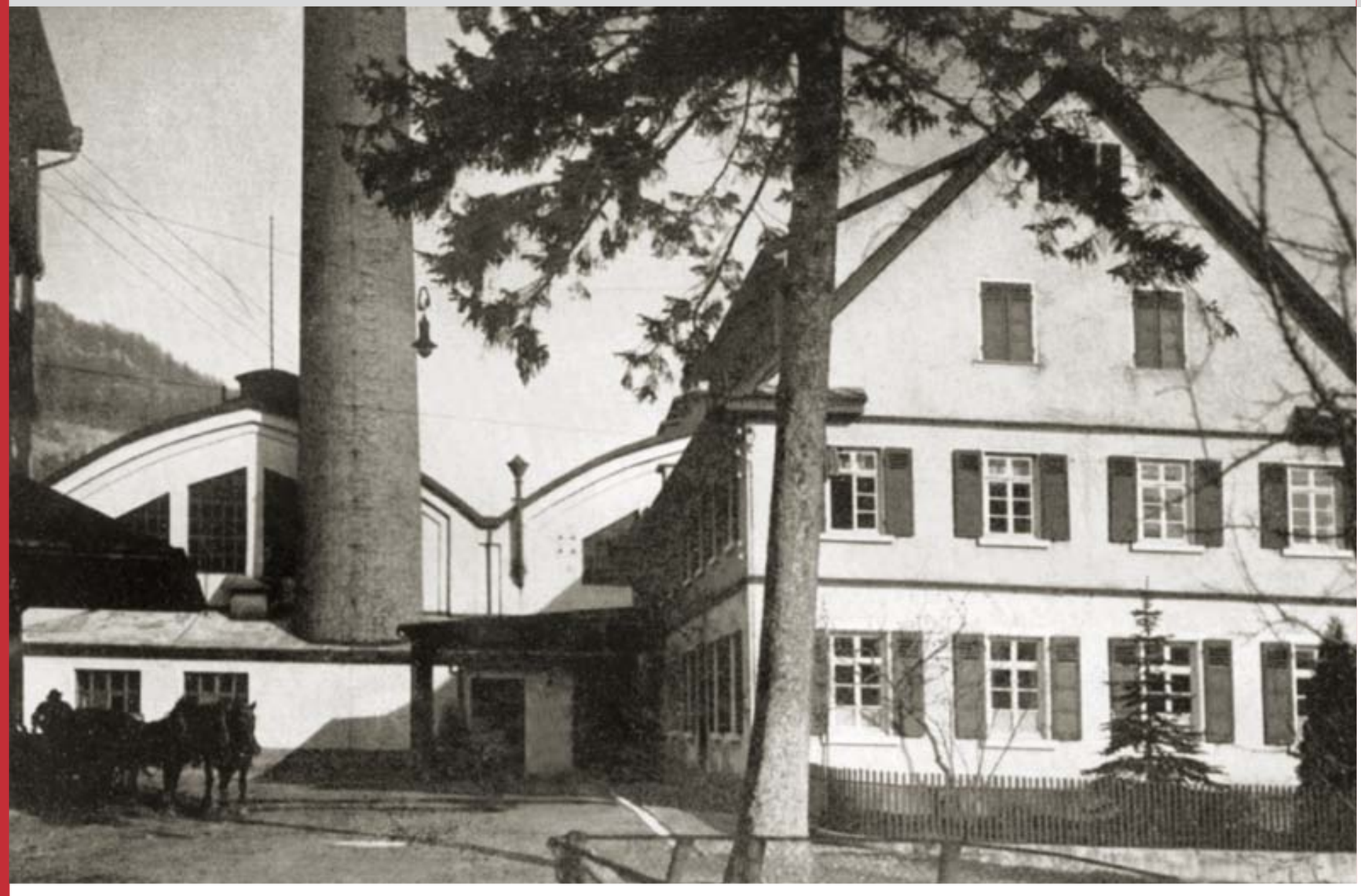
Ziffer 5 und 6: stellvertretende Mitglieder.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedermann gestattet.

Für Amtsrichter:
Hunt.

Die rechtliche Existenz war jedoch erst dadurch gegeben, dass am 26.3.1910 beim Amtsgericht in Geislingen die Eintragung der Firma „Alb-Elektrizitätswerk Geislingen/Steige e.G.m.b.H., Sitz in Altenstadt“ vollzogen wurde.

Technische Ausstattung des jungen Elektrizitätswerkes



Werk II, Büro- und Maschinenhaus

Mit dem Kauf des Preßmarschen Elektrizitätswerks in Altenstadt für 100.000 Mark (am 26.3.1910 beschlossen), das mit einem Wasserrad, einer Sauggasanlage und einer Batterie von 350 Amperestunden eine gewisse technische Mindestausstattung hatte, und mit dem Erwerb der Kunstmühle des Heinrich Baur in Altenstadt, die an der Einmündung der Rohrach in die Eyb gelegen war und von zwei oberschlächtigen Wasserrädern betrieben wurde, nahm die Arbeit der Elektrizitätsgenossenschaft Gestalt an.
Die Baursche Mühle, die auf dem Betriebsgelände des heutigen Albwerks stand, war wegen ihres Gleisanschlusses an die Nebenbahn Geislingen-Wiesensteig von großer Bedeutung und außerdem bestanden über die Mühle besonders gute Beziehungen zur Landwirtschaft.
Die Geislinger Zeitung berichtete am 4. April 1910 wie folgt:

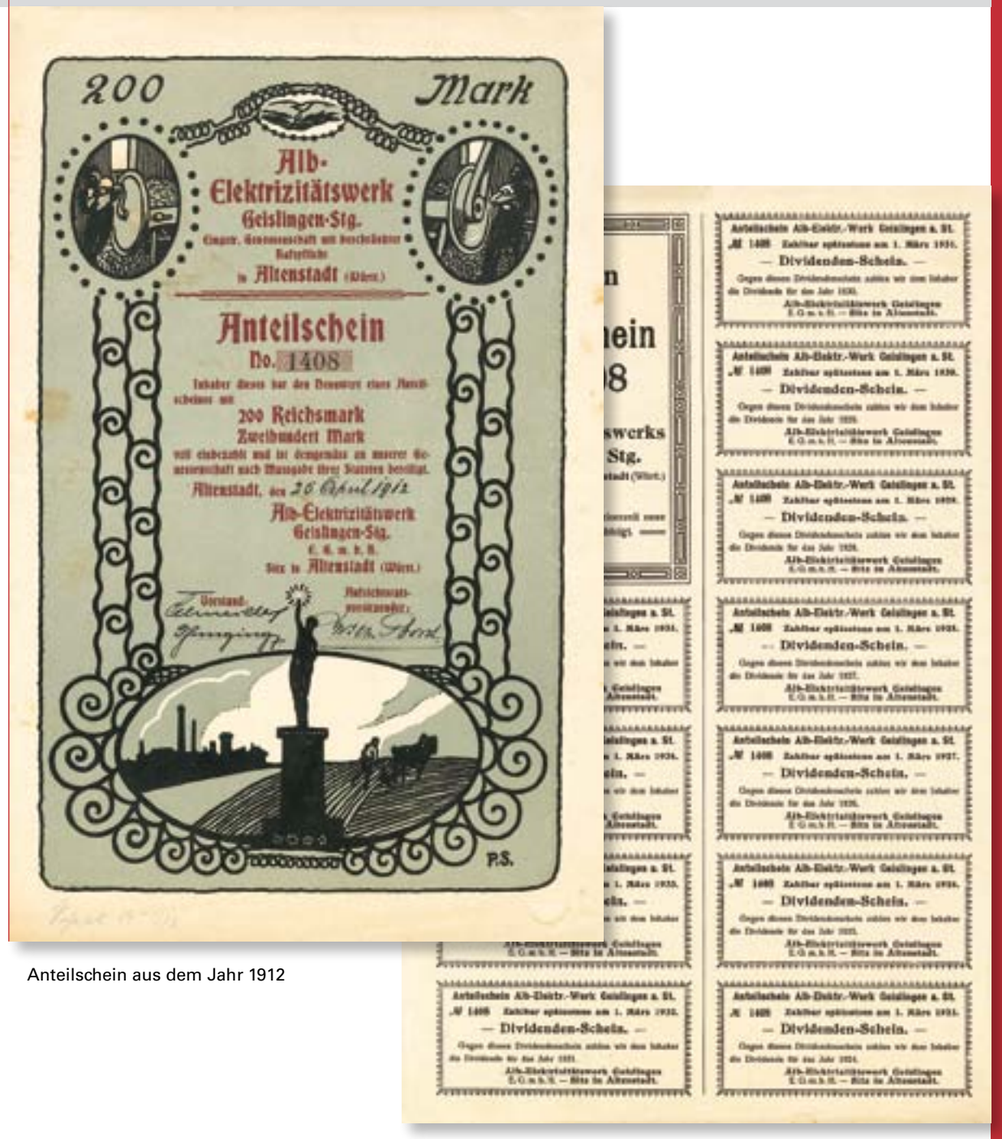
Geislingen, 4. April. Das Anwesen des Kunstmüllers Bauer in Altenstadt ist von dem Alb-Elektrizitätswerk Geislingen, G. m. b. H. um 140 000 ℳ endgültig erworben worden. Die Arbeiten für die Einrichtung der Zentrale, Freileitung und Motoren wurden der Firma Felten-Guillaume-Lahmeyerwerke in Frankfurt a. M. übertragen. Die Konkurrenzfirmen Schuckert und die Eßlinger Maschinenfabrik hatten etwas höhere Angebote gemacht.

Weiterhin wurde im Jahre 1910 bereits mit der Planung und dem Bau der erforderlichen Fernleitungen, der Ortsnetze und der Transformatorenstationen begonnen.

Anlaufschwierigkeiten und ihre Beseitigung

Der Beginn der jungen Elektrizitätsgenossenschaft war relativ bescheiden. Die Elektrizitätsanlagen des Preßmarschen Anwesens übernahmen in geringem Umfang die Stromversorgung, aber auch mit dem Erwerb der Baurschen Mühle am heutigen Albwerk-Standort an der Rohrach konnten die Produktions- und Lieferprobleme nicht beseitigt werden. Deswegen begann man noch im Sommer 1910 mit dem Bau einer neuen Dampfzentrale, die in einem geräumigen Kessel- und Maschinenhaus untergebracht war. Das erforderliche Investitionsvolumen in Höhe von 1,1 Mio. Mark konnte 1910 zunächst nicht bereitgestellt werden.
Primär sollte diese Summe im Sinne von Eigenkapital von den Mitgliedern durch Einzahlung auf die Geschäftsanteile von je 200 Mark aufgenommen werden. Dadurch hätte eine Gesamthöhe von rund 500.000 Mark aufgebracht werden können. Der Rest sollte durch Schuldscheindarlehen vor allem von Privatpersonen finanziert werden. Bis Mitte 1910 waren aber erst 220.000 Mark gezeichnet:
die Gesamtaufwendungen für die Anlagen und das Leitungsnetz waren jedoch wesentlich höher. Die Bauaufseher der Firma Felten-Guilleaume-Lahmeyer AG meldeten Mitte Oktober 1910 eine Forderung von 125.000 Mark an, die bis zum 1.11. gezahlt werden sollte; bis zum 31.12. sollte derselbe Betrag nochmals gezahlt werden, um die bereits angefallenen Kosten zu decken. Die Firma drohte alle Arbeiten einzustellen, wenn die entsprechenden Überweisungen nicht getätigt würden.

Die Baufirma hatte bereits 300.000 Mark Baukosten aufgewandt und von Seiten des Albwerks lediglich 100.000 Mark überwiesen bekommen.
Nachdem die Forderung der Baufirma nicht sofort erfüllt werden konnte, stoppte diese im November 1910 sämtliche Bauarbeiten an den Anlagen und am Leitungsnetz. Dies war natürlich Wasser auf die Mühlen der Gegner einer regionalen Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk. Es kam zu einer öffentlichen Stimmungsmache gegen das Albwerk und insbesondere in der Geislinger Zeitung meldeten sich jene zu Wort, die von vornherein geahnt und gewusst hatten, dass das Projekt scheitern würde. Dabei ging es allerdings nicht nur um die Frage der Finanzierung, sondern auch um die bessere Alternative zwischen einem städtischen oder regionalen Elektrizitätswerk, oder einer Lichtversorgung mit Gas. Es kam zu wenig schönen Attacken gegen die Führungsorgane des gerade beginnenden jungen Unternehmens, die insbesondere über Leserbriefe in der Geislinger Zeitung ausgetragen wurden.



Anteilschein aus dem Jahr 1912



Hotelier Borst



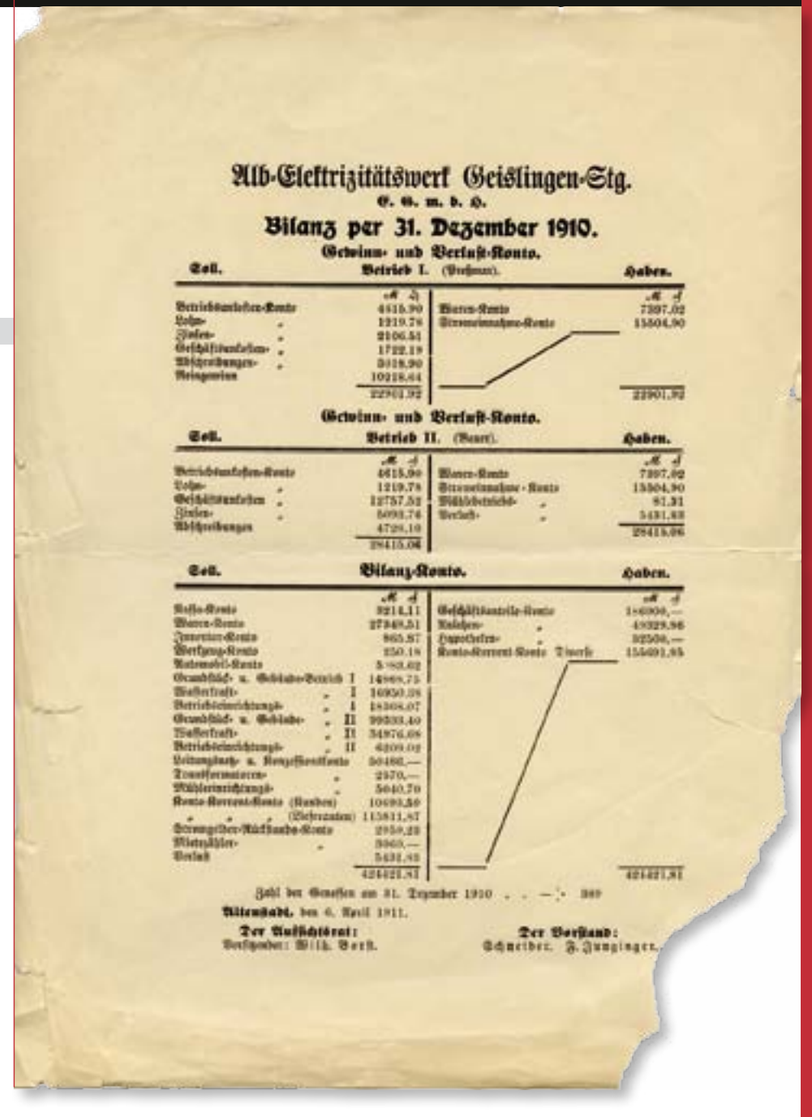
Neubauer Bosch

Dass der Zusammenbruch des Unternehmens verhindert werden konnte, ist auf die Zähigkeit und das Verhandlungsgeschick von Schultheiß Schneider, aber auch auf die Bereitschaft finanziell leistungsfähiger und mutiger Genossenschaftsgründer zurückzuführen. Es waren der Hotelier Borst aus Geislingen, Schultheiß Schmid aus Waldhausen, Neubauer Bosch aus Stötten und Privatier Junginger aus Geislingen, die durch eine persönliche Bürgschaft in der für damalige Verhältnisse außerordentlich hohen Summe von 250.000 Mark die Existenz des jungen genossenschaftlichen Elektrizitätswerkes retteten.

Die schwierige Finanzkrise war allerdings erst überstanden, als die Firma Robert Bosch, die Stadt Geislingen und die Gemeinde Altenstadt weitere Darlehen und Bürgschaften in Höhe von insgesamt 450.000 Mark zur Verfügung stellten. Damit konnte der Weiterbau der Elektrizitätsanlagen als gesichert gelten und der erste Schritt der Stadt Geislingen zur Unterstützung und zur Beteiligung am Albwerk war getan. Der zweite Schritt folgte mit der endgültigen Mitgliedschaft der Stadt an der Genossenschaft am 19.4.1911.

Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten und nach der Unternehmensgründung kam es ab März 1911 zu einer nachhaltigen Aufwärtsentwicklung des Albwerks. Dies war insbesondere darauf zurückzuführen, dass mit den Stromlieferungen aus der nunmehr Werk II benannten Elektrizitätsanlage auf dem Gelände des jetzigen Albwerks begonnen werden konnte und weitere Landgemeinden der Genossenschaft beitraten.
Dazu gehörten die Gemeinden Gruibingen, Hohenstadt und Ober- und Unterdrackenstein. In diese Zeit fällt auch der Beginn des Elektrizitätsverbundes, zunächst mit der Neckarwerk AG in Esslingen. Dieses Unternehmen besaß damals in einem sich laufend vergrößernden Versorgungsgebiet schon 43 Transformatorenstationen.

Im Jahr 1913 versorgte das Albwerk bereits über 25.000 Menschen mit Strom. Die Finanzsituation der Genossenschaft war geordnet, die gesamten Anlagen wiesen einen Wert von 1,3 Mio. Mark aus, und für das Jahr 1914 konnte schon ein deutlicher Gewinn ausgewiesen werden.
Das Albwerk trat in eine Phase der Rentabilität ein. Die Genossenschaft entwickelte sich für die Stadt Geislingen zum beachtlichen Steuerzahler und als äußeres Zeichen der Anerkennung für die Leistungen des Unternehmens wurde die bisherige Rohrachstraße in Albwerkstraße umbenannt. Die Bedenkenträger und Kritiker am Albwerk verstummten und die Straße trägt diesen Namen noch heute.



Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Stg.
E. G. m. b. H.

Bilanz per 31. Dezember 1910.

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll. Betrieb I. (Postmar). Haben.

	ℳ ₰		ℳ ₰
Betriebsunkosten-Konto	4615.90	Waren-Konto	7397.02
Lohn- „	1219.78	Stromvereinnahme-Konto	15504.90
Zinsen- „	2106.51		
Geschäftsunkosten- „	1722.18		
Abschreibungen- „	3518.90		
Reingewinn	10216.64		
	22901.92		22901.92

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll. Betrieb II. (Bauer). Haben.

	ℳ ₰		ℳ ₰
Betriebsunkosten-Konto	4615.90	Waren-Konto	7397.02
Lohn- „	1219.78	Stromvereinnahme-Konto	13504.90
Geschäftsunkosten „	12757.53	Mühlbetrieb- „	91.31
Zinsen- „	5093.74	Verlust- „	5431.83
Abschreibungen	4729.10		
	28415.06		28415.06

Soll. **Bilanz-Konto.** Haben.

	ℳ ₰		ℳ ₰
Kasse-Konto	3214.11	Geschäftsanteile-Konto	180000.—
Waren-Konto	27349.51	Anlehen- „	49329.96
Inventar-Konto	865.87	Hypotheken- „	32500.—
Werkzeug-Konto	250.18	Konto-Korrent-Konto Diverse	154691.85
Rohmaterial-Konto	5 [illegible]		
Grundstück- u. Gebäude-Bereich I	14969.75		
Wasserkraft- „ I	16950.08		
Betriebseinrichtungs- „ I	18304.07		
Grundstück- u. Gebäude- „ II	99533.40		
Wasserkraft- „ II	34976.08		
Betriebseinrichtungs- „ II	4209.08		
Leitungsbau- u. Kraftverteilanlage	50486.—		
Transformatoren- „	2370.—		
Mühlenrichtungs- „	5640.70		
Konto-Korrent-Konto (Banken)	10693.56		
„ „ (Elektranten)	115811.87		
Strompreis-Rückstands-Konto	2959.23		
Mietsmüller- „	3965.—		
Verlust	5431.83		
	424421.81		424421.81

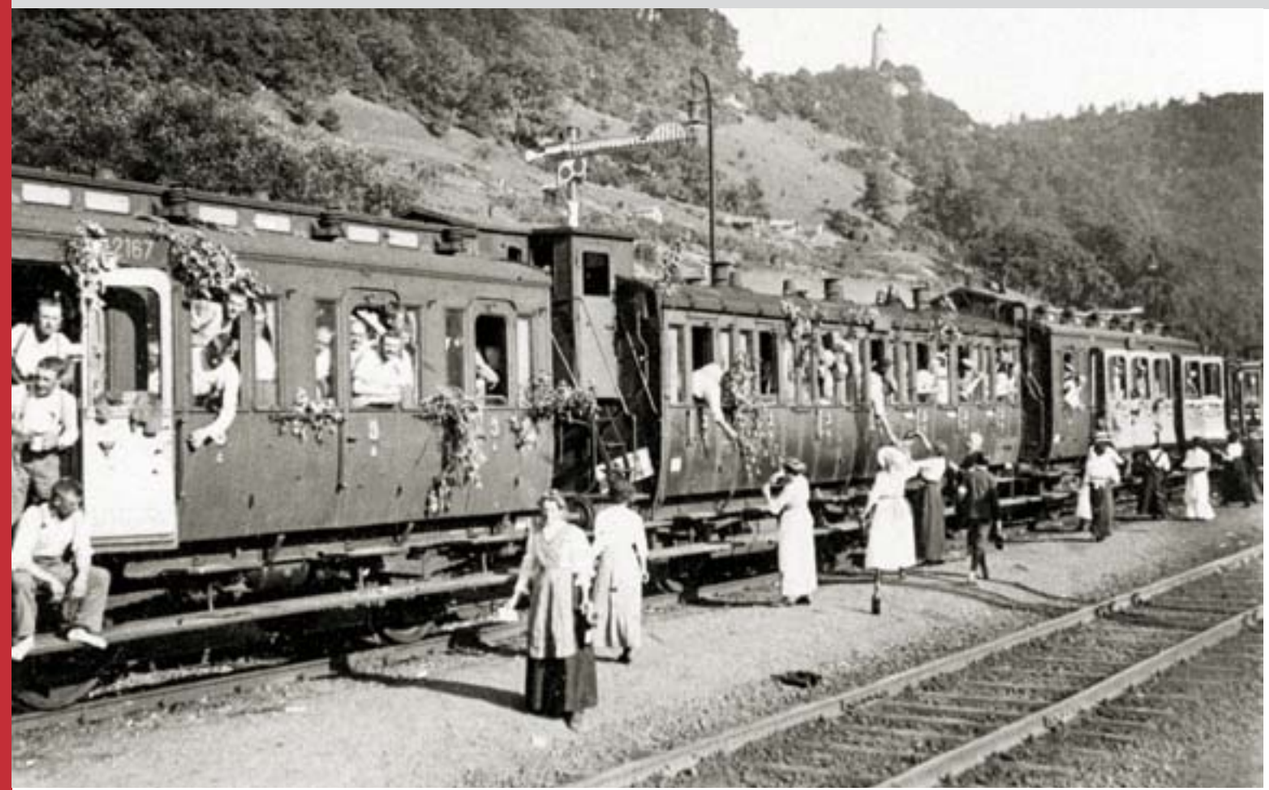
Zahl der Genossen am 31. Dezember 1910 . . —: 389

Altenstadt, den 6. April 1911.

Der Aufsichtsrat: Der Vorstand:
Vorsitzender: Wilh. Bosch. Schneider. J. Junginger.

Bilanz zum 31.12.1910

Der Erste Weltkrieg 1914 - 1918



Verpflegung durchfahrender Truppen, 1914



Nachricht vom Kriegsbeginn, August 1914

Bis in den Sommer 1914 hielt die günstige wirtschaftliche Entwicklung des Albwerks an. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges – in dem das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn gegen den Rest der Welt standen – unterbrach den Aufschwung abrupt und folgenschwer. Die Stadt Geislingen – in der Zwischenzeit war 1912 Altenstadt eingemeindet – und die gesamte Region waren als Bezirk des Königreichs Württemberg und Teil des Deutschen Reiches durch die Kriegsjahre betroffen. Nach einer über 40 Jahre dauernden Friedensperiode wähnte man sich zum einen in einer relativen Sicherheit, zum anderen war man stolz darauf, Teil eines großen Reiches zu sein. Das Reich wollte über sein wirtschaftliches Wachstum und die ökonomische Modernisierung des Landes durch Kaiser Wilhelm II., durch Flottenrüstung, durch den Besitz überseeischer Kolonien und eine starke Militärmacht Weltpolitik betreiben.
Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verhältnisse hatten sich bis 1914 ohne Zweifel auch in Geislingen verbessert, da vor allem die Großbetriebe WMF, Esbi und MAG eine Vielzahl von sicheren Arbeitsplätzen geschaffen hatten und sich die sozialpolitische Gesetzgebung Bismarcks für die breite Masse der Arbeitnehmerschaft positiv auswirkte.

Sicherlich wurde von vielen Menschen auch in der Geislinger Region der Ausbruch des Ersten Weltkrieges begeistert begrüßt. Man war der Auffassung, das Land müsse seine Weltgeltung unbedingt erhalten und durch Militärmacht festigen. Sehr bald mussten jedoch die Menschen erkennen, welche Entbehrungen mit dem Krieg verbunden waren und welches große Leid gerade dieser Krieg mit ersten großen Massenvernichtungswaffen für die Menschen brachte. Ihre wirtschaftliche, soziale und menschliche Situation wurde durch das Kriegsgeschehen auch im Geislinger Raum negativ beeinflusst.

Für das Albwerk waren eine Erweiterung des Leitungsnetzes und neue Anschlüsse von Haushalten und Verbrauchern wegen des kriegsbedingten Material- und Arbeitskräftemangels unmöglich. Zwar erhöhte sich durch die Kriegswirtschaft der Stromverbrauch, doch Privathaushalte mussten örtlich festgelegte Stromreduzierungen hinnehmen. Die Gesamtstromerzeugung belief sich 1914 auf 2,6 Mio. kWh und stieg bis 1916 um beinahe 50 Prozent auf 3,9 Mio. kWh. Kohlemangel, die entsprechende Verteuerung, sowie die Abschaltung des Überlandnetzes fast während der gesamten Tageszeit waren äußerst negative Auswirkungen der Kriegsjahre.

Die Stromübertragung verschlechterte sich durch die 1916 behördlich angeordnete Kupfermobilmachung, die das Albwerk zwang, einen großen Teil seiner Kupferleitungen gegen Leitungen aus Eisen auszuwechseln. Gleichzeitig ging der Licht- und Kraftstromverbrauch deutlich zurück, da kleinere Betriebe ihre Produktion einstellten und auch in den zu Rüstungszwecken umstrukturierten Fabriken in Geislingen Stromeinschränkungen zum Alltag gehörten. Eine weitere Auswirkung des Weltkriegs war der kontinuierliche Anstieg der Strompreise, der die Verbraucher und die produzierenden Betriebe zusätzlich belastete.

Im letzten Kriegsjahr 1918 kam es allerdings zu einer für die gesamte deutsche Elektrizitätswirtschaft richtungweisenden Entwicklung.
Die Elektrizitätswerke in Württemberg verbanden sich mit Reserve- und Aushilfsverträgen zur Sicherung der Stromlieferungen und mit dem Ziel eines landesweiten Stromausgleiches. Damit war der Anfang eines Verbundsystems der Elektrizitätswirtschaft geschaffen, das durch große Wasser- und Dampfkraftwerke und über ein Hochspannungsnetz die Versorgung mit Strom im gesamten Württemberg sicherstellte.



WMF mit Zeppelin, 31.7.1909

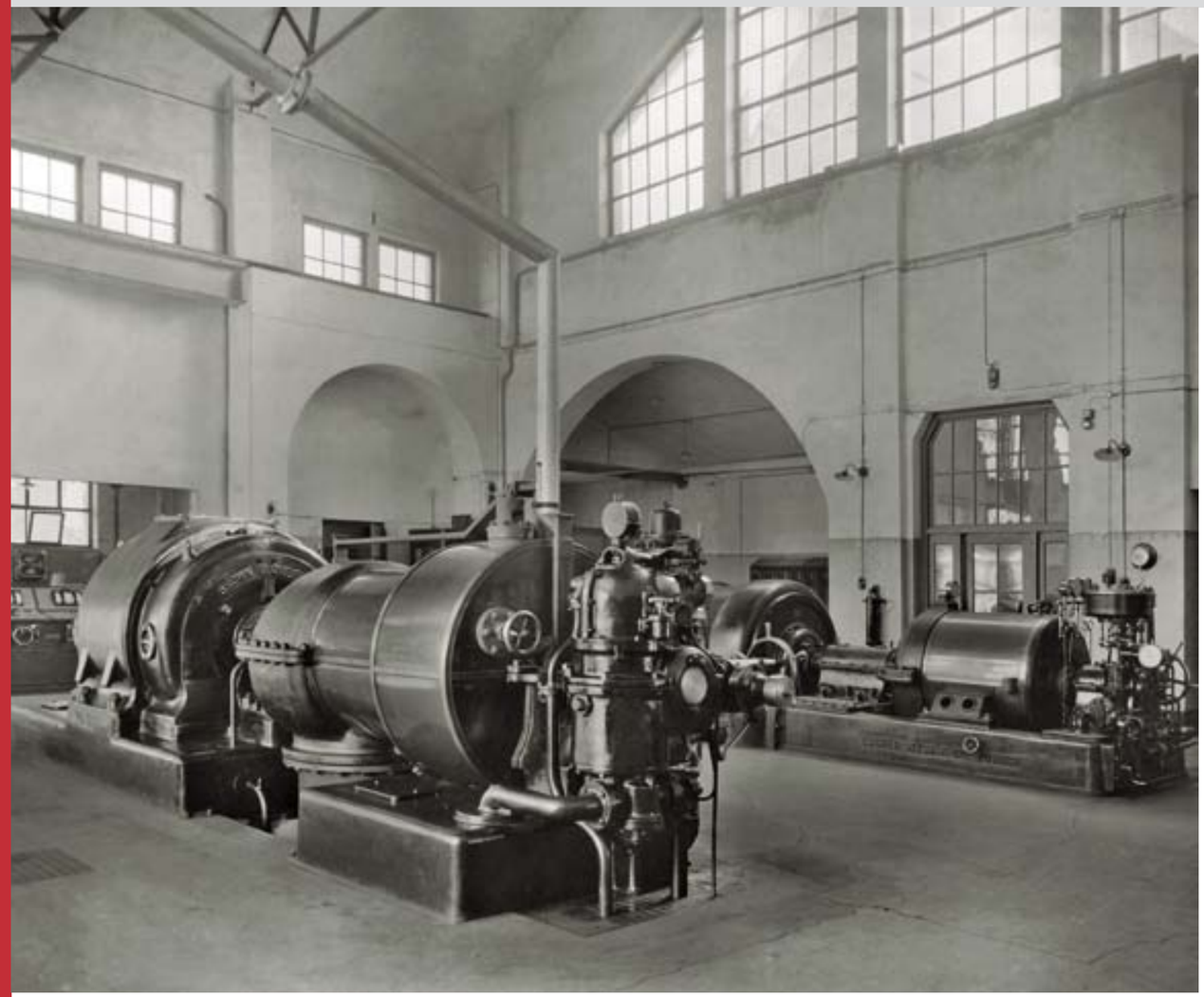


Andreas Eckle

Für viele Elektrizitätswerke in Württemberg kam es dadurch auch zu einer völligen Änderung der bisherigen Unternehmensphilosophie. Vielfach wurde die Eigenproduktion von Strom zurückgefahren, während der Fremdbezug, der Einkauf von Strom anderer Elektrizitätswerke, eine steigende Bedeutung erlangte. Weil das Albwerk gerade im Ersten Weltkrieg den zunächst steigenden Strombedarf über die Eigenproduktion nicht abdecken konnte, erhöhte sich bei der Genossenschaft der Stromfremdbezug in erheblichem Maße. Gegen Ende des Jahres 1918 wurde dann die Württembergische Landes-Elektrizitäts-AG (WLAG) mit Sitz in Stuttgart eingerichtet, zu deren Gründern auch das Albwerk gehörte. Direktor Schneider, der seine Position als Schultheiß aufgegeben hatte und erster Direktor bzw. Vorstandsvorsitzender des Albwerks war, hat als Mitglied des Gründungsvorstandes die Gründung und die organisatorische Einrichtung dieser Aktiengesellschaft nachhaltig unterstützt. Die WLAG schuf die Voraussetzung, Elektrizität auch aus anderen Reichsgebieten, insbesondere aus dem Süddeutschen Raum zu beziehen und an Verbundunternehmen in Württemberg weiterzuleiten.

Während der grundlegenden Wandlungen der Gesellschaft, der Volkswirtschaft und der Elektrizitätswirtschaft traf das Albwerk ein schwerer Schlag. Am 30.12.1918 kam Direktor Gustav Schneider durch einen Unfall ums Leben. Als Führungspersönlichkeit war er nicht nur federführend an der Gründung des Albwerks beteiligt, sondern nutzte seine zahlreichen Kontakte in Wirtschaft und Politik erfolgreich für die Weiterentwicklung der Genossenschaft. Da er seit der Gründung aktiv für das Albwerk tätig war, waren ihm die technischen, wirtschaftlichen und arbeitsmäßigen Bedingungen bestens vertraut. Daher ist es selbstverständlich, dass sein plötzliches Ableben sich für die Gesamtentwicklung des Unternehmens in einer schwierigen Zeit negativ auswirken musste. Dazu kommt, dass auch der Aufsichtsratsvorsitzende Hotelier Borst aus Geislingen und Vorstandsmitglied Schultheiß Buhl aus Hausen verstarben und somit erfahrene und bekannte Personen der Genossenschaft nicht mehr zur Verfügung standen. Positiv war, dass ein langjähriger Mitarbeiter Schneiders – Ingenieur Andreas Eckle – in dieser schwierigen Zeit zum geschäftsführenden Vorstand bestellt werden konnte.

Albwerk in der Weimarer Republik: 1919 - 1933



Maschinenhaus im Werk II Geislingen



Neues Schalthaus 1935

Nach dem verlorenen Krieg, dem Waffenstillstand von 1918 und dem Versailler Vertrag 1919 befand sich Deutschland in einer völlig veränderten politischen und weitgehend auch wirtschaftlichen Situation. Württemberg war nun ein Gliedstaat des auf der Grundlage der Weimarer Verfassung von 1919 entstandenen Deutschen Reiches, nannte sich Freier Volksstaat Württemberg und besaß die Staatsform einer demokratischen Republik. In den turbulenten Weimarer Jahren war Württemberg geprägt von politischer Kontinuität und Stabilität und auch die wirtschaftliche Entwicklung Württembergs verlief in den 1920er-Jahren trotz Krisen günstiger als in allen anderen deutschen Ländern. Die Landeshauptstadt Stuttgart als prosperierendes, kulturelles und ökonomisches Zentrum strahlte auch auf die Geislinger Region aus.

Für das Albwerk bedeutete die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zunächst viele grundlegende Schwierigkeiten. Die rasch steigende Stromnachfrage, insbesondere durch den Anschluss neuer Industriebetriebe und weiterer Gemeinden, führte nach den während des Krieges unterlassenen notwendigen Investitionen zu erheblichen Ersatz- und Neuinvestitionen. Folgerichtig beschloss die Generalversammlung des Albwerks am 30.7.1922 den Umbau der Schaltanlage und die Errichtung einer 35.000 Volt-Leitung nach Süßen, um den Anschluss an die Württembergische Landes-Elektrizitäts-AG herzustellen. Der Finanzbedarf aus beiden Vorhaben belief sich auf rund 10 Mio. Mark.

Man hatte die Vorstellung, diese Finanzierung größtenteils durch die Aufstockung der Geschäftsanteile von 200 Mark auf 1000 Mark sowie die Ausgabe neuer Geschäftsanteile finanzieren zu können, doch es ergaben sich dabei aus der 1922 beginnenden Hyperinflation erhebliche Schwierigkeiten. Die aufgestockten und neuen Geschäftsanteile wurden durch die Inflation erheblich abgewertet. Versorgungstechnisch kam es für das Albwerk zu einer günstigen Situation, denn die Stadt Ulm bot dem Albwerk den Bezug von Strom aus dem Wasserkraftwerk Donaustetten an. Ein Interessensgemeinschaftsvertrag zwischen der Stadt Ulm und dem Albwerk kam 1923 zustande. Die Stadt Ulm verpflichtete sich, bis 1927 die Staustufe Donaustetten fertigzustellen und 50 Prozent der Gesamtstromproduktion an das Albwerk zu liefern. Dies bedeutete jedoch den Neubau einer weiteren 35.000 Volt-Leitung, der gemeinsam mit der Mittelschwäbischen Überlandzentrale AG in Giengen/Brenz durchgeführt wurde. Sie führte von Wiblingen/Donau nach Halzhausen auf der Alb und von dort weiter nach Geislingen. Damit verbunden war auch der Neubau eines Schalthauses am Standort in Geislingen, dessen Finanzierung das Albwerk übernahm.



Schon immer ein Geschäftsfeld des Albwerks: der Geräteverkauf



Warte im Schalthaus, 1935

Diese unabdingbaren Ersatz-, Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen erforderten verständlicherweise einen enormen Finanzbedarf. In einer Zeit, in der die dominierende Führungspersönlichkeit eines Schultheiß Schneiders aufgrund seines plötzlichen Unfalltodes fehlte und deswegen intern und extern unterschiedlichste Überlegungen zur Zukunft der Elektrizitätsgenossenschaft angestellt wurden, waren das schwierige Entscheidungen. Zwischen den Genossenschaftsmitgliedern, innerhalb des Aufsichtsrats und des Vorstands, aber auch zwischen den Organen der Genossenschaft, etwa dem Aufsichtsrat und der Generalversammlung, entstanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Deckung des hohen Finanzbedarfs und die zukünftige Unternehmenssicherung.
Es waren vor allem zwei zentrale Themen, die leidenschaftlich diskutiert wurden: die Umwandlung der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft und die Fusion der selbstständigen Geislinger Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk, die sich in der Zwischenzeit von einer reinen Produktions- in eine Beschaffungsgenossenschaft gewandelt hatte, mit anderen nichtgenossenschaftlichen Elektrizitätswerken.

Gegen die Umwandlung der Genossenschaft in die Rechtsform einer AG wandten sich vor allem Kreise der ländlichen Mitgliedschaft, welche die ihnen vertraute Unternehmensform der Genossenschaft beibehalten wollten. Diese Positionierung war hinsichtlich der Erhaltung der Selbstständigkeit des Werkes ohne Zweifel von großer Wirkung. Allerdings war diese Haltung vieler Mitglieder nicht mit der Bereitschaft gekoppelt, die Finanzierungsprobleme des Albwerks durch weitere Aufstockung der Geschäftsanteile oder durch die Zeichnung zusätzlicher Geschäftsanteile zu lösen. Nicht wenige, vor allem in den Unternehmensorganen des Albwerks tätige Mitglieder, sympathisierten durchaus mit der Idee einer Fusion, bei der insbesondere das Überlandwerk Heuchlingen/Bachhagel und auch die Oberschwäbischen Elektrizitätswerke in Biberach zur Diskussion standen. Die Fusionsbedingungen der potenziellen Partner des Albwerks waren jedoch sehr ungünstig. Das Albwerk würde beispielsweise seine Selbständigkeit vollständig verlieren, die Geschäftsleitung sollte aus Geislingen abgezogen werden und die Zahl der Albwerk-Aufsichtsräte wäre in der Minderheit gewesen.



Gang im Schalthaus mit Schaltzellen



Bautrupp Starkstromer in Auendorf



Bau der Fernleitung nach Luizhausen, 1913



Der letzte Mast der Leitung
Ulm-Geislingen, 1920

Die beiden möglichen Fusionspartner stellten sicherlich auch deswegen so harte Bedingungen, weil man mit der Übernahme des Albwerks eine Vielzahl von Problemen befürchtete. Diese Führungs- und Existenzkrise des Albwerks wurde beendet, als am 28.2.1925 der Jurist Dr. Otto Kempter von der Generalversammlung zum Kaufmännischen Direktor und geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt wurde. Geboren in Reutlingen, studierte er Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität in Tübingen und war zunächst bei den Kraftwerken Alt-Württemberg-AG in Ludwigsburg tätig. Sowohl von seiner Ausbildung als auch von seiner praktischen Erfahrung brachte er beste Voraussetzungen mit, um die Führung des Albwerks zu übernehmen.

Das von der genossenschaftlichen Generalversammlung neu gewählte Vorstandsmitglied Dr. Kempter übernahm im Frühjahr 1925 zusammen mit dem bisherigen Vorstandsmitglied Oberingenieur Eckle die Geschäftsführung; beide gingen daran, das gesamte Albwerk in ökonomischer und technologischer Hinsicht neu zu strukturieren und neue Organisationsformen einzuführen. In den Jahren 1924 bis 1929 kam es – nach der Überwindung der großen Inflation und der Einführung vielfältiger technischer Fortschritte – in der deutschen Volkswirtschaft zu einem nachhaltigen Wachstum. Es wurde der Grundsatz der Goldkernwährung eingeführt, das aufgeblähte Geldvolumen wurde reduziert und eine Stabilisierung der staatlichen Finanzen sowie eine Verbesserung der außenwirtschaftlichen Verhältnisse erreicht.

Auch im demokratischen Volksstaat Württemberg kam es in den 1920er-Jahren zu relativ stabilen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Wirtschaftswachstum Württembergs seit Mitte der 1920er-Jahre, resultierte vor allem aus der Entwicklung im Automobilbau, im Maschinenbau, in der Feinmechanik und der Elektrotechnik. Großunternehmen, wie Daimler und Bosch, aber auch traditionelle Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie, Brauereien und die Möbelindustrie spielten eine wichtige und wachsende Rolle in dieser positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Von 1923 bis 1935 baute man außerdem den Neckar von Mannheim nach Heilbronn als Großschifffahrtsweg aus und begann 1925 mit dem Bau des Flughafens Böblingen als Vorläufer des späteren Stuttgarter Flughafens, mit dessen Bau 1936 begonnen wurde. Württemberg entwickelte sich in ein Zuwanderungsland für Arbeitskräfte und grundsätzlich bestand eine günstige Beziehung zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft.

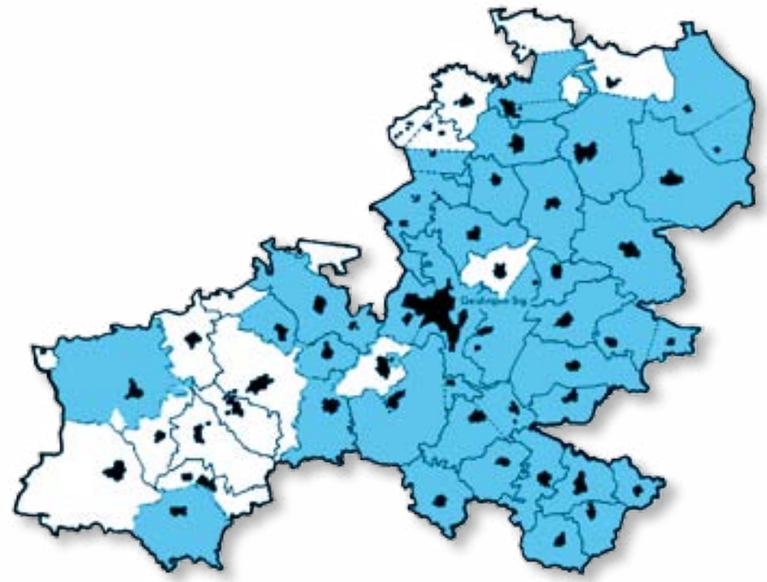
Auch das Albwerk profitierte von diesen günstigen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem Beginn eines betriebswirtschaftlich effizienten Managements im Unternehmen. Als Konsequenz aus dem Ulmer Vertrag tätigte das Albwerk relativ hohe Erweiterungsinvestitionen, darunter von 1926 bis 1931 vor allem die Verlegung einer 35.000-Volt-Leitung von Ulm nach Geislingen, die Erstellung eines Schalthauses auf dem jetzigen Albwerks-Gelände sowie eine beachtliche Verstärkung und Verbesserung des Leitungsnetzes und der Ortsnetze.



Dr. Otto Kempter



Kabelverlegearbeiten um 1925



Versorgungsgebiet 1926
Grafik aus der Jubiläumsschrift „50 Jahre Albwerk“, 1960

Die Leistungserstellung und der Umsatz des Albwerks vergrößerten sich aber auch durch eine weitere Ausdehnung des Versorgungsgebietes mit den Gemeinden Auendorf, Eybach, Grünbach, Mühlhausen, Nenningen, Überkingen und Wiesensteig. Diese Gemeinden schlossen sich der jetzt erfolgreich agierenden Elektrizitätsgenossenschaft an.
1931 erwarb man den zuvor von der Firma Carl Haegele gepachteten Wasserkraftwerksbetrieb an der Eyb.
Von Mitte der 1920er-Jahre bis 1931 waren somit 3 Mio. Reichsmark an Geldmitteln investiert worden.
Die Beschaffung entsprechender Finanzmittel wurde mit Beibehaltung und Festigung der Selbstständigkeit des genossenschaftlichen Unternehmens hervorragend gelöst.

Die benötigten Finanzmittel brachte das Albwerk teilweise selbst auf, indem im Rahmen der Währungsumstellung Nachzahlungen auf Geschäftsanteile verlangt wurden. Damit konnten neue Geschäftsanteile für Mitglieder aus den der Genossenschaft beitretenden Gemeinden ausgegeben und bezahlt werden.
Aus dieser Eigenfinanzierung des Albwerks ergab sich letztlich ein Eigenkapital von 350.000 Reichsmark. Es wurden jedoch auch neue Darlehen, etwa ein Schuldscheindarlehen von rund 600.000 Reichsmark, bei der Reichsversicherungs-Anstalt für Angestellte in Berlin aufgenommen, wofür die Stadt Geislingen und die dem Albwerk angeschlossenen Gemeinden bürgten.

In den sogenannten – „Goldenen 20er Jahren“ – wurden neue betriebswirtschaftliche Bedingungen für das Albwerk eingeführt oder erweitert, von denen die Unternehmensentwicklung bis zum heutigen Tage nachhaltig bestimmt ist. Die Abschaffung der bisherigen Pauschaltarife zu einem Grundgebührentarif bedeutete eine Neuregelung der Stromtarife.
Die zunehmende Elektrifizierung in den ländlichen Regionen steigerte den Stromverbrauch nachhaltig, aber es führte mit der bisherigen Pauschalberechnung nicht zu zusätzlichen Einnahmen beim Albwerk. Die neuen Tarife setzten sich aus einer Grundgebühr und einem zusätzlichen Arbeitspreis, dem am Zähler abgelesenen Stromverbrauch, zusammen.

Es kam zu einer marktgerechten betriebswirtschaftlichen Tarifpolitik, mit ausgewogener Leistung und Gegenleistung. Das Albwerk entwickelte sich in dieser Zeit vom reinen Strombeschaffungs- und Verteilungsunternehmen zu einem Unternehmen mit einem Diversifizierungsangebot, das sich an der Stromverwendung orientierte. Dies waren insbesondere die vom Albwerk schon immer vorgenommenen Installationsarbeiten, auch wenn das Unternehmen in der Elektroinstallation niemals die Position eines Monopolisten beansprucht hatte. Die Installationstätigkeit, ausgeführt von qualifizierten Mitarbeitern und die damit verbundene Handelsleistung mit Elektrogeräten, erhöhte sich wegen der steigenden Bedeutung des Strombedarfs vor allem in privaten Haushalten.

Die Strombelieferung war neben der Eigenproduktion und der Stromlieferung der Württembergischen Landes-Elektrizitäts-AG jetzt insbesondere durch die Lieferung aus den Kraftwerken der Stadt Ulm gesichert. In dieser zweiten Hälfte der 1920er-Jahre und nach dem Bau der Überlandleitung, beschaffte sich das Albwerk den so genannten Mittellaststrom über Lieferungen des Wasser- und Dampfkraftwerks in Donaustetten.

Albwerk in der Wirtschaftskrise 1929 - 1933



Schalthaus um 1930, Ansicht von Norden



WMF Kaffeemaschine um 1930

Im Winter 1929/30 geriet Deutschland zunehmend unter den Einfluss der Weltwirtschaftskrise, die sich aus dem Zusammenbruch der New Yorker Börse am 24. Oktober 1929 – dem Schwarzen Donnerstag – entwickelte. Mit fundamentalen volkswirtschaftlichen Folgen, denn der Geldfluss nach Deutschland kam zum Erliegen und die für die deutsche Volkswirtschaft unbedingt benötigten ausländischen Kredite wurden gekündigt und abgezogen. Es kam zu einem weltweiten Protektionismus, der das Welthandelsvolumen und insbesondere den deutschen Waren- und Dienstleistungsexport nachhaltig sinken ließ. Unternehmenszusammenbrüche, die Schließung von Banken und insbesondere die gesellschaftlich destruktive Massenarbeitslosigkeit waren Auswirkungen dieser ersten globalen Depression in der modernen Zeit.

Im Deutschen Reich stieg die Zahl der Arbeitslosen von 1,4 Mio. auf 3,5 Mio. im Februar 1930 und auf 6,1 Mio. im Februar 1932 an, dies bedeutete eine Arbeitslosenquote von 16,3 Prozent. Von der allgemeinen Krisenstimmung im ganzen Land profitierten die Feinde der Weimarer Republik – die Nationalsozialisten und die Kommunisten – was letztlich zum Ende des demokratischen Systems führte.

Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich natürlich auch nachhaltig auf Württemberg aus. Vor allem in den Kernregionen der württembergischen Industrie, also Stuttgart, Esslingen und Reutlingen, kam es zu einem starken Produktions- und Umsatzrückgang und zu einer beträchtlichen Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Durch die vielfältigen Verflechtungen der Arbeitnehmerschaft mit den ländlichen Regionen trat allerdings die Arbeitsmarktkrise nicht so stark in Erscheinung.

Dies gilt ähnlich für den Geislinger Raum, obwohl auch hier Produktions- und Umsatzeinbrüche bei den Unternehmen und die Arbeitslosigkeit einen nie zuvor gekannten Höchststand erreichten. Interessant ist, dass sich die WMF in den 1920er-Jahren durch die Erweiterung ihrer Produktpalette nachhaltig stabilisierte und die Weltwirtschaftskrise ohne schwerwiegende Probleme überstand.
Das für die Geislinger Region führende Unternehmen löste zwar damals einige Zweigwerke auf, gleichzeitig kam es aber zur Eröffnung von neuen Verkaufsniederlassungen im Inland und im europäischen Ausland.

Ganz ähnlich war die Situation im Albwerk. Man hatte die „Goldenen Zwanziger“ unternehmenspolitisch gut genutzt und war somit in der Lage, die tristen Jahre einigermaßen gut zu überstehen. Es kam im Versorgungsgebiet zunächst sogar zu einem Anstieg des Stromverbrauchs, der sich allerdings ab 1931 in eine Absatzstagnation und später sogar in eine Reduzierung des Stromabsatzes umwandelte. Dadurch geriet das Albwerk in die schwierige Situation, seine vertraglich festgelegten Abnahmeverpflichtungen gegenüber der Stadt Ulm nicht mehr voll erfüllen zu können. Ulm klagte gegenüber dem Albwerk auf Abnahme von Strom, allerdings konnten durch eine Verbesserung der Nachfrage die Abnahmeverpflichtungen bald wieder erfüllt und die Konfrontation mit dem Stromlieferanten Ulm beseitigt werden.

Der hohen betriebswirtschaftlichen Qualität der damaligen Unternehmensführung des Albwerks ist es zu verdanken, dass es dem Unternehmen gerade in der Zeit der Weltwirtschaftskrise gelang, seinen Verschuldungsgrad zu senken und damit seine Unternehmensflexibilität zu steigern.

Albwerk in der Zeit des Nationalsozialismus



Aufsichtsrat 1935

v. l. n. r.:
BM Häfele, BM Gruß, BM Hagmaier,
BM Knoos, BM Schlunk, Bauer Grupp,
Herr Decker, Fabrikant Lenz,
Kaufmann Bickel, BM Köpff, BM Schweizer,
Hirschwirt Kohn, BM Hezler



Neu erbautes Verwaltungsgebäude im Jahr 1936

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 war das Resultat aus den problematischen gesellschaftlichen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise mit der politischen Effizienz der Weimarer Demokratie, und dem Gefühl der Unterdrückung der gesamten Staats- und Volkswirtschaftentwicklung durch die Versailler Verträge. In kürzester Zeit wurde das parlamentarische System durch eine totalitäre Diktatur Hitlers abgelöst. Der Nationalsozialismus sah sich als eine revolutionäre Volksbewegung mit dem Ziel, Staat und Gesellschaft zu verändern.
Es sollte eine starke Zentralgewalt des Reiches in einem von oben nach unten organisierten „Führerstaat“ geschaffen werden, der von der Volksgemeinschaft zu tragen war.
Dies führte letztlich zur Aufhebung individueller Bürgerrechte, der Verfolgung anders Gesinnter und der Juden sowie einer riskanten und aggressiven Außenpolitik und letztlich, am 1.9.1939, zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Am Kriegsende, 08. Mai 1945, stand die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht, die weitgehende Zerstörung fast aller deutschen Großstädte, die Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihren Heimatgebieten im Osten bzw. Südosten Europas, eine Wohnungsnot und Ernährungsunterversorgung und das Ende Deutschlands als staatliches Gebilde.

Zwar wurde der Geislinger Raum von größeren Kriegszerstörungen verschont und die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedarfsgütern war einigermaßen gewährleistet.
Doch man stand vor einer völligen Desorganisation, weil fast alle Geislinger Betriebe auf eine Rüstungswirtschaft umgestellt waren und somit die Beschäftigung völlig zum Erliegen kam.

Der Nationalsozialismus brachte für das Albwerk ein – wenn zunächst auch nicht öffentlich zu Tage tretendes – Problem, da die genossenschaftlichen Prinzipien mit ihren demokratischen Vorstellungen im Widerspruch zum nationalsozialistischen Führerprinzip und dem staatlich organisierten „Volksgenossen“ standen.
Während das Genossenschaftswesen das Individuum in den Mittelpunkt seiner Unternehmensphilosophie stellt – individuelle Mitgliederförderung, Eine-Person-Eine-Stimme-Prinzip, individuelle Haftung, drei Einzelpersonen können eine Genossenschaft gründen u.v.m. – betonte der Nationalsozialismus die Volksgemeinschaft und die Unternehmensgemeinschaft, in der es nicht einzelne Arbeitnehmer, sondern eine Gefolgschaft gab. Es ist erstaunlich, dass die Nationalsozialisten außer den Konsum- und Wohnungsgenossenschaften die meisten anderen Genossenschaftsarten zunächst weitgehend verschont ließen.

Die Auseinandersetzungen der Albwerk-Unternehmensleitung mit den nationalsozialistischen Gremien und zentral geführten Unternehmensverbänden lassen im Hinblick auf die Selbstständigkeit den Schluss zu, dass die aus dem liberalen und christlichen Gedankengut kommende Genossenschaftsidee attackiert und aufgehoben werden sollte. Insgesamt herrschte eine große ordnungspolitische Desorientierung. Indem man die Genossenschaftsidee als eine in die Zeit hineinpassende Unternehmensphilosophie einstufte, steuerte das Albwerk dieser Desorientierung entgegen. In der Festschrift von 1935, anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Albwerks, kommt das in wörtlicher Formulierung wie folgt zum Ausdruck.

„Mögen aus diesen Aufzeichnungen weitere Volkskreise den Wert einer ausgedehnten Genossenschaftsbetätigung erkennen und dabei finden, dass unter zu Hilfenahme der Rechtsform einer Genossenschaft beachtliches geleistet werden kann und beachtenswerte Beiträge zur Belebung des deutschen Wirtschaftslebens erbracht werden können.“



Direktionszimmer



Abrechnungsbüro



Zählerprüfamt

Trotzdem wurde in Auseinandersetzungen deutlich, dass man auf die Beseitigung der Selbstständigkeit des Albwerkes hingewirkt hat.
Das ergibt sich insbesondere aus einem interessanten Schriftwechsel der damaligen Unternehmensführung des Albwerks. Unterstrichen wird dies durch folgenden Vermerk des Deutschen Gemeindetages Landesdienststelle Württemberg vom 14.9.1942:

„Am 09.09. dieses Jahres sprachen hier drei Herren von der Leitung der Alb-Elektrizitätswerke Geislingen/Steige eGmbH vor und baten um Mitteilung unserer Auffassung über die Pläne der sogenannten ‚Flurbereinigung'. Die Energieversorgung Schwaben AG (EVS), die inzwischen auch das EK Herrenberg übernommen hat, übt auf die Genossenschaft Alb-Elektrizitätswerk Geislingen/Steige einen wachsenden Druck zwecks Verkaufs ihrer Anlagen an die EVS aus. Auch die Gauleitung und insbesondere der Leiter des Gauamtes für Technik lassen nichts unversucht, um die Genossenschaft zum Verkauf ihrer Versorgungsanlagen zu bewegen. … Da bisher eine gesetzliche Handhabe für die Ausübung eines Zwanges auf gemeindliche oder private Eigentümer von Elektrizitätsversorgungsunternehmen nicht besteht, könne die Genossenschaft zumindest das Kriegsende abwarten, bevor sie auf die Anträge der EVS näher eingeht. Nach meiner Kenntnis der Dinge sei der Generalinspektor für Wasser und Energie entschlossen, im Altreich irgendwelche Zwangsmaßnahmen der elektrizitätswirtschaftlichen Unternehmenskonzentration jetzt während des Krieges nicht mehr durchzuführen. Gezeichnet Dr. Apfelstedt, Hauptreferent."

Das Genossenschaftsgesetz sah vor, dass derartige Fusionsvorhaben Generalversammlungen erforderten, die im konkreten Falle des Albwerks jedoch nie abgehalten werden konnten, da viele Genossenschaftsmitglieder als Soldaten an der Front waren. Zudem war die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft nicht besonders geeignet, und man war in den Organen der Genossenschaft keineswegs begeistert, den Fusionsbestrebungen des Reichsstatthalters bzw. Gauleiters nachzukommen. Letztlich konnten die EVS-Fusionswünsche auch deswegen nicht durchgesetzt werden, weil der Vorstandsvorsitzende des Albwerks Dr. Kempter ja im Feld sei und man solange nichts machen wolle. Dies geht aus einer entsprechenden Aktennotiz vom 6.12.1941 hervor.



Treppenhaus im neuen Verwaltungsgebäude, 1936



Bergwerksanlage Staufenstollen im Gebiet Neuwiesen Richtung Bad Überkingen, 1938

Die Konzentration von Unternehmen und Organisationen, etwa in Kartellen, Konzernen, Verbänden und Kammern, war Teil der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Dies führte in Württemberg zu einer Konzentrationswelle in der Elektrizitätswirtschaft. So verbanden sich in Württemberg mehrere Elektrizitätsunternehmen zu größeren Einheiten; kurz vor dem zweiten Weltkrieg kam es durch politischen Zwang zu weiteren Fusionen. So wurde die Württembergische Landes-Elektrizitäts-AG zur Württembergischen Energieversorgung und dann zur Energieversorgung Schwaben AG umstrukturiert, allerdings mit neuen und anderen Eigentümern als zuvor. Das mittelständische Unternehmen Albwerk sollte ebenfalls in eine größere Unternehmenseinheit hineingepresst werden, weil man sich dadurch eine höhere technische Effizienz und eine verbesserte Entscheidungsstruktur „von oben nach unten“ versprach. Da das „Tausendjährige Reich“ jedoch nur zwölf Jahre dauerte, blieb letztlich keine Zeit, all diese Vorhaben im Sinne der nationalsozialistischen Führungsideologie durchzusetzen.

Zunächst kam es nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 jedoch ohne Zweifel zu einer raschen Erholung der Wirtschaft. Vor allem die Industrie in Württemberg profitierte von den bald einsetzenden Rüstungsaufträgen. Im Jahre 1934 begann der Bau der Autobahn. Bis zum Kriegsende 1945 waren die Autobahnabschnitte Karlsruhe-Stuttgart-Ulm und Stuttgart-Heilbronn fertiggestellt.
1935 begann der weitere Ausbau des Neckars als Großschifffahrtsstraße von Mannheim bis Heilbronn und bis Plochingen. Im Kriegsverlauf kam es dann jedoch zum wirtschaftlichen Niedergang und im Winter 1944/45 sank das industrielle Produktionsvolumen in Württemberg um die Hälfte des Vorjahresniveaus ab.
Diese Wirtschaftsentwicklung im Nationalsozialismus war typisch für die gesamte deutsche und württembergische Volkswirtschaft und für die regionale Wirtschaft. Bereits Mitte der 1930er-Jahre stieg der Strombedarf durch die Rüstungs- und Kriegswirtschaft ständig und stark an.
Der Anstieg der Stromerzeugung und -verteilung von 5,3 Mio. kWh 1932 auf 32,3 Mio. kWh 1944 verdeutlicht das und ist auf die permanent steigende Nachfrage der Industrie, vor allem auf die massive Förderung der Stromlieferung an Rüstungsbetriebe, zurückzuführen.

Fast alle Geislinger Unternehmen waren auf Kriegswirtschaft umgestellt. Außerdem stieg der Strombedarf der Privathaushalte kontinuierlich an.
Auch eine Vielzahl von neuen Stromanschlüssen trugen zum steigenden Strombedarf bei – in Handwerk, Industrie, Landwirtschaft und beispielsweise durch die beginnende Erzförderung in der „Grube-Karl“ zwischen Geislingen und Bad Überkingen.
In ländlichen Regionen war das vor allem darauf zurückzuführen, dass zunehmend einzeln stehende Gehöfte oder Teilgemeinden im Versorgungsgebiet mit Strom versorgt wurden.
Somit kam es in dieser Zeit auch zu Erweiterungsinvestitionen im Albwerk. Das Leitungsnetz wurde ausgebaut und verstärkt, man baute neue Transformatoren-Stationen und erweiterte die Schaltanlage auf dem Betriebsgelände des Albwerks.
Mit dem Neubau des jetzigen Verwaltungsgebäudes wurde 1936 begonnen und erst ab den 1960er-Jahren wurde es in zusätzlichen Bauphasen erweitert. Kurz vor Kriegsbeginn hatte das Albwerk die Möglichkeit, den bis dahin der Mittelschwäbischen Überlandzentrale AG gehörenden Fernleitungsanteil an der 35.000 Volt-Leitung Wiblingen-Halzhausen mit der Schaltstation in Halzhausen zu kaufen.

Im Jahre 1941 errichtete man einen zweiten großen Neubau auf dem heutigen Werksgelände, in dem in erster Linie das Prüfungsamt für Elektrizitätszähler und der Kraftfahrzeugpark untergebracht waren.

Zwei strategisch wichtige Unternehmensentscheidungen im Albwerk fielen ebenfalls in der nationalsozialistischen Zeit. Zum einen die Einrichtung einer Pensionskasse im Jahre 1937, die Mitarbeiter/innen nach 10-jähriger Betriebszugehörigkeit eine zusätzliche Altersversorgung gewährte; dies kann als eine besonders moderne sozialpolitische Maßnahme eingestuft werden.
Zum anderen der Abschluss eines Stromlieferungsvertrages mit der EVS im Jahre 1944, da die Stadt Ulm ab 1943 ihren Lieferverpflichtungen gegenüber dem Albwerk kriegsbedingt nicht mehr nachkommen konnte. Man fand in der EVS einen neuen leistungsfähigen Stromlieferanten mit dem der damalige Vertrag immer wieder erneuert und verlängert wurde, so dass die EVS auch in der Nachkriegszeit zum langjährigen Stromlieferanten des Albwerks wurde.

Die vom Krieg verursachten Unternehmensprobleme bestanden vor allem darin, dass durch die Einberufung von Mitarbeitern zum Militär und an die Fronten in ganz Europa ein großer Arbeitskräftemangel in allen Albwerkabteilungen entstand.
Wie im Ersten Weltkrieg gab es wieder eine Kupfermobilmachung, bei der das Albwerk 60.000 kg Kupfer zu Rüstungszwecken abliefern musste.
Aus Mangel an Arbeitskräften und an Elektrokonsumgütern musste das Installations- und Handelsgeschäft gegen Ende des Krieges fast vollständig eingestellt werden.

Da das Versorgungsgebiet des Albwerks relativ gering von Kriegseinwirkungen betroffen war und sowohl die Unternehmenszentrale als auch die Versorgungsleitungen, die Umspannstationen und die Fernleitungen weitgehend unbeschädigt blieben, war die betriebliche Infrastruktur zum Kriegsende mehr oder weniger intakt.

Da von einem bestimmten Zeitpunkt an kriegsbedingt keine Neu- oder Instandhaltungsinvestitionen durchgeführt werden konnten, kam es durch die starke Nutzung der Anlagen zu einer entsprechenden Abnutzung und Veralterung. Das beeinträchtigte die technisch-organisatorische Kapazität und Betriebsbereitschaft allerdings nicht wesentlich. Im Bericht des Vorstandes über das 36. Geschäftsjahr vom 1.1. bis 31.12.1945 heißt es wörtlich:

„Dringend notwendige und schon lange vorgesehene Verbesserungen an den technischen Einrichtungen ließen sich durch einen Mangel an Werkstoffen und technischen Apparaten nicht verwirklichen. … Trotz aller Schwierigkeiten erfolgte jedoch die Stromversorgung durch unser Werk ohne nennenswerte Störungen. Dies ist dem Einsatz und den Arbeitsleistungen aller Werksangehörigen zu verdanken.“

Albwerk am Kriegsende 1945 und unmittelbare Nachkriegszeit

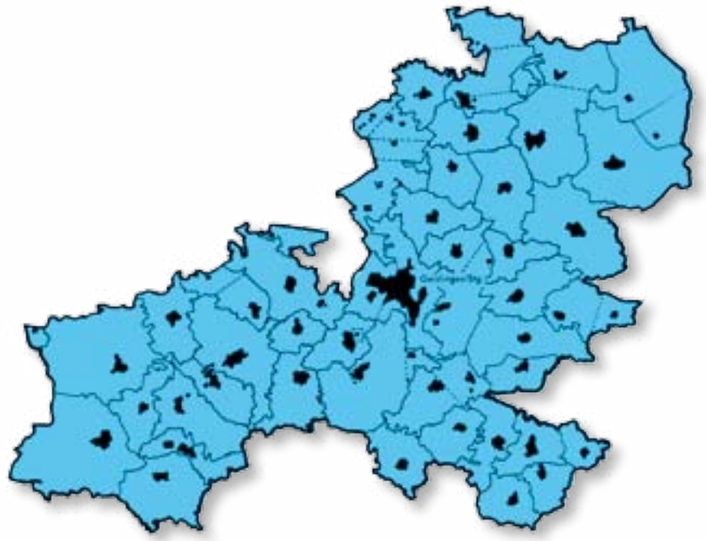


Das von 1945 bis 1950 beschlagnahmte Verwaltungsgebäude wurde als estnische Dienststelle genutzt

Nach fast sechs Jahren Krieg, mit schrecklichen Zerstörungen und Millionen von Toten beendete die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 die Existenz des Deutschen Reiches. Bereits im April 1945 hatten amerikanische und französische Truppen den größten Teil des württembergischen Staatsgebietes und damit auch die Geislinger Region besetzt. Für den Geislinger Raum war das Kriegsende unspektakulär. Amerikanische Truppen besetzten die Stadt und die Region, nachdem Frauen aus Altenstadt und Geislingen zuvor einige Panzersperren der Wehrmacht beseitigt hatten.
Man erlebte mit Staunen und Entsetzen den Rückzug der deutschen Wehrmacht, die ihre Waffen und Verwundeten teilweise auf kleinen Leiterwagen durch die Stadt, über die Steige und die Alb zu retten versuchte. Nur vereinzelt, etwa in Bad Überkingen, gab es tragische Gefechte zwischen der Wehrmacht und der anrückenden amerikanischen Armee, die bedauerlicherweise eine nicht geringe Zahl von Gefallenen zur Folge hatten.

Die Bevölkerung der Geislinger Region registrierte die Kapitulationsrede des letzten Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches, Großadmiral Karl Dönitz, fast mit Gleichgültigkeit und auf jeden Fall mit Erleichterung. Die Nachkriegszeit war geprägt durch die Aufarbeitung der negativen Kriegswirkungen: Trauer um die Toten und vermissten Soldaten, die vielen zivilen Kriegsopfer, Wiedereingliederung der Heimkehrer in das gesellschaftliche und berufliche Leben, Hunger in der Bevölkerung, Entnazifizierung und Umerziehung sowie die ab 1947 beginnende Eingliederung von Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in die westlichen Besatzungszonen und auch im Geislinger Raum.

Die Alliierten sahen für die gesamte Wirtschaftsentwicklung Deutschlands außerordentlich restriktive Maßnahmen vor. Als Entschädigungsanspruch sollte eine weitgehende Demontage von Industriebetrieben, ein Abbau von Verkehrsanlagen, eine Ausbeutung von Bodenschätzen und Wäldern, vorgenommen und durchgesetzt werden.



Versorgungsgebiet 1949
Grafik aus der Jubiläumsschrift „50 Jahre Albwerk", 1960

Der deutschen Bevölkerung sollte lediglich ein mittlerer Lebensstand ermöglicht werden. Allerdings kam es schon relativ früh, insbesondere in den westlichen Besatzungszonen, zu einem Umdenkungsprozess und Hilfsprogrammen für Europa und für Deutschland. Der vom amerikanischen Außenminister George C. Marshall im Juli 1947 entwickelte Marshall-Plan wurde in der Folgezeit für Deutschland positiv umgesetzt. Von diesen Entwicklungen hat Württemberg und auch die Geislinger Region relativ wenig verspürt. Der für den Raum Geislingen bestimmende Großbetrieb WMF hatte zwar sein Auslandsvermögen und seine Niederlassungen verloren, begann jedoch konsequent mit dem Neuaufbau des Unternehmens und hatte 1950 bereits wieder 3000 vollbeschäftigte Mitarbeiter/innen. Auch bei den anderen Betrieben der Maschinenbau-, der Elektro-, und der Textilbranche (Esbi) liefen Produktion und Absatz wieder an.

Es kamen auch neue Betriebe nach Geislingen, etwa die Firma Max Schlötter GmbH, die nach der Zerstörung ihrer Betriebsräume in Berlin ihre unternehmerischen Aktivitäten nach Geislingen verlegte. In der Stadt und in den Landgemeinden stieg die Bevölkerungszahl deutlich an.
Die Einwohnerzahl Geislingens erhöhte sich zwischen 1945 und 1950 von rund 20.000 Einwohnern auf 22.700 Einwohner. Für die gesamte deutsche Volkswirtschaft war jedoch die Neuordnung des Geldwesens durch die Umstellung von Reichsmark auf Deutsche Mark bei der Währungsreform am 20. Juni 1948 von maßgeblicher Bedeutung. Das Gleichgewicht von Geldmenge und Realwirtschaft wurde wiederhergestellt und gleichzeitig mit der Einführung der effizienten Wirtschaftsordnung einer Sozialen Marktwirtschaft begonnen.
Diese volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen haben sich nachhaltig auch auf den Geislinger Raum und auf das Albwerk ausgewirkt.



Direktor Kuhn



Jakob Scheel
Vorstandsmitglied 1947 – 1983
Ehrenvorsitzender des Vorstandes

Trotz gravierender interner und externer Unternehmensprobleme hat sich das Albwerk in der Zeit der „Stunde Null“ bewährt. Zunächst sank zwar der Stromabsatz 1945 gegenüber 1944 um mehr als die Hälfte ab. Ab 1947 wurden jedoch wieder nachhaltig steigende Zuwachsraten erzielt. So erhöhte sich in der Zeit von 1947 bis 1950 durch eine steigende Nachfrage von Haushalten, Gewerbe- und Industriebetrieben der Strombedarf von 18,1 Mio. auf 26,2 Mio. kWh. Die Eigenstromerzeugung konnte jedoch weder gehalten noch erhöht werden, sondern wurde permanent reduziert. Bis zum Jahre 1950 betrug sie nur noch 1,8 Prozent der Gesamtlieferungsmenge, was bedeutete, dass das Albwerk die Versorgung primär über den Fremdbezug gewährleistete. In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab es auch schwerwiegende betriebsorganisatorische Probleme, die im Wesentlichen externe Ursachen hatten.
Das Verwaltungsgebäude war bereits 1945 durch die US-Besatzungsmacht beschlagnahmt und erst 1950 wieder freigegeben worden. Dies bedeutete, dass alle Verwaltungsarbeiten des Albwerks unter schwierigsten räumlichen Einschränkungen durchgeführt werden mussten.

Außerdem gab es durch den kriegsbedingten Ausfall von qualifiziertem Personal erhebliche Probleme und es mangelte weiterhin an Material zur Erhaltung und zum Ausbau des Stromleitungsnetzes. Die Arbeit der Unternehmensführung und der Mitarbeiter/innen wurde durch Auflagen zur bevorzugten Strombelieferung an die Besatzungstruppen beeinträchtigt.
Die Beschlagnahme des Verwaltungsgebäudes durch die Besatzungsmacht und später durch estnische Dienststellen führte dazu, dass wichtige Akten und technische Pläne, vor allem Kabel- und Leitungspläne des Albwerks, verlorengingen. Zum Jahresende 1950 konnte das Albwerk seine Gebäude wieder nutzen und seinen normalen Geschäftsbetrieb weiterführen.

In der 100-jährigen Geschichte des Albwerks haben immer wieder prägnante Unternehmerpersönlichkeiten die Entwicklung des Unternehmens bestimmt. So war es seit 1925 und in der nationalsozialistischen Zeit insbesondere Dr. Otto Kempter, dem es in hohem Maße zu verdanken ist, dass das Albwerk seine Selbstständigkeit bewahrte. Er kam 1945 auf tragische Weise ums Leben und das Albwerk wurde einer Führungspersönlichkeit beraubt. Oberingenieur Andreas Eckle trat 1945 im Alter von 70 Jahren in den Ruhestand, so dass im Albwerk in schwierigen Jahren eine große personelle Lücke in der Unternehmensführung entstand.

Andreas Eckle war schon aufgrund seiner Altenstädter Herkunft und seiner fachlichen Qualifikation – er hatte an der Technischen Hochschule in Stuttgart Maschinen- und Wasserbautechnik studiert – bestens für eine Führungsrolle im Albwerk geeignet. Daher war es in der schwierigen Phase des Albwerks nach dem Zweiten Weltkrieg notwendig, personell eine geeignete Lösung zu finden. Dieses glückte dem Albwerk bereits im Juli 1945. Dipl.-Ing. Karl Kuhn übernahm die Leitung des Albwerks und ging als Erstes daran, das Unternehmen aus den Kriegswirren und den Turbulenzen der Nachkriegszeit in eine Periode der marktwirtschaftlichen Effizienz zu überführen. Karl Kuhn, der zuletzt als Oberingenieur lange Jahre bei der Firma Siemens in Berlin in leitender Position tätig war, wusste als gebürtiger Geislinger über die Einheimischen und die Umlandverhältnisse Geislingens bestens Bescheid.
Ohne Zweifel ist es ihm gelungen, das Albwerk aus seiner schwierigen und unsicheren Position in eine deutlich positive Entwicklung hineinzuführen. Er galt als humorvoll und erzählte immer wieder, dass sein „Direktionszimmer“ in der Nachkriegszeit das „Mahlstüble“ – ein Zimmerchen in der Baurschen Mühle – war und er auf einer Gartenbank an einem Küchentisch mit Feldtelefon mit Kurbelinduktor saß. Der Qualität seiner Arbeit im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Albwerks hat diese wenig produktive infrastrukturelle Ausstattung des Unternehmensleiters keinen Abbruch getan.

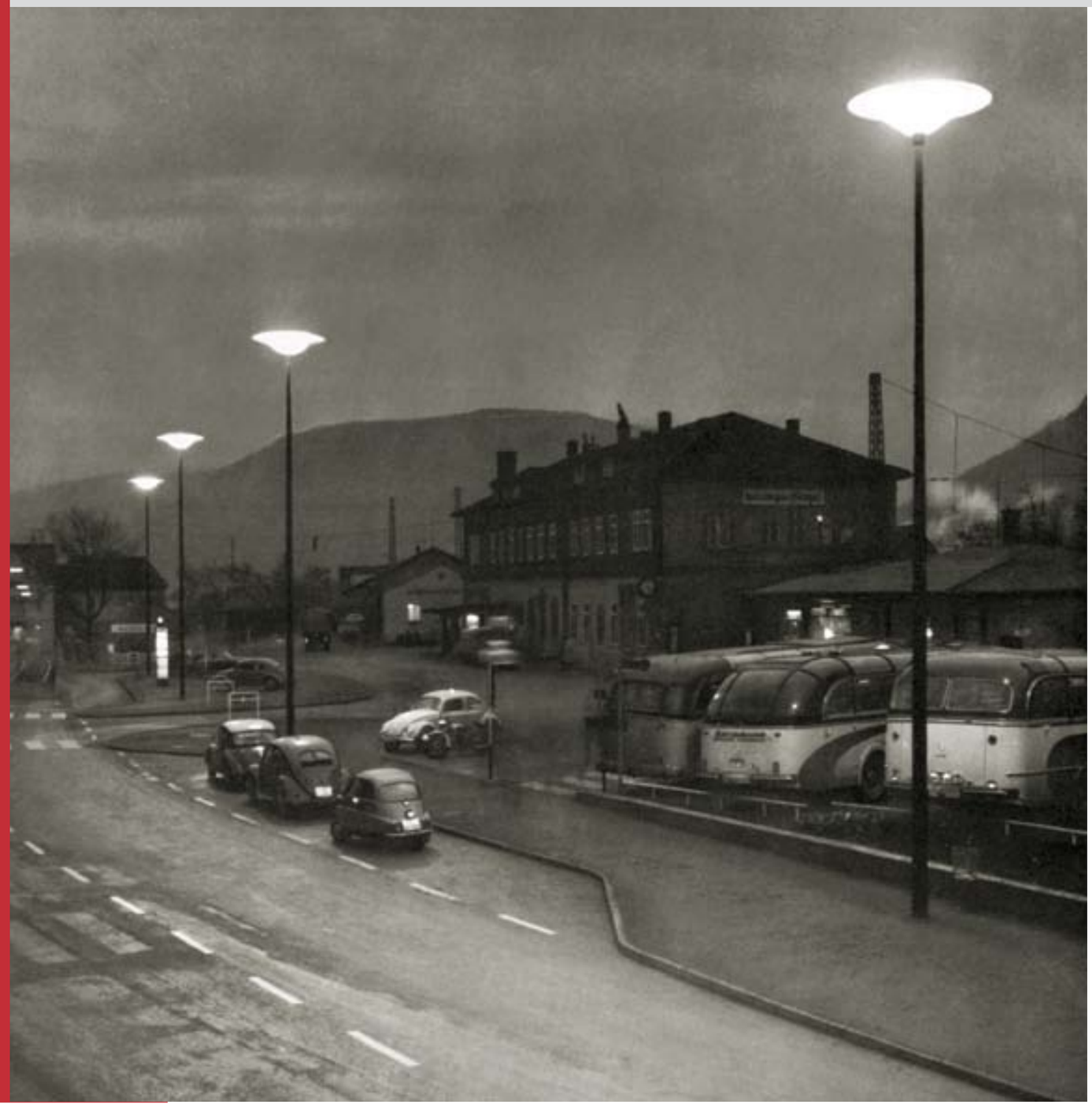
Gerade in Zeiten der Not bewährte sich die Stabilität der genossenschaftlichen Rechtsform. Die Albwerk-Geschäftsanteile – zum 1.1.1950 waren es 1121 Genossenschaftsmitglieder, die im Versorgungsgebiet wohnen mussten – befanden sich schon in der zweiten, teilweise schon in der dritten Generation im Besitz der jeweiligen Familie. Im Rahmen der DM Eröffnungsbilanz vom 21.6.1948 kam es zu einer Neubewertung der genossenschaftlichen Geschäftsanteile in der Relation von 1:8; dies bedeutete, dass ein Geschäftsguthaben mit 100 Reichsmark mit dem beachtlichen Betrag von 800 DM bewertet wurde. Diese außerordentlich positive Umstellung war insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Unternehmenssubstanz des Albwerks keine kriegsbedingten Zerstörungen hatte und die Vermögenssubstanz weitgehend erhalten geblieben war.
Die demokratische, genossenschaftliche Entscheidungsstruktur und das sympathische Unternehmensziel der Mitgliederförderung haben sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit des Albwerks außerordentlich positiv entwickelt.

In diese Zeit fällt eine Unternehmensentscheidung, die sich letztlich auch positiv auf die Entwicklung der EVS (Energieversorgung Schwaben AG) ausgewirkt hat. Aktien der Württembergischen Landes-Elektrizitäts-AG, die seit der Gründerzeit des Albwerks im Besitz des Unternehmens waren, wurden veräußert. In dem Unternehmen, das sich in der Zwischenzeit von der Württembergischen Landes-Elektrizitäts-AG zur EVS entwickelt hatte, waren keine privaten Beteiligungen mehr möglich, da die Steuervorteile der Gemeinnützigkeit in Anspruch genommen werden sollten. Das Albwerk wurde nachhaltig und mit Erfolg gebeten, seine Aktien zur Verfügung zu stellen. Das Albwerk hat damit dem Verbundunternehmen und seinem damals wichtigsten Stromlieferanten einen Gefallen getan. Immerhin ging es um Millionen von Steuerersparnissen, die durch die kleine Beteiligung des Albwerks blockiert gewesen wären.
Rückblickend ist es schwer festzustellen, ob die von der EVS versprochenen Gegenleistungen geflossen sind. Das solidarische Verhalten des Genossenschaftsunternehmens Albwerk im Rahmen einer Verbundstruktur ist aber durchaus erwähnenswert.

Albwerk im Wirtschaftswunder und der Sozialen Marktwirtschaft



Picknick, ein beliebtes Freizeitvergnügen der 1950er-Jahre



Straßenbeleuchtung
am Geislinger Bahnhof, 1960

Die politische Bindung an den Westen, die Integration in die Europäische Gemeinschaft und die steigende Verflechtung mit der globalen Wirtschaft führten in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er- und 1960er-Jahren zu einem raschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg und zu einer gesellschaftlichen bzw. sozialen Stabilisierung. Produktion und Umsätze der Betriebe sowie das Exportvolumen nahmen explosionsartig zu und die Zahl der Arbeitslosen sank bis zum Jahr 1961 nachhaltig auf unter 1 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Durch starke Lohnzuwächse und eine aktive Sozialpolitik des Staates verbessern sich ab den 1950er-Jahren die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland gravierend. Das gesamte Leben, der persönliche und berufliche Alltag sowie das Konsumverhalten der Menschen wandeln sich deutlich. Die gestiegenen Einkommen veränderten die Lebensgewohnheiten der Konsumenten und das eigene Auto und elektrische Haushaltsgeräte waren die großen Konsumwünsche der Menschen in der damaligen Zeit.

Durch die steigende Motorisierung beginnt der Massentourismus, zunächst im Inland, später auch in ausländischen Ferienorten, vor allem in Italien. Der Zeitraum 1950 bis 1970 war die Zeit einer langfristig starken Vermehrung der realen Waren- und Dienstleistungsproduktion in unserer Volkswirtschaft. So erhöhte sich das Bruttosozialprodukt (in konstanten Preisen 1962) von 143 Mrd. DM 1950 auf 328 Mrd. DM im Jahre 1960 und bis 1970 auf 679 Mrd. DM. Gleichzeitig änderte sich die gesamtwirtschaftliche Produktionsstruktur. Die Land- und Forstwirtschaft verlor stark an Bedeutung, während das warenproduzierende Gewerbe, also Energiewirtschaft, Industrie, Handwerk und Baugewerbe sowie die Dienstleistungsbereiche (Handel, Banken, Freiberufe u.a.) nachhaltig wuchsen. Betrug im Jahre 1950 der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Sozialprodukt noch 10,2 Prozent, der des warenproduzierenden Gewerbes 49,6 Prozent und der Anteil des Dienstleistungsbereiches 40,2 Prozent, so veränderten sich die Anteile dieser Wirtschaftssektoren bis 1970 auf 3,1 Prozent in der Landwirtschaft, im warenproduzierenden Sektor, vor allem im industriellen Bereich, auf 54,1 Prozent und im Dienstleistungsbereich auf 42,8 Prozent.



Versorgungsgebiet 1960
Grafik aus der Jubiläumsschrift „50 Jahre Albwerk", 1960

Die Gründe für das deutsche Wirtschaftwunder in den 1950er-Jahren und die anhaltende Hochkonjunktur in den 1960er-Jahren sind zum einen die Abschaffung der Zentralplanwirtschaft und der Preisadministration im Zuge der Währungsreform von 1948, zum anderen die steigende Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien der Vertragsfreiheit, des Privateigentums und der Selbstverantwortung in der wirtschaftlichen Betätigung.
Die häufig vertretene Auffassung, dass der Marshall-Plan die Ursache für den Wiederaufbau Deutschlands, speziell das Wirtschaftswunder in den 1950er-Jahren sei, ist einseitig. Sicherlich hat die wirtschaftliche Hilfeleistung der USA im Rahmen des Marshall-Plans die volkswirtschaftliche Entwicklung unterstützt. Sie entstand jedoch in hohem Maße durch die, als Folge des Krieges entstandene riesige Nachfragelücke bei Konsumgütern und die rasch beginnende Umsetzung technischer Fortschritte in der Industrie der Bundesrepublik.

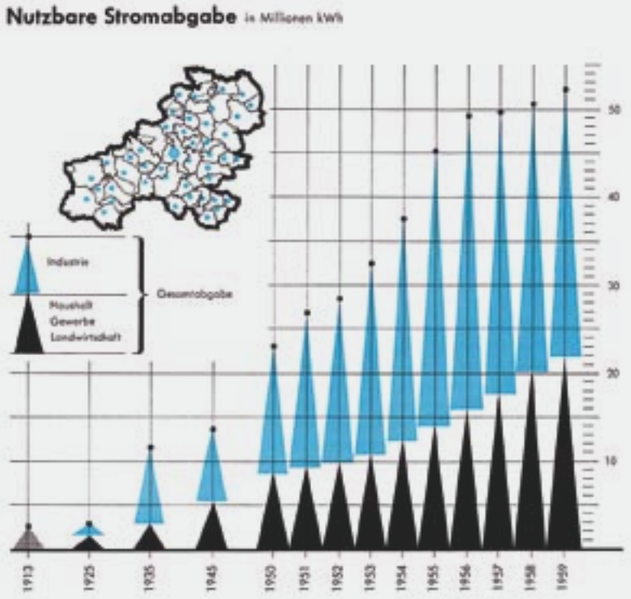
Entscheidend für die beachtliche Entwicklung Deutschlands zur zweitstärksten Wirtschaftsnation der Welt bis Ende 1950 war in hohem Maße die rationale wirtschaftspolitische Konzeption der „Sozialen Marktwirtschaft". Sie wurde insbesondere vom ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, Professor Dr. Ludwig Erhard, entwickelt und politisch in die Praxis umgesetzt.

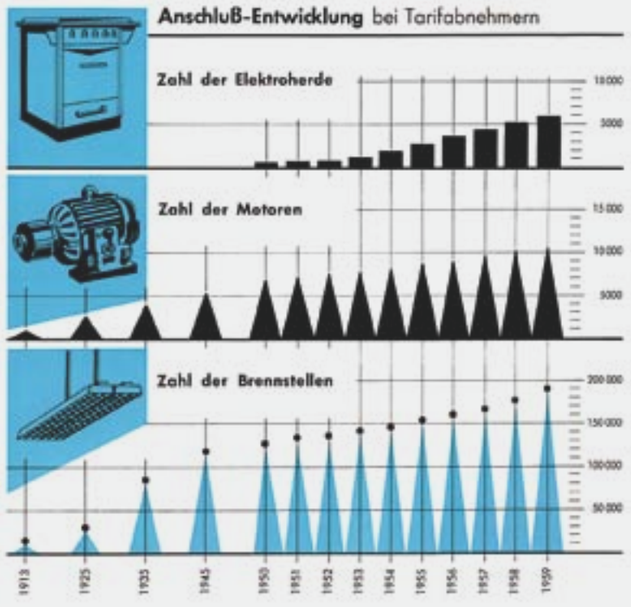
Wirtschaftliches Wachstum durch steigenden Verbrauch, steigende Investitionen und eine sich permanent erhöhende Produktion führten verständlicherweise zu einer Erhöhung des Energieverbrauchs und zu vermehrter Energieproduktion. In der Bundesrepublik Deutschland stieg der Verbrauch an elektrischer Energie von 37,8 Mrd. kWh im Jahre 1950 auf 218,6 Mrd. kWh im Jahre 1970.

In der Phase des Wirtschaftswunders und der Hochkonjunktur entstand auch im Versorgungsgebiet des Albwerks eine enorme Erhöhung des Strombedarfs.

Betrug der Stromverbrauch der Haushalte, der gewerblichen Industrie und der landwirtschaftlichen Betriebe 1950 noch 26,2 Mio. kWh, so erhöhte er sich bis 1960 auf 64,0 Mio. kWh und bis 1970 sogar auf 168,9 Mio. kWh. Das bedeutete eine Steigerung des Stromkonsums im Versorgungsgebiet um mehr als das 6-fache.
Die Zuwachsraten in der Stromnachfrage waren teilweise zweistellig und lagen im Vergleich prinzipiell über den Steigerungsraten im gesamten Bundesgebiet. Diese Entwicklung hatte verschiedene Ursachen: der Strombedarf bei industriellen und gewerblichen Verbrauchern stieg beachtlich, da die im Versorgungsgebiet angesiedelten Unternehmen in dieser Zeit ihre Produktionsleistung real stark erhöhten und außerdem im gesamten Versorgungsgebiet viele neue Betriebe mit Strombedarf gegründet wurden; zudem stieg die Nachfrage der Haushalte nach Elektrizität gerade in der Periode 1950 bis 1970 vor allem durch eine zunehmende Verwendung elektrischer Geräte.

Das beeinflusste den Umsatz der Genossenschaft auch wegen den im Handelsbereich des Albwerks zum Verkauf angeboten Elektroartikeln und durch die Installation und Betreuung der entsprechenden Produkte.
Das Bevölkerungswachstum und die Erhöhung der Zahl der Haushalte in dieser Zeit hatten zusätzlich einen positiven Einfluss auf das steigende Konsumvolumen. Gab es im Versorgungsgebiet des Albwerks 1950 noch 10.810 Haushalte, so war die Zahl bis 1970 auf 21.710 Haushalte angewachsen.





Statistiken aus der Jubiläumsschrift
„50 Jahre Albwerk", 1960



Lehrküche um 1960



Spezialfahrzeuge für Montagekolonnen des Albwerks, 1960



Ausstellungsraum um 1960

Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe ist im Zeitraum 1950 bis 1970 im Versorgungsgebiet zwar leicht zurückgegangen, was jedoch nicht zu einer Senkung des Stromabsatzes im Agrarbereich führte. Im Gegenteil, es kam durch die zunehmende Elektrifizierung zu einer gestiegenen Nachfrage nach Strom. Landwirtschaftliche Haushalte und Betriebe nutzen verstärkt Elektroherde, Kühl- und Gefrierschränke sowie in ihren Betrieben Melkmaschinen, Heubelüftungsanlagen, Milchkühlanlagen und Ähnliches.

Der steigenden Stromnachfrage musste natürlich durch eine entsprechende Produktions- und Leistungsanpassung des Albwerks begegnet werden. So kam es in den 1950er- und 1960er-Jahren zu erheblichen Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen. Hochspannungsverteilungsanlagen und Ortsnetze wurden ausgebaut, neue Transformatoren aufgestellt und eine Verstärkung auf neue Übertragungsspannungen von 20.000 Volt (20 kV) und damit die Ausweitung der Übertragungskapazität durchgeführt.

Auch die Erstellung einer 60 kV-Gittermast-Doppelleitung von Geislingen nach Süßen, einer 20.000 Volt-Betonmast-Doppelleitung von Geislingen nach Gosbach, der Verkauf der Leitungen von Söflingen nach Halzhausen an die EVS und letztlich der Bau des 110/20 kV Umspannwerkes im Eybacher Tal gehörten zu den Investitonen in dieser aufstrebenden Wirtschaftsperiode. 1970 gab es im Versorgungsgebiet des Albwerks über 275 Umspannstationen. Das Albwerk führte in dieser Zeit auch die Ausweitung und Verbesserung der Straßenbeleuchtungsanlagen in Geislingen und in den zum Versorgungsgebiet gehörenden Landgemeinden durch. Mit dem Erwerb der Ortsnetze von Gosbach, Gingen und Kuchen (1967) erweiterte die Genossenschaft das regionale Versorgungsgebiet des Unternehmens. Der Bau des Umspannwerkes im Eybacher Tal im Jahre 1979 war das vorläufige Ende der wichtigsten Erweiterungsinvestitionen für die weitgehende Anpassung der Produktionskapazität an die Nachfrage.

Während die Investitionsfinanzierungen der Genossenschaft in der Vorkriegszeit oft problematisch waren, so konnte in der Zeit des Wirtschaftswunders und der Hochkonjunktur von 1950 bis 1970 die gesamte Finanzierung ohne größere Probleme durchgeführt werden. Man finanzierte die Investitionen überwiegend durch die Selbstfinanzierung aus den Gewinnen, aus der Inanspruchnahme von Abschreibungsgegenwerten und aus Darlehen der eigenen Werksunterstützungskasse, sowie durch Außenfinanzierung der Genossenschaft, also die Ausgabe neuer Geschäftsanteile an die in die Genossenschaft eintretenden Mitglieder. Bei einem derart florierenden Unternehmen bestanden auch bei sämtlichen Banken natürlich keinerlei Bedenken bezüglich einer Kreditvergabe.





Richtfest Umspannwerk Eybacher Tal 1967



Bauunternehmer Heller,
Dipl.-Ing. Karl Kuhn

In den Jahren von 1950 bis 1970 wurden aber auch unternehmensrelevante Grundsatzentscheidungen gefällt, die langfristig die positive Entwicklung der Genossenschaft Albwerk bestimmten. Im Jahre 1952 verlängerte man nach schwierigen Verhandlungen den Konzessionsvertrag mit der Stadt Geislingen bis 1971. Zugunsten der Gemeinden wurde damals allgemein die Konzessionsabgabe eingeführt, die dem Albwerk das Recht einräumte, öffentliche Straßen und Plätze und im Eigentum der Gemeinden befindliche Grundstücke zum Ziehen und Überspannen von Freileitungen und zum Unterkabeln zu benutzen. Im Jahre 1971 kam es zu einer wichtigen prinzipiellen Entscheidung von Vorstand und Aufsichtsrat des Albwerks.
Man erwarb eine Beteiligung am Kernkraftwerk Obrigheim und setzte auf die gesicherte Belieferung mit Atomstrom. Der Strombedarf im Versorgungsgebiet des Albwerks deckte sich bereits seit 1968 in gewissem Umfang aus diesem Atomstrom.
Das Albwerk erkannte schon sehr früh, dass steigende Umsätze, nicht nur beim Strom, sondern im gesamten Leistungsangebot, ein gezieltes Marketing erforderten. Man intensivierte die Abnehmerberatung, die Aktivitäten und Veranstaltungen und konzentrierte sich vermehrt auf den Verkauf von Elektrogeräten.

Die Informationsveranstaltungen richteten sich sowohl an Haushalte, Betriebe und Schulen als auch an Bauherren und Architekten im Hinblick auf die Installation von Elektroanlagen bei Wohn- und Gewerbeimmobilien. Bei der Einführung, Installation und Beratung zu den in jener Zeit stark gefragten Nachtspeicheröfen war das Albwerk in Baden-Württemberg führend.

Im Jahre 1970 kam es zu einer Veränderung in der Unternehmensführung des Albwerks. Das langjährige geschäftsführende Vorstandsmitglied des Albwerks, Direktor Dipl.-Ing. Karl Kuhn, trat zum Jahresende nach einer langen und außerordentlich erfolgreichen Tätigkeit für die Genossenschaft in den Ruhestand. Er hatte die Leitung des Unternehmens in der Zeit der Mangelwirtschaft unmittelbar nach dem Krieg übernommen und es in der Wirtschaftwunder- und Hochkonjunkturphase mit viel Umsicht, technischem und betriebswirtschaftlichem Verstand, guter Kenntnis der Region und ihrer Menschen zu einem beachtlichen Erfolg mit hohem wirtschaftlichem Stellenwert geführt.
Er konnte seinem Nachfolger Dr. Helmut Roller ein Elektrizitätsunternehmen übergeben, das sich wirtschaftlich und technisch in optimalem Zustand befand.



Aufsichtsrat 1960

sitzend von links nach rechts:
Jakob Maurer (Söhnstetten), Georg Semle, Dr. Fritz Vollmar,
Dr. Erich Klotz

stehend von links nach rechts:
Robert Bundschuh, Matthäus Schmid, Jakob Ströhle,
Hans Hezler, Gustav Straub, Martin Straub, Wilhelm Zink,
Max Kohn, Jakob Maurer (Amstetten)

Krise und Stagnation in der Bundesrepublik Deutschland 1970 - 1990



Während der zwei Dekaden von 1970 bis 1990 kam es in der Bundesrepublik Deutschland und in der Geislinger Region zu erheblichen gesellschaftlichen, politischen, volkswirtschaftlichen und vor allem wirtschaftsstrukturellen Veränderungen, die auch das Albwerk nicht unbeeinflusst ließen. In Gesellschaft und Politik veränderten einschneidende Ereignisse teilweise das ganze Land und das Bewusstsein der Bevölkerung.
Im Bereich der allgemeinen Politik wurde die große Koalition aus CDU/CSU und SPD 1969 durch die sozialliberale Koalition mit Bundeskanzler Willy Brandt und diese wiederum 1982 durch die christlich-liberale Koalition unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl abgelöst. Es ist verständlich, dass sich aus diesem Politikwechsel auch unterschiedliche Akzente für die allgemeine Gesellschaftspolitik, die Wirtschafts- und Energiepolitik ergaben.

In diese Zeit fielen auch die Neuorientierung der Ostpolitik mit dem Moskauer Vertrag vom 12.8.1970 und Ereignisse wie die Geiselnahme bei den Olympischen Spielen 1972, die Spionage-Guillaume-Affäre, die zum Rücktritt von Brandt als Bundeskanzler führte, der so genannte Deutsche Herbst mit der Eskalation des Terrors der RAF (Rote Armee Fraktion) und der Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer und der Nato-Doppelbeschluss von 1979, bei dem die Nato Nachrüstungen androhte, wenn die Sowjetunion nicht in Abrüstungsverhandlungen eintreten würde.
Die Parteigründung der Grünen im Jahre 1980, das immer deutlicher werdende Waldsterben, der Fall der Berliner Mauer 1989 und die deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990, waren weitere Ereignisse mit historischer Bedeutung. Es gab wohl selten eine Zeit in der deutschen Geschichte, in der Ereignisse und Entwicklungen zu so vielen dramatischen Veränderungen geführt haben.
In wirtschaftlicher Beziehung war die Zeit von 1970 bis 1990 gekennzeichnet durch eine Stagnation im Wirtschaftswachstum, krisenhafte Verhältnisse in verschiedenen Branchen und Veränderungen der gesamten Wirtschaftsstruktur, die sich auch im Geislinger Raum und im Versorgungsgebiet des Albwerks auswirkten.

Zwar stieg in den beiden Dekaden das reale Sozialprodukt, also die gesamtwirtschaftliche Produktionsleistung und Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen, zwischen 1970 bis 1980 von 679 Mrd. auf 897 Mrd. DM, doch ist diese Periode geprägt durch relativ niedrige Wachstumsraten, starke Konjunkturschwankungen in den verschiedenen Jahren, und durch zwei Depressionen in den Jahren 1974/75 und 1981/82.
Die jeweiligen jährlichen Wachstumsraten lagen deutlich unter denen der Nachkriegszeit und teilweise auch der Periode vor dem Zweiten Weltkrieg. Das führte in Folge zu einer negativen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: die Arbeitslosenquote stieg von 0,4 Prozent im Jahr 1970 auf 3,8 Prozent 1980 und auf 9,3 Prozent im Jahr 1990, was für die „alte Bundesrepublik“ ein Arbeitslosenvolumen von insgesamt 2,3 Mio. Menschen bedeutete.

In den beiden Dekaden stagnierte der Nettorealverdienst (Anstieg um jährlich 3,2 Prozent in den Jahren 1966 – 1975, danach bis 1989 nur noch jährlich 0,9 Prozent). Die Wirtschaftsstruktur veränderte sich in dieser Zeit deutlich und in den 1970er- und 1980er-Jahren zeichnete sich die generelle Tendenz zum Wandel von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft ab. Im Jahre 1990 hatte der Dienstleistungsbereich gegenüber der Land- und Forstwirtschaft bzw. dem warenproduzierenden Gewerbe, vor allem der Industrie, bereits den größten Anteil der Beiträge zum Sozialprodukt und an der Anzahl der Beschäftigten.

Natürlich waren der Geislinger Raum und das Versorgungsgebiet des Albwerks von diesen politischen, gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen ebenfalls betroffen.
Die Gesamtbevölkerung schrumpfte bei gleichzeitiger Erhöhung der Zahl der Haushalte. Der Dienstleistungsbereich, der weniger Strom benötigt, gewann gegenüber dem warenproduzierenden Gewerbe und der Landwirtschaft immer mehr an Bedeutung.
Die Beschäftigtenzahl in den Betrieben ging leicht zurück. Aufgrund der schwierigen Verkehrsstruktur im Geislinger Raum war es nicht möglich, in dieser Zeit in größerem Maße neue Industrien und Gewerbe anzusiedeln. Von Bedeutung war allerdings 1988 die Einrichtung einer Außenstelle der Fachhochschule Nürtingen. Geislingen wurde zur Hochschulstadt, was in der Folge dazu führte, dass eine Vielzahl von jungen Menschen zum Studium nach Geislingen kamen.

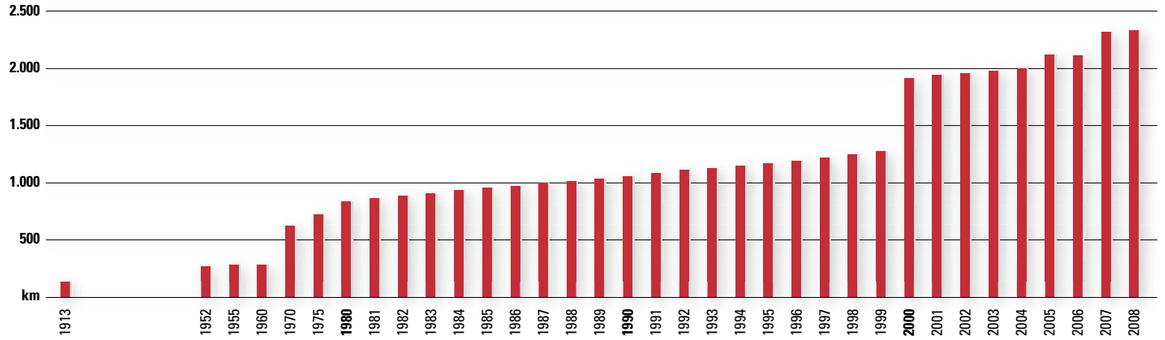
Der Diplom- und heutige Bachelor-Studiengang Energie- und Ressourcenmanagement ist aus praxisbezogenen Erfahrungen und Erkenntnissen des Albwerks hervorgegangen. Der Status Geislingens als Hochschulstadt ließ die Nachfrage nach Konsumgütern, Wohnraum und indirekt auch nach Bauleistungen ansteigen.

Im Bereich der Unternehmensführung kam es gleich zu Beginn der 1970er-Jahre im Albwerk zu einer grundlegenden Veränderung. Zum 1.11.1970 wurde Dr. Helmut Roller als Direktor und geschäftsführendes Vorstandsmitglied in das Albwerk berufen und war seit 1984 Vorsitzender des Vorstandes. Dr. Helmut Roller ist als Dipl.-Kaufmann Absolvent der Wirtschaftshochschule Mannheim, und promovierte beim renommierten Betriebswirtschaftler Professor Dr. Walter Le Coutre. Vor seiner Berufung als Albwerk-Vorstand war er lange Jahre in führender Position bei der Kraftwerk Altwürttemberg AG in Ludwigsburg beruflich tätig, aus dem bereits sein Vorvorgänger im Amt, Dr. Kempter, gekommen war.
Bedingt durch seinen betriebswirtschaftlichen Hintergrund rückten während seiner Amtszeit im Albwerk kaufmännische und betriebswirtschaftliche Themen sowie Überlegungen zu einer strategischen Unternehmenspolitik in den Vordergrund.



Prof. Dr. Helmut Roller

Wirtschaftliche und organisatorische Entwicklungsfaktoren



Entwicklung des Leitungsnetzes

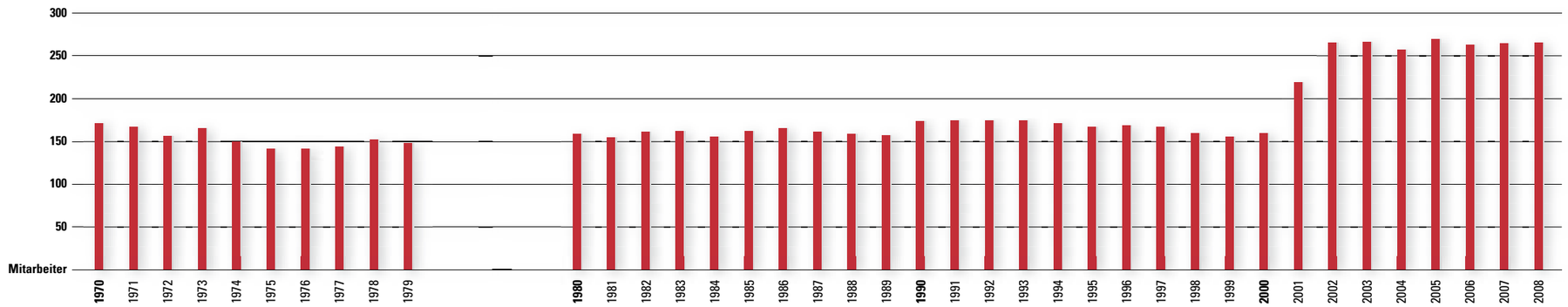


Umspannwerk Gosbach 1985

Die wirtschaftliche Entwicklung des Albwerks zeichnet sich im Zeitraum 1970 bis 1990 vor allem durch folgende Aspekte aus: Nachfrage und Absatz, Kapitalentwicklung und Investitionen, Personalentwicklung und Durchsetzung langfristiger Unternehmensstrategien. Die Stromnachfrage bzw. der Stromverbrauch erhöhten sich von 168,9 Mio. kWh im Jahre 1970 auf 297,0 Mio. kWh im Jahre 1980 bis auf 413,2 Mio. kWh im Jahre 1990. Zu über 95 Prozent deckte die EVS diesen Strombedarf. Das Kernkraftwerk Obrigheim und sonstige Strombezüge beliefen sich gerade auf 4–5 Prozent. Die nutzbare Stromabgabe entwickelte sich entsprechend; belief sich der Stromabsatz 1980 noch auf 286,1 Mio. kWh, so war er bis zum Jahre 1990 auf 402,0 Mio. kWh angewachsen.
Ohne Zweifel ergab sich im Stromverbrauch und Stromabsatz in beiden Dekaden eine nicht unerhebliche Steigerung, doch die Zuwachsraten der 1950er- und 1960er-Jahre konnten nicht mehr erreicht werden.

Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass es erheblich schwieriger ist, von einem bereits erreichten hohen Niveau aus weitere Zuwachsraten zu realisieren, als von einem niedrigen Basisniveau. Wirtschaftliche Daten, Verbrauch und Absatz müssen auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, dass mit der Energiekrise zu Beginn der 70er-Jahre damit begonnen wurde, Energie und insbesondere Strom einzusparen. Beim Albwerk waren die 1970er- und 1980er-Jahre allerdings auch geprägt durch umfassende Investitionen, vor allem Erweiterungsinvestitionen, die technische Fortschritte in die Produktions- und Verteilungsstruktur einbrachten. Leitungsnetze wurden laufend verbessert und erweitert und neue Umspannstationen errichtet, mit denen Netzverluste reduziert werden konnten. Brennstellen für Straßenbeleuchtung wurden modernisiert und Ausstellungs- und Verkaufsräume eingerichtet.

Zu den bedeutendsten und finanziell wichtigsten Erweiterungsinvestition gehört zweifellos der Bau des Umspannwerkes in Gosbach (Inbetriebnahme 1977), mit dem eine deutliche Verbesserung der Vorortstromversorgung des Oberen Filstals erreicht wurde und die Investition in ein Umspannwerk in Amstetten (Inbetriebnahme 1984), das die Stromversorgung der von Geislingen nach Amstetten übergesiedelten Heidelberger Druckmaschinen AG gewährleistete. Neben betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und zukunftsorientierten Investitionen hatten die Mitarbeiter im Albwerk für die erfolgreiche Unternehmensentwicklung stets eine große Bedeutung.
In Geislingen waren Arbeitsplätze im Albwerk immer sehr begehrt, denn sie boten eine interessante berufliche Betätigung mit langfristiger Sicherheit. Im Jahr 1990 hatte das Albwerk 154 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit qualifizierter fachlicher Ausbildung.



Entwicklung des Personalstandes



Umspannwerk Amstetten

Ab Mitte der 1990er-Jahre stabilisierte sich der Personalbestand im Albwerk. Die Personalsituation im Albwerk ist gekennzeichnet durch die außerordentlich hohe Zahl von Auszubildenden, sowohl im handwerklichen als auch im kaufmännischen Bereich. Zur ständigen Aktualisierung der technischen und kaufmännischen Fähigkeiten der Mitarbeiter war es der Unternehmensleitung des Albwerks, vor allem seit den 1970er-Jahren, ein ständiges Anliegen, Fortbildungen zu ermöglichen. Ein besonderer Schwerpunkt war die Anwendung neuer EDV-Programme.

Die „Ära Roller“ war auch geprägt durch wichtige strategische Unternehmensentscheidungen, die zu Kostenreduzierungen, Anpassung an Beschaffungs- und Absatzmärkte sowie an veränderte energiewirtschaftliche Verhältnisse führten.
Mit der Stadt Geislingen konnte 1971 ein neuer Konzessionsvertrag ausgehandelt und abgeschlossen werden. Die Neuordnung der Energieversorgung im Geislinger Raum führte dabei zu einer intensiven Debatte im Geislinger Stadtrat und mit der Führung des Albwerks. Die Stadt äußerte die Absicht, die Stromversorgung in Geislingen und der Region in Eigenregie zu übernehmen.

Dies hätte die Zerschlagung der genossenschaftlichen Struktur des Albwerks bedeutet. Gegen diese Vorstellung, die von Oberbürgermeister Helmut von Au und der Stadtratsfraktion der SPD getragen wurde, erhob sich nachhaltiger Widerstand. So wurde in einer geheimen Abstimmung des Gemeinderats mit 14:11 eine Kommunalisierung des Albwerks abgelehnt und gleichzeitig beschlossen, mit dem Albwerk in neue Konzessionsverhandlungen einzutreten.
Der enttäuschte Oberbürgermeister von Au drückte seine Stimmung wie folgt aus:
„Der Stadt mein Beileid, Ihnen, Herr Dr. Roller, mein Glückwunsch.“
In einem darauf folgenden Interview stellte Direktor Dr. Helmut Roller folgendes fest: „Wir sehen in der Entscheidung des Gemeinderates einen Vertrauensbeweis für unsere bisherige Arbeit. Dieser ist für uns Verpflichtung, für die Stadt und ihre Bürger auch weiterhin das Beste zu leisten.“
Zuvor war es gelungen, die Konzessionsverträge mit allen übrigen Gemeinden des Versorgungsgebietes zu verlängern.

Eine weitere Förderung der Nachtstrom-Speicherheizung, mit der man bereits in den 1960er-Jahren begonnen hatte, fand in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre in großem Umfang ihre Fortsetzung. Das Albwerk rüstete viele Stromkunden mit dieser damals sehr preisgünstigen Heizungsart aus und war damit an der Spitze aller Stromversorgungsunternehmen in Baden-Württemberg.

Eine umfassende Ruhegeldordnung wurde ebenfalls in der damaligen Zeit eingeführt. Sie machte es möglich, die Außenfinanzierung des Unternehmens in eine komfortable Innenfinanzierung aus der Anlage der Werte der steuerbegünstigten Ruhegeldrückstellungen umzuwandeln. Beginnend in den 1970er-Jahren wurde das Installations- und Handelsgeschäft nachhaltig ausgeweitet.
Man setzte zeitgemäße Marketinginstrumente, wie Vortrags- und Demonstrationsveranstaltungen ein, erweiterte das Sortiment um neue Artikelgruppen und eröffnete zunächst in Gosbach eine Filiale und seit 1984 eine selbständige GmbH in Bad Ditzenbach. Als strategische Entscheidung im Handelsgeschäft kann auch der Beitritt zur „Interfunk eG“, Einkaufsgenossenschaft Europäischer Rundfunk-, Fernseh- und Elektrohändler eG mit Sitz in Ditzingen im Jahre 1974 angesehen werden.
Das ermöglichte den Zugriff auf das preiswerte und interessante Angebot dieser international tätigen Beschaffungsgenossenschaft von Elektroartikeln und man konnte somit den Kunden stets die modernsten Produkte des Elektrosektors anbieten.

Einkaufsgenossenschaft Interfunk eG



1. Preisverleihung der Stiftung „Preis der Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG“ im Jahr 1985 an Herrn Kley und Frau Weber.



1. Preis im Jahr 2001:
Gabriele Nasfeter „Steige III“



Preisverleihung der Stiftung im Jahr 2001

Zum 31.12.1987 beendete der Vorstandsvorsitzende Dr. Helmut Roller altershalber seine aktive Tätigkeit für das Albwerk. Als erfolgreicher Unternehmer, als fachkundiger Kenner des Stromgeschäftes und des Genossenschaftsmanagements, sowie eine im gesellschaftlichen Leben stehende Person, hatte er die Entwicklung des Albwerks in den 1970er- und 1980er-Jahren maßgeblich mitbestimmt.
Die von ihm gegründete Stiftung „Preis der Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG“ verleiht Persönlichkeiten oder Projekten auf kultureller Ebene, im sozialen oder künstlerischen Bereich beachtliche Geldpreise. Maßgeblich war er an der Einrichtung der Außenstelle der Fachhochschule Nürtingen am Standort in Geislingen beteiligt. Dr. Roller selbst hatte an der Hochschule, die heute am Standort Geislingen über 1500 Studierende zählt, einen Lehrauftrag über die „Grundlagen des Genossenschaftswesens“ übernommen und den Studenten die Genossenschaftsidee nähergebracht. Die Hochschule verlieh ihm nicht zuletzt deswegen den Titel eines Honorarprofessors und zeichnete ihn mit der goldenen Ehrenmedaille aus. Ohne Zweifel ist durch das Ausscheiden einer so facettenreichen und beruflich fähigen Persönlichkeit wie Professor Dr. Helmut Roller eine Lücke entstanden.



Ernennung zum Honorarprofessor: Dr. Roller und Prof. Dr. Mändle, 1985

Entwicklung zum genossenschaftlichen Energiekonzern





Berliner Mauer

Turbulenzen und Wandel in Gesellschaft und Wirtschaft

Ein Unternehmen existiert in einer Gesellschaft und Volkswirtschaft nicht isoliert, sondern ist im sozialen und ökonomischen Geschehen integriert. Vom unternehmerischen Verhalten gehen gesellschaftliche und ökonomische Impulse aus und ein Unternehmen muss sich selbst stets an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Ende der 1980er-Jahre fanden in Deutschland außerordentlich starke Veränderungen, ja Strukturbrüche statt, die völlig neue Bedingungen im politischen Leben und in der Volkswirtschaft zur Folge hatten.
Das wichtigste politische Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist ohne Zweifel der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 und die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1994, die Rot-Grüne Koalition von 1998 bis 2005, der Krieg im Kosovo 1999, die Pisa-Studie 2001, die Antiterror-Gesetzgebung 2002, die Nichtteilnahme am Irak-Krieg 2003 und die Gründung der Linken 2007 waren wichtige Ereignisse, die das politische Leben in Deutschland veränderten.

Auch die deutsche Volkswirtschaft durchlief einen nachhaltigen Wandel, der zum einen weit über eine konjunkturelle Krise hinausging und zum anderen durch epochale wirtschaftspolitische Entscheidungen bestimmt war. Nach der Wiedervereinigung wurden die Wachstumsraten des realen Bruttosozialprodukts der 1980er- und 1970er-Jahre in den alten Bundesländern nie wieder erreicht.
So erhöhte sich jährliche Veränderung das Bruttosozialprodukt im Zeitraum von 1990 bis 2002 nur um +1,7 Prozent und lag damit vor Schweden und Italien auf dem drittletzten Platz in der Wachstumsentwicklung der Europäischen Union. Es handelt sich dabei nicht um eine vorübergehende konjunkturelle Rezession, sondern um ein deutlich reduziertes Potenzialwachstum durch unzureichende Anpassungen an gesamtwirtschaftliche Strukturveränderungen und durch inkonsequente Reformen.
Durch die Wachstumsschwäche der vergangenen zwei Dekaden ergaben sich auch problematische Steigerungen der Arbeitslosenquoten und eine Stagnation bzw. sogar ein Rückgang der realen Einkommen. So erhöhte sich die Arbeitslosenquote von 1990 bis 2006 in Gesamtdeutschland auf über 10 Prozent, d. h. jeder zehnte abhängig Beschäftigte in Deutschland war ohne Arbeit.

Es entstand die Vorstellung, das Land sei eine so genannte „Reife Volkswirtschaft“ geworden. Durch Stagnation in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, mangelnde Investitionen durch eine gewisse Bedarfssättigung und technischen Fortschritt, der nicht mehr entsprechend Impulse geben könne, seien Ursachen für den Niedergang der ökonomischen Leistungsfähigkeit.
Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen muss man allerdings sehen, dass in Deutschland auch gravierende Entscheidungen zu einer institutionellen Anpassung an veränderte Verhältnisse in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gefällt wurden.
Es sei nur an den EU-Vertrag von Maastricht 1992 erinnert, in dem die Zielsetzung einer Europäischen Wirtschafts- und Sozialunion sowie eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik formuliert wurde, an die Einführung des Euro zum Jahresbeginn 2002 in 12 EU-Ländern, an die am 1.1. 2005 in Kraft getretenen so genannten Hartz-Reformen, nach denen Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt wurden und an die Einführung der Riester-Rente im Jahre 2002, mit dem Ziel einer kapitalunterlegten zusätzlichen Versorgung späterer Rentner. 2008 gerät Deutschland in den Sog der Immobilienkrise in den USA und die sich daraus entwickelnde globale Finanz- und Wirtschaftskrise.
Auch die Bundesrepublik Deutschland wird durch ihre Orientierung am Export und Import von Waren und Kapital und ihre engen Verflechtungen mit internationalen Märkten hart getroffen.

Nach einer wirtschaftsgeschichtlichen Epoche der Deregulierung und dem verstärkten Einsatz marktwirtschaftlicher Prinzipien musste der Staat zur Verhinderung größerer volkswirtschaftlicher Schäden im verstärkten Umfang regulierend in die Wirtschaft eingreifen. Dies drückt sich in der Verstaatlichung von Banken, in der staatlichen Abgabe von Bürgschaften, vor allem gegenüber Banken, der internationalen staatlichen Kontrolle von Finanzmärkten und der Gewährung von Zuschüssen und sonstigen Hilfsleistungen an wirtschaftlich angeschlagene Betriebe aus. Diese Finanzkrise wird der deutschen Volkswirtschaft für das Jahr 2009 eine Wachstumseinbuße von rund 6 Prozent bescheren, mit negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation sowie die Lage der öffentlichen Haushalte. Diese Entwicklungen wurden begleitet von einer nachhaltigen Veränderung der Sozial- und Bevölkerungsstruktur, durch einen starken Geburtenrückgang, eine steigende Lebenserwartung und die Einwanderung ethnischer Minderheiten.
Über allem steht jedoch die Vereinigung zweier Staaten und Volkswirtschaften, BRD und DDR, mit unterschiedlicher Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsstruktur, Beschäftigungssystemen und außenwirtschaftlichen Verbindungen. Sie wurde relativ gut bewältigt, beeinflusste jedoch nachhaltig alle Sektoren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und erforderte von Betrieben und Beschäftigten erhebliche Anstrengungen.



Diese Entwicklung und strukturelle Wandlungen haben sich verständlicherweise auch auf Baden-Württemberg und die Geislinger Region ausgewirkt. Zwar gehört der deutsche Südwesten nach wie vor zu den wohlhabenden und wirtschaftsstärksten Regionen in Deutschland und Europa, doch haben Veränderungen stattgefunden, die bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist besonders stark auf die Automobilindustrie und den Maschinenbau konzentriert, weist eine hohe Internationalität aus und ist geprägt durch das umfassende Zusammenspiel von Großunternehmen und mittelständischen Zulieferbetrieben. Strukturbrüche und gravierende Wandlungen in der Wirtschaft beeinflussen aber auch einen relativ starken Wirtschaftsraum negativ.
Die baden-württembergische Exportwirtschaft im Automobil- und Maschinenbau ist besonders von der globalen Wirtschaftskrise und der Reduktion des Welthandels geschwächt worden. Es gab in jüngster Vergangenheit Produktionseinbrüche bei einzelnen Unternehmen von bis zu 70 Prozent und nur durch das arbeitsmarktpolitische Instrument der Kurzarbeit konnte eine höhere Arbeitslosigkeit verhindert werden.

Es ist verständlich, dass der Geislinger Raum und das gesamte Versorgungsgebiet des Albwerks von diesen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Turbulenzen ebenfalls negativ getroffen wurden. Zwar erhöhte sich die Bevölkerungszahl der Stadt Geislingen von 1990 bis 2007 von 26.800 auf 27.350 Einwohner, doch der, vor allem aufgrund seiner Verkehrslage ökonomisch benachteiligte Wirtschaftsraum Geislingen, am Rande des Stuttgarter Ballungsraumes, erlitt Rückschläge, aber auch positive Impulse. Unternehmenszusammenbrüche und damit verbundener Abbau von Arbeitsplätzen, Standortverlagerungen von Betrieben und Betriebsteilen, Umsatzrückgänge und erhebliche Steuereinbußen bei den kommunalen Haushalten belasteten den Geislinger Raum. Positiv ist dagegen die Aufwärtsentwicklung der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen am Standort in Geislingen. Die Zahl der Studierenden stieg von 300 im Jahr 1990 auf rund 1500 Studenten im Wintersemester 2009/2010; daneben stieg die Zahl der Professoren auf 39, die der Lehrbeauftragten auf 156 und die der Mitarbeiter/innen der Hochschule auf 54 deutlich an; diese Entwicklung trug zu einer Belebung der Wirtschaftsregion Geislingen bei.

Der Geislinger Traditionsbetrieb WMF (Württembergische Metallwarenfabrik AG) hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten durch die hohe Qualität seiner Produkte, durch besonderes Design und eine erfolgreiche, international ausgerichtete Standortpolitik zu einem global agierenden Unternehmen entwickelt; die WMF trotzte der weltweiten Wirtschaftskrise mit innovativen Produkten, insbesondere im Kaffeemaschinenbereich.
Mit einer klugen und weitsichtigen Regionalpolitik hat man in Geislingen und im umgebenden Wirtschaftraum Voraussetzungen geschaffen, die im Dienstleistungsbereich, insbesondere in der Touristikbranche, aber auch im Sektor alternativer Energien, günstige Zukunftsentwicklungen erwarten lassen.



HfWU Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen, Standort Geislingen
(Eduard-Mändle-Haus)





Wandel in der Energiewirtschaft durch neue Gesetze und Markteinflüsse

Seit Beginn der 1990er-Jahre haben sich durch eine Reihe neuer Energiegesetze und daraus resultierenden Veränderungen der Marktstrukturen die Verhältnisse im bundesdeutschen Energiesektor grundlegend gewandelt. Das Albwerk nutzte die Liberalisierung der Strommärkte, um mit einem differenzierten Leistungsangebot weit über die unmittelbare Region Geislingen hinaus zu expandieren.

Verschiedene Gesetze führten seit Beginn der 1990er-Jahre zu Veränderungen des Energierechts mit dem Anspruch, eine möglichst sichere, preiswerte und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung mit Elektrizität für Haushalte und Betriebe im Interesse der Allgemeinheit sicherzustellen. Dies ist in dem bereits 1935 erlassenen Energiewirtschaftsgesetz im Rahmen einer Novelle vom 24.4.1998 ausdrücklich als Ziel formuliert. Damit in Verbindung steht das Energiesicherungsgesetz vom 20.12.1974, das Maßnahmen zur Erhaltung der Energieversorgung festlegt.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vom 29.3.2000, abgelöst durch das EEG vom 2.4.2004, hat den Zweck, im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine langfristige ökologische Entwicklung der Energieversorgung zu fördern und die gesamtwirtschaftlichen Aufwendungen der Energieversorgung zu verringern. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2010 auf mindestens 12,5 Prozent und bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20 Prozent erhöht werden. Das Stromeinspeisungsgesetz in der Fassung vom 1.8.1994 regelte die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz und bezieht sich auf die Abnahme und die Vergütung von Strom, der ausschließlich aus Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Deponiegas, Klärgas und aus biologischen Rest- und Abfallstoffen der Land- und Forstwirtschaft oder der gewerblichen Be- und Verarbeitung von Holz gewonnen wird.
Die Energieversorgungsunternehmen werden verpflichtet, den in ihrem Versorgungsgebiet erzeugten Strom aus erneuerbarer Energie abzunehmen und den eingespeisten Strom den Vorgaben entsprechend zu vergüten.

Die Liberalisierung des Strommarktes begann schon zu Beginn der 1990er-Jahre mit der Marktöffnung in einzelnen Branchen, etwa der Telekommunikation, bei Gas und letztlich auch dem Strom durch die EU-Kommission.
Mit dem ersten EU-Richtlinienpaket für den Elektrizitätsmarkt im Jahre 1996 kam es zu einer stufenweisen Liberalisierung. Das Ziel war die Entflechtung der monopolistischen Netzsparte von den übrigen wettbewerblichen Sparten der Energieversorgung, z. B. von Produktion und Vertrieb, und dem diskriminierungsfreien Netzzugang für Wettbewerber.
In Deutschland wurde mit dem EnWG 1998 das erste EU-Richtlinienpaket umgesetzt, was eine vollständige Marktöffnung im Elektrizitätsbereich bedeutete. Der Netzzugang und die Netzentgelte waren zwischen den Marktteilnehmern vertraglich zu regeln. Generell sollte die Strommarktregulierung den Verbrauchern einen Wechsel ihres Stromversorgers, etwa durch kürzere Kündigungsfristen, erleichtern und durch den diskriminierungsfreien Zugang zu den im Monopol betriebenen Netzen, den Markt für neue Anbieter öffnen.
Bis zum Jahre 2000 traten dann in Deutschland tatsächlich rund 100 neue Anbieter in den Wettbewerb ein.
Die Strompreise sanken zunächst, stiegen dann allerdings vom Jahr 2000 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wieder um rund 50 Prozent an.



Vorstand 2010, Gerhard Engler, Hubert Rinklin, Jürgen Lenz



Prof. Dr. Eduard Mändle
Aufsichtsratsvorsitzender 1991 - 2008

Neue Anforderungen an Führungskräfte

Vom letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts bis zur Gegenwart gab es so viele einschneidende Veränderungen wie seit Beginn der Elektrizitätsversorgung nicht feststellbar. Während man bis Ende der 1980er-Jahre im Prinzip eine reine Versorgungs- und Verteilungsfunktion erfüllte, mussten sich die Unternehmensleitungen der Energieversorgungsunternehmen völlig veränderten Rahmenbedingungen stellen und sowohl auf den Beschaffungs- als auch auf den Absatzmärkten innovativ und gestalterisch tätig werden.

Dies betraf auch das Albwerk.
Nach der langen Zeit der „Ära Professor Roller", in der das Albwerk als erfolgreicher Stromversorger auf staatlich regulierten Monopolmärkten tätig war, folgten vom 1.1.1988 bis 31.1.1991 Dipl.-Kaufmann Dipl.-Ing. (FH) Werner Lehmbach und vom 1.1.1992 bis zum 30.6.1996 Dipl.-Volkswirt Dipl.-Betriebswirt (FH) Manfred Zimmer als Vorstandsvorsitzender bzw. geschäftsführendes Vorstandsmitglied an die Spitze der Unternehmensleitung. Als Interimsvorstand war Oberbürgermeister a. D. Helmut von Au vom 21.12.1990 bis 31.12.1991 tätig.

Das Management einer Genossenschaft besteht grundsätzlich aus dem Vorstand als Entscheidungsorgan, aber auch aus dem Aufsichtsrat, der neben seiner Kontroll- und Beratungsfunktion auch noch Mitentscheidungsbefugnisse in verschiedenen unternehmerischen Bereichen ausübt.
Die Tätigkeit im Vorstand kann sowohl hauptamtlich als auch neben- bzw. ehrenamtlich ausgeübt werden.
Die Aufsichtsräte sind grundsätzlich im Ehrenamt tätig. Zum 1.1.1995 wählte der Aufsichtsrat Dipl.-Betriebswirt (FH) Hubert Rinklin zum neuen geschäftsführenden Vorstandsmitglied und damit begann eine neue Management-Ära. Hubert Rinklin studierte Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Nürtingen mit dem Schwerpunkt Genossenschaftswesen.
Vor seinem Studium absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung in großen Genossenschaftsunternehmen und bis zu seiner Wahl zum Vorstand war er im Albwerk in leitender Funktion, zuletzt als Prokurist, tätig.
Da er nach dem Genossenschaftsgesetz und der Satzung ein vorgesehenes Amt begleitet, ist er hauptamtlicher Mandatsträger.

Daneben sind ehrenamtliche bzw. nebenamtliche Vorstandsmitglieder tätig. Es waren dies seit Ende der 1980er- bzw. mit Beginn der 1990er-Jahre Bürgermeister a.D. Wolfgang Hellstern, der auch langjährig das Amt des Vorstandsvorsitzenden des Albwerks erfolgreich ausübte und Oberbürgermeister a.D. Martin Bauch. Deren Nachfolger waren Bürgermeister a.D. Gerhard Engler und Bürgermeister Jürgen Lenz, die bis heute im Vorstandsamt nebenamtlich tätig sind. Im Albwerk hat sich die Kombination von Hauptamt und Nebenamt im Vorstand ohne Zweifel außerordentlich gut bewährt, nicht zuletzt weil man in der zweiten Führungsebene auf beruflich und fachlich qualifizierte Persönlichkeiten zurückgreifen konnte. In der Phase der Strommarktliberalisierung bzw. der fachlichen und regionalen Expansion des Albwerks war Professor Dr. Eduard Mändle, Rektor i. R. der heutigen Hochschule für Wirtschaft und Umwelt HfWU Nürtingen-Geislingen, langjähriger Aufsichtsratsvorsitzender des Alb-Elektrizitätswerks.

Dem Führungsteam des Albwerks unter der Leitung von Hubert Rinklin, der später Vorstandsvorsitzender wurde, gelang ohne Zweifel die erfolgreiche Umsetzung neuer und zukunftsorientierter Strukturen.
Dies zeigt sich auch an der ständig steigenden Zahl qualifizierter Mitarbeiter, außerdem in einer aktiven Beteiligungspolitik, dem auf Erfolg ausgerichteten Wandel der Geschäftstätigkeit und vor allem in einer erkennbaren Neuorientierung auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten.







Austausch einer Erdschlusslöschspule im Umspannwerk Eybacher Tal

Freileitungstrupp bei Ortsnetzarbeiten



Aufbau der Windkraftanlage Böhmenkirch

Aktive Beteiligungspolitik und regionale Expansion

Das Albwerk hat seit Beginn der 1990er-Jahre ein beachtliches Unternehmenswachstum vollzogen, das sich in Leistungsergebnissen wie Umsätzen, Produktionsmengen, also Lieferung von Strom und realen Warenabsätzen sowie in der realen Erweiterung der Produktionsfaktoreneinsätze (Arbeit und Kapital) niederschlägt. Grundsätzlich kann ein solches Wachstum intern erfolgen, also im bereits vorhandenen Unternehmen oder in den Betriebsteilen, aber auch in externer Expansion. Ohne das Ziel internen Wachstums zu vernachlässigen, legte das Albwerk-Management großen Wert auf ein externes Wachstum durch Gründung neuer Unternehmen, durch die Beteiligung an bereits bestehenden Unternehmen oder durch die Aufstockung vorhandener Beteiligungen an Drittunternehmen.

Zwar vollzogen sich diese Unternehmensaktivitäten in Energieunternehmen, sie erfassten aber dennoch völlig neue Geschäftsfelder und so mussten die Managementaktivitäten entsprechend ausgedehnt werden. Das ursprüngliche Versorgungsgebiet bot für solche unternehmenspolitischen Aktivitäten keine ausreichenden Absatzmöglichkeiten. Daher kann diese Unternehmensepoche des Albwerks als eine Phase der Diversifikation durch neue Geschäftsfelder bzw. durch regionale Expansion, vor allem in anderen Teilen Baden-Württembergs, gekennzeichnet werden.

Die Motive derartiger Unternehmensbeteiligungen und Fusionen sind außerordentlich vielfältig und vielschichtig. Eine Verbesserung der strategischen Marktposition durch eine Expansion im eigenen Wirtschaftszweig, durch die Verbreiterung des Tätigkeitsgebiets innerhalb der Branche und durch Risikodiversifikation ist ein Ziel, die Steigerung der Effizienz der Unternehmensführung, die Erhöhung der Marktanteile, der Einstieg in neue Märkte sowie eine Expansion des Vertriebs und Produktdifferenzierung als Anlass für externe Unternehmensbeteiligungen sind weitere Ziele.

Möglich ist aber auch, dass man seine Kompetenz in der Führung, etwa eines mittelgroßen Unternehmens, wie dem Albwerk, auf andere vergleichbare Unternehmen in entsprechender Größe übertragen möchte. Dadurch gelangt vorhandenes Know-how in neugegründete Unternehmen. Unternehmensbeteiligungen werden angestrebt, um Kostensenkungen durch Erschließung von Synergien herbeizuführen und über ein Zugreifen auf bestehende unternehmenspolitische Infrastrukturen Vorteile für das eigene Unternehmen abzuleiten.

Alle diese Aspekte spielten bei den Managemententscheidungen des Albwerks eine Rolle und wurden entsprechend bewertet. Wichtig war vor allem auch die Stärkung des Standortes Geislingen, was für die in der Region lebenden und tätigen Mitglieder und Mitarbeiter der Elektrizitätsgenossenschaft unbedingt notwendig war.



Netzleitstelle im Albwerk



Der Montagetrupp bei Wartungsarbeiten

Gerade die Aktivitäten der Genossenschaft außerhalb des ursprünglichen Versorgungsgebietes stabilisierten das Unternehmen vor Ort, trugen dazu bei, Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen sowie die Steuer- und Konzessionseinnahmen für die Gemeinden in der näheren Umgebung zu erhalten oder zu erhöhen. Natürlich profitieren auch die Beteiligungsunternehmen in den entsprechenden Gemeinden durch wichtige Synergie- und Beschäftigungseffekte von den Aktivitäten des Albwerks.

Durch die erfolgreiche Beteiligungspolitik des Albwerk-Managements ist seit den 1990er-Jahren ein genossenschaftlicher Energiekonzern entstanden, dessen Träger die Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG ist. Sie befasst sich insbesondere mit der Führung von Beteiligungsunternehmen, der Erbringung kaufmännischer und betriebswirtschaftlicher Dienstleistungen in den Bereichen Finanz- und Rechnungswesen, Personalwesen, Datenverarbeitung, Materialwirtschaft und Controlling.

Der Holding sind in der Energieversorgung, der Elektro- und Kommunikationstechnik sowie dem Einzelhandel zwanzig Unternehmen angeschlossen, an denen sie Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen hat bzw. eine 100-prozentige Kapitalbeteiligung besteht.
Die gesamte Unternehmensgruppe Albwerk kann sich als „genossenschaftlich“ bezeichnen, weil die Zielsetzung, die Entscheidungsstrukturen und die Finanzverfassung im Spitzeninstitut ausschließlich nach Genossenschaftsrecht geregelt sind. Aus der gesamten Konzerntätigkeit soll letztlich den Mitgliedern der Genossenschaft ein Nutzen entstehen und die Entscheidungsstruktur der Konzernholding basiert auf genossenschaftlichen Prinzipien, wie etwa den Eine-Person-Eine-Stimme-Prinzip in der Generalversammlung.

Die Beteiligungspolitik des Albwerks begann bereits 1984 mit der Beteiligung an der Albwerk und Baumann GmbH, Bad Ditzenbach, die das Handels- und Installationsgeschäft betrieb und im Jahre 1990 vom Albwerk übernommen wurde. Schon sehr früh erfolgte auch in den 1990er-Jahren eine Beteiligung an der RES Rationelle Energie GmbH, die sich insbesondere auf die Übernahme von Heizanlagen und die Erstellung von Blockheizkraftwerken spezialisiert hatte. Das Albwerk betreibt zusammen mit der EVF in Göppingen die RES, die sich nach anfänglichen Problemen inzwischen zu einem erfolgreichen Regionalunternehmen im Kreis Göppingen entwickelt hat.

Nach Gründung der Energieversorgung Klinikum Ludwigsburg GmbH mit einer Beteiligung von 50 Prozent übernahm man erfolgreich die gesamte Versorgung des Großklinikums Ludwigsburg mit Strom, Wärme und Kälte. Nach dem Beitritt der Kliniken gGmbH in die Gesellschaft reduzierte sich der Anteil des Albwerks auf 33,3 Prozent.



Photovoltaik-Dächer in Geislingen, Projektierung und Ausführung durch die Albwerk Elektro- und Kommunikationstechnik GmbH



Das Team vom Albmarkt Geislingen und Laichingen



Albmarkt Geislingen



Unterhaltungselektronik im Albmarkt Laichingen



Die Abteilung Unterhaltungselektronik im Albmarkt Geislingen

Mit den Stadtwerken Waldkirch GmbH, an deren Gründung das Albwerk-Management maßgeblich beteiligt war und seit 1998 eine 35-prozentige Beteiligung hält, begann die Ausdehnung der Geschäftsaktivitäten in den südbadischen Raum. Das Unternehmen deckt die Strom- und Wasserversorgung, den Aufbau einer Nahwärmeversorgung und die Abwicklung des Gebäudemanagements für öffentliche Einrichtungen sowie seit 2005 auch die Gasversorgung ab.
Wichtige Impulse für die Unternehmensentwicklung der Stadtwerke gehen bis heute vom Albwerk aus.
An der KOM-Strom AG Leipzig ist das Albwerk nach der mehrheitlichen Übernahme durch einen ausländischen Energiekonzern nur noch mit 1 Prozent beteiligt. Die Beteiligung an der KOM-Strom AG, einer Stromhandelsgesellschaft, hat für das Albwerk den Vorteil, an Informationen für die Erschließung günstiger Strombeschaffungsmöglichkeiten zu kommen.

Seit der Ausgliederung der operativen Geschäftstätigkeit der Strombeschaffung und -verteilung aus der Genossenschaft am 1.8.2000 besteht die Albwerk GmbH & Co KG. Es handelt sich dabei um eine Gesellschaft, bei der die Alb-Elektrizitätswerke Geislingen Steige eG mit 74,9 Prozent und die EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH Stuttgart mit 25,1 Prozent beteiligt sind. Zielsetzung der Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk im Rahmen dieser Ausgliederung der Unternehmenssparte Strom war die zukünftige enge Beziehung mit einem wirtschaftlich sehr potenten Energieproduzenten- und Lieferanten, ohne sich von ihm abhängig zu machen.
Der Aufsichtsratsvorsitz wird von einem Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied der Elektrizitätsgenossenschaft eingenommen und es besteht weiterhin die Möglichkeit, auch bei anderen Unternehmen Strom zu beschaffen.
Mit dem „Outsourcing“ der Stromsparte aus der Genossenschaft erfolgte gleichzeitig eine nachhaltige Erweiterung des Netzgebietes der Albwerk-Gruppe im Gebiet Laichinger Alb und um Neidlingen.

Durch zusätzliche Ausgliederungen bestimmter Branchen aus der Genossenschaft sind weitere, rechtlich selbständige Konzernunternehmen entstanden. Die Albwerk Elektro- und Kommunikationstechnik GmbH im Jahre 2002 durch Herausnahme der Installationssparte und die Albmarkt GmbH durch Ausgliederung des gesamten Elektrohandelsbetriebs mit Standorten in Geislingen und Laichingen. Das Albwerk ist mit 85 Prozent auch Mehrheitsgesellschafter der GENO Strom GmbH, die als Stromhändler in ganz Deutschland über 20.000 Kunden hat.



Wasserkraftwerk in Kuchen an der Fils



Klärschlammtrocknung in der Biogasanlage Albhof



Stadtwerke Waldkirch, Verlegung eines Dükers für die Nahwärmeversorgung



Industrieheizkraftwerk Weißbach

Die Beteiligung an der IHKW, Industrieheizkraft Weißbach GmbH, erfolgte 2002. Sie versorgt die Konrad Hornschuch AG in Weißbach mit elektrischer und thermischer Energie und verkauft zusätzlich Druckluft und Kühlwasser. 2002 wurde auch die Alb-Windkraft GmbH & Co. KG zusammen mit der EnBW Kraftwerke AG gegründet, die gegenwärtig acht Windkraftanlagen in Böhmenkirch und Gussenstadt betreibt. Das Albwerk beteiligte sich an der Albwerk-Wasserkraftgesellschaft mbH, die den Bau und den Betrieb eines Wasserkraftwerkes in Kuchen an der Fils durchführte.

Eine beachtliche Erweiterung der unternehmenspolitischen Aktivitäten des Albwerks ist durch die Beteiligung an dem neu gegründeten Regionalwerk Bodensee GmbH & Co. KG entstanden. Mit sieben Gemeinden in der Bodenseeregion und den Technischen Werken Friedrichshafen hat sich das Albwerk als Gesellschafter mit 24 Prozent an diesem Energieversorgungsunternehmen beteiligt. In einem Einzugsgebiet mit rund 60.000 Einwohnern führt es die Strom- und Gasverteilung mit den gekauften und gepachteten Netzen durch und wird vom Albwerk-Management wesentlich unterstützt. Derartige Beteiligungen führen unter Umständen zu Konkurrenzsituationen, die in einer Sozialen Marktwirtschaft aber als Wirtschaftsordnung vom Gesetzgeber erwünscht sind. Ohne Zweifel hat das Albwerk mit diesen Beteiligungsaktivitäten nach Meinung des Vorstandvorsitzenden Hubert Rinklin energiepolitisches Neuland betreten und sich im Bodenseekreis gegen Konkurrenten durchgesetzt. Dies kann als Beweis für die Leistungsfähigkeit des Albwerks angesehen werden, das damit seine Versorgungsaufgaben wesentlich erweitern konnte.

In der jüngsten Vergangenheit hat sich das Albwerk mehrheitlich an der Alb-Biogas GmbH & Co. KG beteiligt, die zwei Blockheizkraftwerke auf Biogasbasis und eine große Klärschlammtrocknung auf der Markung Lauterstein betreibt. Darüber hinaus ist das Albwerk mit 15 Prozent Gründungsgesellschafter der Technologieplattform Bioenergie und Methan, die derzeit in Türkheim den Bau einer innovativen Holzvergasungsanlage prüft.

Bei der Beteiligungspolitik eines Unternehmens kommt es natürlich auch zu „Rückziehern". So veräußerte das Albwerk im Dezember 2002 seine Anteile am Kernkraftwerk Obrigheim, an dem es mit 0,6 Prozent beteiligt war.



Firmenbeteiligungen der Alb-Elektrizitäts-werk Geislingen-Steige eG



Auszubildende bei einer praktischen Übung



Ausgezeichnete Ausbildung bei der Albwerk Elektro- und Kommunikationstechnik GmbH



Windkraftanlage Gussenstadt

Anhaltendes Leistungs- und Potentialwachstum

Die erfolgreiche Unternehmenstätigkeit des Albwerks dokumentiert sich in einer permanenten Steigerung der Liefermenge und des Umsatzes, insbesondere beim Stromabsatz, und durch eine nachhaltige Erhöhung der im Unternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren. So erhöhten sich die Umsatzerlöse der heutigen Albwerk Gruppe im Jahre 2008 auf 162,4 Mio. Euro gegenüber 99,3 Mio. DM der Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG von 1990. Dabei stand das Stromgeschäft der Albwerk GmbH & Co. KG natürlich im Mittelpunkt, das seine Liefermenge von 402 Mio. kWh (1990) auf 628 Mio. kWh im Jahre 2008 erhöhte.
Das Ergebnis vor Steuern stieg von 5,7 Millionen DM im Jahre 1990 auf 10 Mio. Euro bezogen auf den gesamten Albwerk Konzern.
Durch die globale Finanzkrise der Jahre 2008/2009 kommt es zu einem gewissen Stillstand bei der Aufwärtsentwicklung der Betriebsergebnisse. Trotzdem erreicht die Albwerk-Gruppe 2008 einen beachtlichen Konzernabsatz mit einer Stromabgabe, inklusive der Contractinggesellschaften von 1.047,4 Mio. kWh, einer Gasabgabe von 141,5 Mio. kWh und einer Wärmeabgabe von 178,0 Mio. kWh.
Ein solches Wachstum der Betriebsergebnisse ist nur vor dem Hintergrund verständlich, dass in der gesamten Albwerk-Gruppe ein starkes Potenzialwachstum stattgefunden hat.

Das Netzgebiet des Albwerks konnte durch die Gründung der Albwerk GmbH & Co. KG im Raum Laichingen und Neidlingen nachhaltig erweitert werden. Durch die regionale Erweiterung des Versorgungsgebietes kam es in den letzten Jahren auch zu erheblichen Investitionen in Umspannstationen, Leitungsnetze und in die Straßenbeleuchtung. Betrug die Länge der Mittelspannungsfreileitungen und -kabel (20 kV) und der Niederspannungsfreileitungen und -kabel (400 V) 1990 noch 1059 km, so beträgt die Netzlänge aktuell 2338 km. Neben dem Einsatz von Kapital widmete man im Albwerk dem Produktionsfaktor Arbeit, also den Beschäftigten, große Aufmerksamkeit. Hatte die Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG im Jahre 1990 noch 154 Mitarbeiter, wuchs diese Zahl in der Albwerk Gruppe bis zum Jahre 2008 auf 263, davon 23 Auszubildende in kaufmännischen und technischen Berufen. Die hohe Quote Auszubildender in Relation zur Gesamtzahl der Beschäftigten unterstreicht die Bedeutung der Berufsvorbereitung junger Menschen für das Albwerk. Außerdem erbringt das Albwerk weitere Sozialleistungen für die Mitarbeiter bzw. Hinterbliebenen von ehemaligen Mitarbeitern nach der Ruhegeldordnung und/oder der internen Versorgungshilfe.
Nicht zuletzt ist das Albwerk bei den Beschäftigten auch deswegen sehr beliebt, weil es bislang sichere Arbeitsplätze bietet.

In der Stromerzeugung aus regenerativen Energien zeigt das Unternehmen ein beachtliches Engagement. Während der letzten Jahre wurden unter anderem 8 Windkraftanlagen, 2 Wasserkraftanlagen und 2 Biogasanlagen in Betrieb genommen. Gerade auch über Tochtergesellschaften, etwa die Rationelle Energie Süd GmbH und die Energieversorgungsgesellschaft Ludwigsburg mbH, wird eine Stromerzeugung über regenerative und dezentrale Erzeugungsanlagen wie Blockheizkraftwerke forciert. Von der Bevölkerung in der Region wird Stromgewinnung aus regenerativen Energien sehr positiv aufgenommen. Die Geislinger Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 25.10.2007, dass ein großer Teil des Energiebedarfs des Albwerks von norwegischen Wasserkraftwerken bezogen werden soll und es erschienen weitere Berichte in der Geislinger Zeitung, dass das Albwerk in hohem Maße auf Wasserkraft und andere regenerative Anlagen zur Stromgewinnung setzt.

Unternehmensgruppe Albwerk und ihre Zukunftsentwicklung



Auch ein 100 Jahre altes Unternehmen bzw. eine Unternehmensgruppe darf sich nicht auf seinen Erfolgen der Vergangenheit und Gegenwart ausruhen, sondern hat strategische Überlegungen hinsichtlich der Zukunftsentwicklung anzustellen. Vor allem geht es dabei um das Erkennen entscheidender Erfolgsfaktoren, deren Umsetzung die Unternehmensentwicklung auch künftig positiv beeinflussen wird. Dem Albwerk-Management ist es ein Anliegen, sein spezielles Leistungsangebot mit einem entsprechenden System von Erfolgsfaktoren weiterzuentwickeln und konkret umzusetzen. Für die Zukunft eines Unternehmens ist die strategische Ausrichtung von entscheidender Bedeutung. Sie bestimmt das unternehmerische Handeln. An der Spitze des genossenschaftlichen Unternehmenskonzerns Albwerk steht die Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG, also ein Unternehmen in der Rechtsform einer eingetragenen Genossenschaft.
Den Genossenschaften ist ihr Unternehmenszweck durch das Genossenschaftsgesetz unabdingbar vorgegeben. Beim Albwerk ist das die Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies bedeutet, dass für die Mitglieder der Elektrizitätsgenossenschaft durch den gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb eine wirtschaftliche Nutzenstiftung im Sinne einer individuellen Förderung herbeizuführen ist.

Diese Förderung kann vom Geschäftsbetrieb der eG direkt wahrgenommen werden (wie dies bis in die 1990er-Jahre der Fall gewesen ist), oder kann bei der Albwerk Unternehmensgruppe dadurch erfolgen, dass dem genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb andere Unternehmen zu hundert Prozent oder bis zu einem bestimmten Prozentsatz kapitalmäßig angeschlossen sind. Immer mit dem Ziel, dem Geschäftsbetrieb finanzielle Mittel zuführen, die dieser dann, nach Abzug der Betriebskosten der eG, an die Mitglieder als Dividende weiterverteilen kann. Die Genossenschafts-Holding Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG erfüllt durch finanzielle Mittel aus den Gewinnen seiner mit ihm verbundenen Unternehmen der Energieversorgung (Erzeugung und Contracting, Netze und Vertrieb), sowie dem ausgegliederten Unternehmen Albwerk Elektro- und Kommunikationstechnik GmbH und der Albmarkt GmbH, die vom Genossenschaftsgesetz vorgegebene Mitgliederförderung. Für die Zukunft wird es das grundsätzliche Anliegen des Albwerks sein, trotz schwierigerer Rahmenbedingungen die Konzernbetriebe zu stabilisieren und ggf. eine weitere Angliederung von Unternehmen auch außerhalb der bisherigen Geschäftsbereiche bzw. außerhalb des Kernversorgungsgebietes vorzunehmen, um zu einer gesicherten Gewinnerzielung zu kommen.

Nach dieser Struktur der genossenschaftlichen Zwecksetzung ist die Albwerk Gruppe eine „Dividenden-Genossenschaft", mit dem Zweck, ihre Mitglieder durch Ausschüttung von Dividenden aus Gewinnen des gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes zu fördern. Das primäre Ziel dieser Genossenschaftsart ist auf die Erwirtschaftung von Gewinnen mittels des Geschäftsbetriebes, und damit letztlich auf die Rentabilität der eingezahlten Geschäftsguthaben ausgerichtet. Die Entwicklung zur Dividendengenossenschaft hat sich in der gesamten Elektrizitätswirtschaft vor allem durch die Dominanz des Nichtmitgliedergeschäftes sowie durch die Hinwendung zu neuen strategischen Geschäftseinheiten ergeben.
Dadurch verlagerte sich die Mitgliederförderung auf eine Ausschüttung von Dividenden. Diese ausschließlich mittelbare Mitgliederförderung liegt nach moderner Genossenschaftsauffassung durchaus im Rahmen des deutschen Genossenschaftsrechts.
Die Elektrizitätsgenossenschaft Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG versucht als Dividendengenossenschaft die Verwirklichung kapitalistischer Wirtschaftsziele in der demokratisch-personalistischen Rechts- und Unternehmensform der Genossenschaft. In ihr gelten weitgehend die typischen genossenschaftlichen Beziehungen; es entfällt allerdings der direkte Förderungsverbund.



Netzgebiet 2010



In allen anderen Geschäftsbereichen stehen jedoch das genossenschaftliche Personalitätsprinzip und die weiteren Geschäftsgrundsätze – Regionalprinzip, Demokratieprinzip, Freiwilligkeitsprinzip, Subsidiaritätsprinzip und andere – vor den in Kapitalgesellschaften typischen Regelungen. In diesem Sinne schrieb der Genossenschaftswissenschaftler Professor Dr. Wolfgang Blomeyer bereits 1980:

„Die historischen Untersuchungen und eine Interpretation des Gesetzes in seinem Sinne und Zweck heraus haben ergeben, dass auch die mittelbare Mitgliederförderung durchaus im Rahmen des Gesetzes liegt. Die Eigenart der Genossenschaft gegenüber anderen Gesellschaftsformen wird nicht aufgehoben. Die Prinzipien der Selbsthilfe, der Selbstbestimmung und der Selbstverantwortung bleiben voll erhalten."

Bei der Verfolgung ihres unternehmerischen Grundzweckes wird sich die genossenschaftliche Holding des Albwerks zukünftig an dieser Definition orientieren.

Neben der exakten Verfolgung des unternehmerischen Grundziels der Mitgliederförderung wird das Albwerk außerdem die Entwicklung der zukünftigen Umfeldeinflüsse auf das Unternehmen berücksichtigen.
Die Zukunftsorientierung ist deswegen notwendig, weil nicht nur die Veränderungen aus der Vergangenheit und die Verhältnisse in der Gegenwart für Unternehmensentscheidungen wichtig sind, sondern die wahrscheinlichen und in Prognosen erfassten Veränderungen der Zukunft.
Bei der Umfeldorientierung, bei deren Analyse das Instrument des Frühwarnsystems eingesetzt wird, ist für die Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk eine Vielzahl von Einflussfaktoren von Bedeutung.
Die Entwicklung in der gesamten Volkswirtschaft der Europäischen Union, der Weltwirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige und der regionalen Infra- und Wirtschaftsstruktur spielt dabei eine große Rolle. In der Region wird die Entwicklung hin zu einer Verstärkung des Dienstleistungssektors und einer Abnahme des Industriebereichs dazu führen, dass grundsätzlich weniger Elektrizität verkauft werden kann. Das Versorgungsgebiet des Albwerks wird unter demografischen Gesichtspunkten durch eine Bevölkerungsstagnation und die Überalterung der Bevölkerung beeinflusst werden.
Bei allen nachgefragten Leistungen wird möglicherweise ein Bedarfsrückgang zu verzeichnen sein.

Sehr wichtig für zukünftige Unternehmensentscheidungen des Albwerks werden selbstverständlich Überlegungen zur Wirtschafts- und Energiepolitik sein. So kann sicherlich davon ausgegangen werden, dass in der Umweltpolitik eine weitere Reduzierung der CO_2-Emmissionen angestrebt, und es eine steigende Nachfrage nach alternativen Energieträgern geben wird. Dabei ist es wichtig, inwieweit eine solche Entwicklung von staatlicher Seite finanziell unterstützt wird; gleichzeitig ist von Bedeutung, ob eine Erweiterung der Laufzeit der Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland durch eine politische Entscheidung herbeigeführt wird. Da sich zukünftig auch eine verstärkte Internationalisierung der Energiemärkte einstellen wird, muss dies die gesamte Albwerk-Gruppe sowohl in ihrem Bezugs- als auch Absatzmarkt für Strom und Gas berücksichtigen.



Das Albwerk unterstützt die Musikschule Geislingen



Großflächenplakate 2009

Selbstverständlich spielt die Markt- und Wettbewerbsstruktur eine entscheidende Rolle und es werden sich faktisch, aber auch durch politische Entscheidungen herbeigeführte Veränderungen ergeben, die das Albwerk nachhaltig als Chance nutzen kann. Wird das Elektro-Auto zum Automobil der Zukunft, so bedeutet dies für das Versorgungsgebiet des Albwerks eine verstärkte Nachfrage nach Strom. Sozioökonomische Faktoren, wie etwa der Wertewandel im Verhältnis zur Umwelt, insbesondere ein sparsamer Ressourcenverbrauch und Energieeffizienz, werden ebenfalls in der Unternehmensstrategie des Albwerks zu berücksichtigen sein.

Das Albwerk wird zukünftig seine Erfolgspotenziale erhalten und weiterentwickeln. Dazu gehören als generelle Erfolgsfaktoren das Vorhandensein von Zielen und Geschäftsprinzipien, wie sie sich aus Genossenschaftsgesetz, Satzung und dem im Oktober 2006 von Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedeten Verhaltenskodex ergeben.

Dazu zählen eine strategieorientierte Organisation mit der Ausrichtung auf die Markt- und Kundenorientierung, ein effizientes Führungssystem das von einem hauptamtlichen Vorstandsmitglied und nebenamtlichen Vorstandsmitgliedern, einem Prokuristenteam und den Geschäftsführern der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften gebildet wird, eine optimale Nutzung des Mitarbeiterpotenzials durch Aus- und Fortbildung und eine permanent praktizierte Kundennähe. Zu den betriebs- und elektrizitätswirtschaftlichen Erfolgsfaktoren gehören eine Finanzstruktur, die sich aus dem optimalen Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital sowie einer permanenten Liquiditätssicherung ergibt, optimale Standortbedingungen sowohl innerhalb des engeren Versorgungsgebietes des Albwerks als auch beim Etablieren neuer Standorte vor allem in Baden-Württemberg. Die Entwicklung innovativer und effizienterer Methoden der Strombeschaffung und beim Stromabsatz werden wichtige Elemente der zukünftigen Albwerk-Unternehmensstrategie sein.
Zu den genossenschaftsspezifischen Erfolgspotenzialen gehören die Beachtung genossenschaftlicher Unternehmensprinzipien und ein entsprechend ausgerichtetes Unternehmensverhalten, eine adäquate Unternehmenskommunikation sowohl mit anderen Unternehmen als auch mit privaten und staatlichen Institutionen, mit denen eine Zusammenarbeit besteht.

Das Alb-Elektrizitätswerk erfüllt seinen gesellschaftlichen Nutzen durch die Bereitstellung und die preiswerte und gesicherte Versorgung der Bevölkerung und der gesamten Wirtschaft der Region mit Energie als wesentliche Grundlage weiterer ökonomischer Leistungen. Zwar ist die individuelle Mitgliederförderung das Primärziel der Elektrizitätsgenossenschaft Albwerk, aber für ein genossenschaftliches Energieversorgungsunternehmen mit großem Nichtmitgliedergeschäft ist der Versorgungsaspekt als Nutzenstiftung für die Gesamtbevölkerung von zentraler Bedeutung. Traditionell pflegt das Albwerk enge Beziehungen zu den Kommunen und unterstützt kommunale kulturelle Projekte, unter anderem die Musikschule Geislingen und sponsert Leistungssportler aus der Region.

Die genossenschaftliche Personalität des Albwerks und der Albwerk Unternehmensgruppe konstituiert sich aus der ausgewogenen Verbindung einzelner Elemente bewährter Erfolgspotenziale. Dass sowohl das Management als auch die Mitarbeiter/innen und die Mitglieder der Genossenschaft insgesamt eine Identifikation mit der Unternehmenspersönlichkeit der Genossenschaft entwickeln können wird auch zukünftig von großer Bedeutung sein.



Aufsichtsrat mit Vorstand im Jahr 2010

stehend v. l. n. r.:
Richard Leibinger, Wolfgang Amann, Martin Joos, Jochen Grothe, Lothar Schober, Gerhard Ueding, Hermann Stickel, Holger Scheible, Dr. Bernd Flohr

sitzend v. l. n. r.:
Bernd Rößner, Dieter Burkhardt, Gerhard Engler, Hubert Rinklin, Jürgen Lenz, Friedhelm Werner, Prof. Dr. Werner Ziegler



Albwerk im Jahr 2009
Ansicht von Süden



Albwerk im Jahr 2009
Ansicht von Norden

Impressum

Herausgeber:
Alb-Elektrizitätswerk
Geislingen-Steige eG

Text:
Institut für Kooperationswesen (IFK)
Hochschule für Wirtschaft und Umwelt
Nürtingen-Geislingen (HfWU)
Prof. Dr. Eduard Mändle
Prof. Dr. Markus Mändle

Lektorat: Sigrid Balke

Bilder: Albwerk Archiv
ausgenommen:
S. 4, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 24, 25, 32, 34, 51,
Stadtarchiv Geislingen an der Steige
S. 20 Kreisarchiv Landkreis Göppingen
(Regierungsrat Hasel)
S. 22 Andreas Steinhoff
S. 33 Bundesarchiv
S. 57 Bundesarchiv, Foto: Friedrich Maeschke
S. 44 und 76 WMF AG
S. 52 Bernhard Stille (Vom Baltikum ins Schwabenland)
S. 67 Prof. Dr. Helmut Roller
S. 73 Geislinger Zeitung
S. 77 burkert gestaltung

Gestaltung: burkert gestaltung

Druck: C. Maurer Druck und Verlag

AlbElektrizitätswerk



1910 - 2010

100 Jahre Alb-Elektrizitätswerk Geislingen-Steige eG